



Zivilgesellschaft und Kommune

bmbfsfj.bund.de

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

zivilgesellschaftliche Bildungsakteure sind wesentliche Säulen unserer kommunalen Bildungslandschaften. Ob Sportvereine, Mehrgenerationenhäuser, Theater, Gedenkstätten oder freiwillig engagierte Einzelpersonen – sie alle tragen mit ihren Angeboten und als Kooperationspartner von Kita oder Schule zu einem gelingenden lebensbegleitenden Lernen bei. Mit enormem Engagement und großer Expertise unterstützen und prägen sie Innovationen und starke Bildungsnetzwerke.

Bei der ganzheitlichen Gestaltung von Bildungslandschaften kommt den Kommunen eine zentrale Bedeutung zu. Hier treffen politische Gestaltungsmöglichkeiten, Verantwortungen, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Zivilgesellschaft, regionale Wirtschaft und Lebenswelten der Bewohnerinnen und Bewohner aufeinander. Kommunen sorgen dafür, dass alle an einem Strang ziehen, damit Bildung wirkt – von der frühkindlichen Bildung in Familie und Kita, allgemeinbildenden Schulen, Jugendhilfe und beruflicher Bildung bis hin zur Erwachsenen- und Seniorenbildung. Hier werden Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft gelegt. Die Analyse von Bildungsdaten ist dabei der Schlüssel, um Transparenz über Bildungsbedarfe, -angebote und -nachfrage zu schaffen und die Bildungsplanung zielgerichtet weiterzuentwickeln.

Aus diesem Grund fördert das Bundesbildungsministerium unter dem Dach der „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“ seit 2014 die Entwicklung und Anwendung von Modellen datenbasierter kommunaler Bildungssteuerung. Derzeit wird das „Fachnetzwerk für kommunales Bildungsmanagement“ mit acht regionalen Entwicklungsagenturen sowie fünf bundesweit agierenden Fachstellen gefördert. Parallel zu diesem bundesweiten Unterstützungsnetzwerk für Kommunen werden diese zudem durch ein ESF Plus-Förderprogramm mit den beiden Förderrichtlinien „Bildungskommunen“ und „Ganztag in Bildungskommunen“ unterstützt.

Im Kontext eines weiten Bildungsverständnisses, das formales, non-formales und informelles Lernen umfasst, spielen bei der Gestaltung kommunaler



Bildungslandschaften nicht nur Kitas, Schulen oder Universitäten, sondern auch die vielfältigen Akteure der Zivilgesellschaft eine wesentliche Rolle. Diese Publikation möchte Anstoß geben, das zivilgesellschaftliche Potenzial besser zu erkennen, zu aktivieren, kooperativ zu nutzen und in einer ganzheitlichen Bildungsplanung mitzudenken – zum Beispiel auch im Rahmen des Ganztagsausbaus oder des „Startchancen“-Programms.

Ich möchte allen für ihr Engagement danken, die sich an dieser Veröffentlichung und den vorgestellten Projekten beteiligt haben. Die Herausforderungen sind überall ähnlich: von der nachhaltigen und kulturellen Bildung über die Fachkräftesicherung, Integration sowie Inklusion bis hin zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und von Generationengerechtigkeit. Lassen Sie uns daran arbeiten, gemeinsame Antworten zu finden und das Verbindende in den Mittelpunkt zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Prien
Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Inhalt

Vorwort	3
Gemeinsam Bildung gestalten	7
Zivilgesellschaft als Bildungsakteurin in kommunalen Bildungslandschaften	13
Einblicke in die Praxis	16
Kapitel 1 Bildungslandschaften thematisch weiterentwickeln – Zivilgesellschaft als Expertin	17
Gemeinsam BNE-Landschaften gestalten: München und Hamburg	18
Bildungspartnerin Zivilgesellschaft – Was kann Kommune für sie tun?	21
Kapitel 2 Vielfalt der Zivilgesellschaft	22
Facetten der zivilgesellschaftlichen Praxis	23
Vielfältig engagiert: Perspektiven von Zivilgesellschaft in kommunalen Bildungslandschaften	27
Kapitel 3 Teilhabe stärken und Beteiligung ermöglichen	29
Pakt für Pirmasens: Eine ganze Stadt schafft bessere Bildungschancen für ihre Kinder	30
Kulturelle Bildungsakteure: Brückenbauer in ländlichen Regionen	32
Beteiligung digital ermöglichen	35
Kapitel 4 Engagementförderung strukturell verankern	36
Koordinierung und Förderung des freiwilligen Engagements im Burgenlandkreis	37
Engagement als Motor kommunaler Bildungslandschaften	39
Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg	40

Kapitel 5 Kinder- und Jugendpartizipation stärken	41
Kinder- und Jugendpartizipation in Kommunen stärken	42
Partizipation von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen in der Kommune	44
Kinder und Jugendliche in Mönchengladbach gestalten aktiv mit	46
Kapitel 6 Non-formale Bildungsangebote und Schule	48
Ein Netzwerk für MINT-Bildung in Jena	49
Kooperationen zwischen Schule und Zivilgesellschaft im kommunalen Bildungsmonitoring erfassen	51
Schule und Zivilgesellschaft – Sozialraumorientierung im Startchancen-Programm	53
Zivilgesellschaft im Ganzttag – Chancen, Herausforderungen und Strategien	55
Kita- und Schulfördervereine als zivilgesellschaftliche Bildungsakteure – Ein Interview mit Sabine Süß und Dr. Claudia Nickel	58
Kapitel 7 Kooperationen verbindlich gestalten	61
Eine Bildungspartnerschaft für Hoyerswerda – Systematische Zusammenarbeit mit der Freudenberg Stiftung	62
Kooperations-Check: Was Stiftungen und Kommunen beachten sollten, wenn sie gemeinsam eine Bildungslandschaft entwickeln wollen	64
Von Co-Labs zu Mapping-Funktionen – Eine Onlineplattform für kulturelle Bildungsangebote in Stormarn	66
Schriftliche Kooperationsvereinbarungen – Eine Frage der Ressourcen?	67
Kapitel 8 (Neue) Orte der Kooperation	69
Bewegung, Begegnung, Bildung – wie ein Sportverein spielend den Sozialraum gestaltet. Ein Interview mit Dr. Harald Seehausen	70
Dritte Orte als Räume für Bildung, Gemeinschaft und Demokratie – Herausforderungen und Gelingensbedingungen	73
Quartiersentwicklung Staßfurt-Nord – Ein Ort der Beteiligung	75
Zivilgesellschaftliche Stärkung staatlicher Bildungsarbeit: Vom Anspruch zur Implementierung	76
Impressum	82

Gemeinsam Bildung gestalten

Ein passendes und für alle zugängliches Bildungsangebot entfaltet seine Wirkung in Städten, Kreisen und Gemeinden und ermöglicht Menschen vor Ort gerechte Bildungschancen – unabhängig von Alter, Herkunft oder ökonomischem Hintergrund. In den kleinen und großen Bildungslandschaften deutschlandweit treffen die formalen Bildungsinstitutionen auf non-formale Bildungsakteure, auf freiwillig Engagierte und zivilgesellschaftliche Initiativen jeglicher Form und Größe. Diese vielfältigen Facetten der Bildungslandschaften sind für die Ziele einer möglichst großen Bildungsteilhabe und Bildungsgerechtigkeit sowie für ein gelingendes lebensbegleitendes Lernen unabdingbar.

Kommunale Bildungssteuerung

Kommunen sind die zentrale koordinierende und steuernde Instanz von Bildungslandschaften vor Ort. Das Bundesbildungsministerium¹ engagiert sich daher seit vielen Jahren für eine Stärkung kommunaler Steuerungsstrukturen in der Bildung. Es unterstützt Kommunalverwaltungen mit unterschiedlichen Förderprogrammen bei der intensivierten Analyse, Kartographierung und Koordinierung ihrer Bildungslandschaften. Die Zielsetzung ist, Bildungsplanung interdisziplinär und auf Basis von Daten auszurichten, um Möglichkeiten und Räume für Bildungsteilhabe schaffen zu können, die Menschen für ein selbstbestimmtes und selbstwirksames Leben benötigen. Es sollen attraktive Lebensorte mit gleichen Bildungschancen für alle gestaltet werden. Bildung spielt als wichtiger Standort- und Zukunftsfaktor eine tragende Rolle.

Dafür wurde mit dem datenbasierten kommunalen Bildungsmanagement (DKBM) ein Ansatz entwickelt, der eine zielgerichtete und bedarfsgerechte Bildungsplanung sowie strategische Weiterentwicklung der kommunalen Bildungslandschaften ermöglicht. Es dient als zentrales Instrument zur Verbesserung der

Bildungssteuerung vor Ort. Wesentliche Bestandteile sind die Erarbeitung strategischer Ziele, die Einbindung aller für die Gestaltung der Bildungslandschaft relevanten Akteure, die Koordination und Beförderung der Kooperation, ein Bildungsmonitoring zur Analyse von Bedarfslagen, die Vorbereitung bildungspolitischer Entscheidungen, eine transparente Kommunikation und die Anregung des öffentlichen Diskurses sowie eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung. Durch ein ressort- und bildungsbereichsübergreifendes Bildungsmanagement, das an den konkreten Bedürfnissen der Menschen und allen Phasen ihrer Bildungsbiografien ausgerichtet ist, werden wichtige Grundlagen für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft gelegt.

Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement

Das Programmdach dieses Engagements des Bundesbildungsministeriums bildet die „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“ (TI), in deren Rahmen deutschlandweit erfolgreiche Modelle kommunaler Bildungssteuerung etabliert und verbreitet werden. Sie baut auf den Ergebnissen des Modellprogramms „Lernen vor Ort“ (2009-2014) auf und unterstützt Kommunen mit diversen Förderungen und Aktivitäten. Kreise und kreisfreie Städte wurden bereits mit den Förderprogrammen „Bildung integriert“ (2015-2022) und „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ (2016-2021) gefördert. Die aktuellen ESF Plus-Förderrichtlinien „Bildungskommunen“ (2022-2029)² und „Ganztag in Bildungskommunen – Kommunale Koordination für Ganztagsbildung“ (2024-2029)³ zielen auf den Ausbau der Bildungslandschaften, die analog-digitale Vernetzung der Angebote und Akteure sowie thematische Vertiefungen. Kommunen werden dabei unterstützt, für sie drängende Bildungsherausforderungen zu bearbeiten, die sich in den letzten Jahren zum einen durch disruptive Ereignisse verschärft haben, zum anderen

1 Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ), ehemals Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

2 www.transferinitiative.de/704.php

3 www.transferinitiative.de/ganztag.php

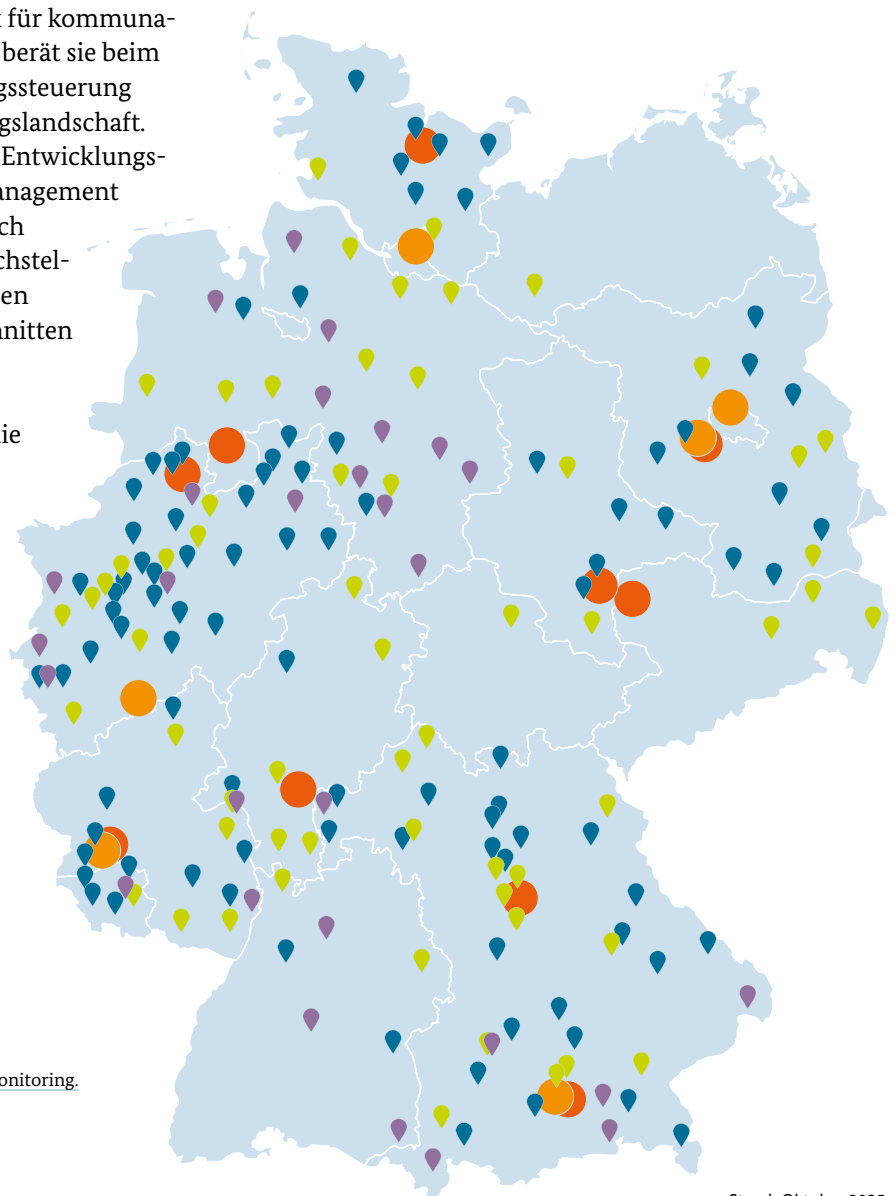
aber auch zusehends unterschiedlich sind, je nach Situation und Struktur der Kommunen. Die Förderungen ermöglichen den Kommunen eine konzentrierte Bearbeitung ihrer individuellen bildungsspezifischen Bedarfslagen. In „Bildungskommunen“ können Fachkräftesicherung/Bildung im Strukturwandel, Inklusion, Integration durch Bildung, Demokratiebildung/Politische Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Kulturelle Bildung als thematische Schwerpunkte gewählt werden. „Ganztag in Bildungskommunen“ zielt auf die Anforderung der Kommunen, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter umzusetzen.

Nachdem geförderte und interessierte Kommunen im Rahmen der Transferinitiative zunächst durch die „Transferagenturen“ (2014–2024) begleitet wurden, steht ihnen seit 2024 das „Fachnetzwerk für kommunales Bildungsmanagement“ zur Seite.⁴ Es berät sie beim Aufbau einer gut abgestimmten Bildungssteuerung und bei der Koordinierung ihrer Bildungslandschaft. Im Fachnetzwerk stellen acht regionale Entwicklungsagenturen für kommunales Bildungsmanagement (REAB) unterstützt durch fünf thematisch ausgerichtete, bundesweit agierende Fachstellen Anwendungswissen bereit, das auf den jeweiligen kommunalen Bedarf zugeschnitten wird.

Neben dem Fachnetzwerk beheimatet die Transferinitiative weitere Vorhaben, die stetig daran arbeiten, neue Erkenntnisse aufzubereiten und die Kommunen noch umfassender zu unterstützen. Das „Konsortium Bildungsmonitoring“⁵ hat beispielsweise den „Anwendungsleitfaden für den Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings“⁶ erarbeitet, der

kontinuierlich erweitert und aktualisiert wird, und stellt die „Kommunale Bildungsdatenbank“⁷ bereit. Mit der Website „LOTTA – Lotsin für kommunales Bildungsmanagement“⁸ wurde eine Plattform geschaffen, um Wissen über zentrale Inhalte zum DKBM gebündelt an Kommunen weiterzugeben. Sie flankiert neben weiteren Veröffentlichungen und Veranstaltungen des Bundesbildungsministeriums das Angebot des Fachnetzwerks.

- Regionale Entwicklungsagenturen für kommunales Bildungsmanagement (REAB)
- Fachstellen für kommunales Bildungsmanagement
- Förderungen „Bildungskommunen“ (60 Kommunen)
- Förderungen „Ganztag in Bildungskommunen“ (27 Kommunen)
- Kooperationsvereinbarungen mit REAB ohne laufende Förderung (95 Kommunen)



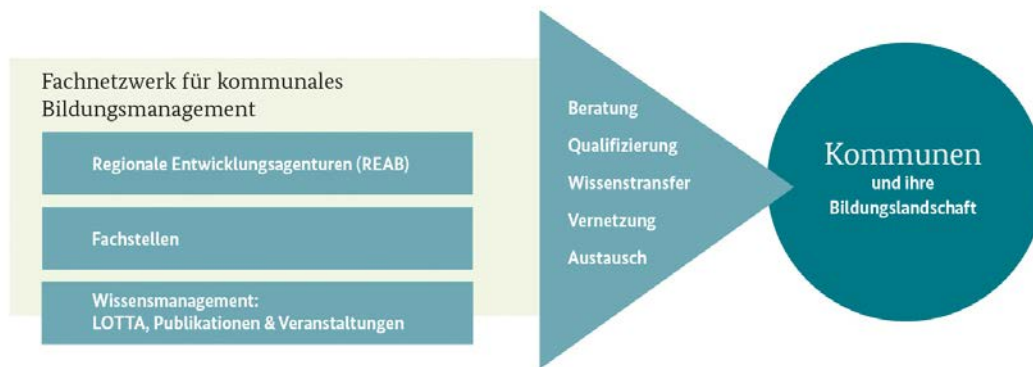
4 www.transferinitiative.de/754.php

5 www.transferinitiative.de/konsortium_bildungsmonitoring.php

6 www.transferinitiative.de/bibliothek.php

7 www.bildungsmonitoring.de

8 <https://lotta-bildung.de>



Fokus auf die Zivilgesellschaft

In all diesen Bestrebungen kommt der Zivilgesellschaft als Bildungsakteurin eine immer größere Bedeutung und – dazu möchte diese Publikation beitragen – Aufmerksamkeit zu. Sie kann gleichzeitig Vermittlerin, Advokatin, Ermöglicherin und Sprachrohr einer funktionierenden Bildungslandschaft in einer demokratischen Gesellschaft sein. Für Kommunalverwaltungen kann sie Expertin für die Bedarfslagen unterschiedlicher Zielgruppen sein und für die Bildungslandschaften Partnerin mit großem Einsatz und fachlicher wie methodischer Expertise für die Gestaltung und Umsetzung von Angeboten.

Das findet zunehmend Eingang in bildungspolitische Aktivitäten auf Bundes-, Länder- sowie Kommunalebene und zeigt sich bei Planungen im Rahmen des Ganztagsausbaus, der Umsetzung des „Startchancen“-Programms oder der Gestaltung von „dritten Orten“, die die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Teilhabe im Sozialraum ermöglichen. Hier spielen Angebote der Kulturellen Bildung, der Bildung für nachhaltige Entwicklung und der politischen Bildung eine zentrale Rolle. Getragen werden sie zu einem großen Teil von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Die Bedeutung der kleinräumigen Bildungslandschaften und des Sozialraums als Ort, in dem sich Menschen, Initiativen und Akteure begegnen und ihre Wirkung entfalten, findet immer mehr Einzug in die Wahrnehmung und konkrete Planung von Maßnahmen zur Stärkung der Bildungs-

teilhabe. Dem Blick in den Sozialraum als zentralem Wirkungsort kommunaler Bildungsarbeit wird auch im Programm „Bildungskommunen“ und im Fachnetzwerk eine große Bedeutung zugesprochen.

Zivilgesellschaft als Bildungsakteurin

So vielseitig die Kooperationsformen zwischen Kommunalverwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren sein können, so facettenreich ist die Zivilgesellschaft an sich. Zivilgesellschaft ist zunächst ein Sammelbegriff, zu dem diese Publikation freiwillig, ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagierte Einzelpersonen, als auch das Engagement in und durch überwiegend gemeinnützige Organisationen zählt. Das Engagement einzelner Personen kann sich individuell, aber auch organisiert beispielsweise durch Verbände äußern. Es kann zeitlich begrenzt, aber auch langfristig und kontinuierlich zum Beispiel in Form eines Ehrenamts sein. Darunter wird auch das Engagement von Menschen jeden Alters im Rahmen von partizipativen Formaten der Bürgerbeteiligung bei bildungspolitischen Entscheidungen gefasst und in diesem Sinne auch explizit die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Die Zivilgesellschaft ist groß und überall präsent. Ein Beispiel dafür ist die Rechtsform des Vereins, die den gemeinnützigen Bereich in Deutschland prägt. Ein Verein ist in seiner Organisationsstruktur meist demokratisch und mitgliederzentriert angelegt. Jeder zweite eingetragene Verein engagiert sich im Bildungsbereich,

was rund 300.000 Vereinen in Deutschland entspricht.⁹ Die Mehrheit der Vereine arbeitet lokal, ehrenamtlich und niederschwellig mit direktem Zugang zur jeweiligen Zielgruppe ihrer Aktivitäten. Die größten Betätigungsfelder sind Sport und Bewegung, Kulturelle Bildung sowie Inklusion, Diversität und Teilhabe.¹⁰ Sie engagieren sich aber auch in so wichtigen Bereichen wie der Alphabetisierung, der Alltagshilfe und der Generationenbegegnung. Die wachsende Rolle der Vereine und weiterer Organisationen wie Stiftungen, Verbänden und gemeinnützigen Unternehmen oder weniger institutionalisierten Initiativen, Bewegungen und bürgerschaftlichen Gruppen als Bildungsakteure im Bildungssystem wird zunehmend diskutiert – einmal mehr im Zuge des schulischen Ganztagsausbaus.

Zusammenarbeit von Kommune und Zivilgesellschaft

Welche Bedeutung der Zivilgesellschaft als Bildungsakteurin zukommt, untersuchte von 2023 bis 2025 das vom Bundesbildungsministerium im Rahmen der Transferinitiative geförderte Forschungsvorhaben „Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften“ des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) zusammen mit Stiftungen für Bildung e.V., dem Träger des Netzwerks Stiftungen und Bildung. Die Ergebnisse der Studie liefern wichtige Impulse für die kommunale Bildungsarbeit, werden in dieser Publikation immer wieder aufgegriffen und im folgenden Beitrag von Dr. Jana Priemer in den Kontext der kommunalen Bildungssteuerung gesetzt.¹¹

Die Zwischenergebnisse der Evaluation¹² des Programms „Bildungskommunen“ zeigen, dass die Kooperation der Kommunen mit der Zivilgesellschaft stark von der Frage der Ressourcen abhängt. Ein Beispiel: Rund 72 Prozent der Bildungskommunen¹³ sehen in mangelnden Ressourcen der Kommunalverwaltungen die größte Herausforderung für die Umsetzung von

Partizipationsformaten, die Bildungsteilhabe befördern und passgenauere Angebote ermöglichen können. Zwar nutzen rund die Hälfte der Bildungskommunen beispielsweise Onlineformate zur Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung und rund 38 Prozent ermöglichen eine Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen oder Initiativen bei geplanten Formaten. Der Grad der Partizipation ist jedoch beschränkt. Nur rund die Hälfte der Bildungskommunen sieht zivilgesellschaftliche Akteure in die Arbeitsstrukturen ihrer Bildungslandschaft eingebunden. Diese und ähnliche Ergebnisse zeigen, dass es den Wunsch und Bedarf gibt, mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenzuarbeiten. Die Umsetzung im kommunalen Alltag fällt den Akteuren trotz der Förderung zu Teilen aber noch schwer. Daraus ergibt sich ein Handlungsbedarf für Kommunalverwaltungen und begleitende Programme wie die Transferinitiative, denn die Bedeutung der Zivilgesellschaft bleibt auch zukünftig bestehen und muss gewürdigt werden. Eine möglichst große Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe sind nur mit ihr umsetzbar.

Gute Praxis als Vorbild

Eine wesentliche Erkenntnis ist, dass es „noch Luft nach oben“ gibt bei der Anerkennung, Aktivierung und Einbindung der Zivilgesellschaft in die Bildungslandschaften. Es gibt jedoch viele erfolgsversprechende Ansätze zur Kooperation von Zivilgesellschaft und Kommune. Das Ziel dieser Publikation ist es, die Potenziale der zivilgesellschaftlichen Akteure und der Zusammenarbeit mit ihnen sichtbar zu machen. Den Kern bildet der Blick in die Praxis. Mit den Beiträgen möchten die zahlreichen Autorinnen und Autoren aus dem „Fachnetzwerk für kommunales Bildungsmanagement“, der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und den Kommunen Impulse und Anreize liefern, wie eine produktive Zusammenarbeit initiiert, umgesetzt und nachhaltig verankert werden kann. Das Fachnetzwerk hat zudem mit all seiner Expertise maßgeblich an der

9 Priemer, Jana (2024): Keine Bildungslandschaft ohne Zivilgesellschaft: Status Quo und Forschungsbedarfe. In: Steiner, Christine et al. (Hrsg.): Gemeinsam für bessere Bildung?! Zivilgesellschaftliche Akteure in kommunalen Bildungslandschaften. Weinheim/Basel. S. 76–87

10 Hutter, Swen et al. (2024): Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften. Befunde und Botschaften. Berlin

11 <https://wzb.eu/de/forschung/wandel-politischer-systeme/zentrum-fuer-zivilgesellschaftsforschung/projekte/zivilgesellschaft-und-bildung-buergerschaftliches-engagement-in-bildungslandschaften>

12 Programmevaluation der ESF Plus-Förderrichtlinie „Bildungskommunen“ durch SYSPONS GmbH

13 Auf diese Frage antworteten 40 Bildungskommunen (N = 40).



Fachnetzwerk für kommunales Bildungsmanagement

Regionale Entwicklungsagenturen für kommunales Bildungsmanagement (REAB)

REAB Bayern
reab-bayern.de

REAB Brandenburg
reab-brandenburg.de

REAB Hessen
reab-hessen.de

REAB Mitteldeutschland
reab-mitteldeutschland.de

REAB Niedersachsen
reab-niedersachsen.de

REAB Nord
reab-nord.de

REAB Nordrhein-Westfalen (NRW)
reab-nrw.de

REAB Rheinland-Pfalz – Saarland
reab-rheinland-pfalz-saarland.de

Fachstellen

**Fachstelle kommunales Bildungsmonitoring
(KOSMO)**
kommunales-bildungsmonitoring.de

**Fachstelle Bildung | Entwicklung | Raum |
Integration | Demokratie (FaBERID)**
faberid.de

**Fachstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung in
Kommunen (FABINEK)**
bne-fachstelle.de

**Fachstelle Fachkräftesicherung/Bildung im
Strukturwandel (FaBiS)**
die-bonn.de/id/41973 | bibb.de/de/186465.php

**Fachstelle Kulturelle Bildung im kommunalen
Bildungsmanagement**
fachstelle-kulturelle-bildung.de

Konzeption der Publikation mitgearbeitet. Die Erfahrungen der Mitarbeitenden aus den regionalen Entwicklungsagenturen und Fachstellen für kommunales Bildungsmanagement bilden ein praxisnahes, vielfältiges Bild der Kooperation zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft und ihrer Gelingensbedingungen. Die Praxisbeispiele offenbaren das breite Spektrum, auf dem sich die Zusammenarbeit bewegt – von sozialräumlichen Quartiersprojekten über die strukturelle Förde-

rung von Engagement bis hin zu eng verwobenen Bildungspartnerschaften zur Bewältigung ortsspezifischer Herausforderungen.

Welche Koordinierungsleistungen kann das kommunale Bildungsmanagement dabei übernehmen, die Zivilgesellschaft erfolgreich anzusprechen, dabei auch ihren Handlungslogiken gerecht zu werden und eine Partnerschaft zu festigen? Die Texte arbeiten den

Mehrwert und die Vielfalt zivilgesellschaftlichen Engagements in Bildungslandschaften heraus, benennen Herausforderungen und präsentieren Handlungsoptionen für Kommunalverwaltungen, Bildungsakteure und Bildungsnutzende.

Im abschließenden Beitrag der Publikation systematisiert Prof. Dr. Dieter Euler kommunale Beispiele anhand der Erkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitung des „Fachnetzwerks für kommunales Bildungsmanagement“.

Eines haben alle Beispiele gemeinsam: Sie setzen eine bestimmte Haltung von Bildung als Gemeinschaftsaufgabe voraus und definieren die Zivilgesellschaft als wichtige Partnerin auf Augenhöhe für die Bewältigung

aktueller und zukünftiger Herausforderungen. Sie zeigen, dass eine lebendige Zivilgesellschaft der Ausdruck eines stabilen Rückgrats der demokratischen Gesellschaft ist. Sie stärkt die Meinungsvielfalt, Toleranz und Solidarität. Kommunen können die Stärke der Zivilgesellschaft nutzen und damit die demokratische Grundlage ihrer eigenen Konstitution nachhaltig stärken. Diese Publikation soll Kommunen und die Zivilgesellschaft dabei unterstützen, Bildung in gemeinsamer Verantwortung mit den Ländern und dem Bund zu gestalten – für eine demokratische Gesellschaft, die auf Zusammenhalt und Kooperation baut.

Literatur/Weiterführende Links

www.transferinitiative.de

Zivilgesellschaft als Bildungsakteurin in kommunalen Bildungslandschaften

Dr. Jana Priemer, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung
Sabine Süß, Stiftungen für Bildung e.V. mit dem Netzwerk Stiftungen und Bildung

Wenn von zivilgesellschaftlichen Akteuren in kommunalen Bildungslandschaften die Rede ist, stellt sich zunächst die Frage: Wer ist damit eigentlich gemeint? Der Begriff ist vielschichtig und abstrakt und wird je nach Kontext ganz unterschiedlich verstanden und mit Leben gefüllt. Ganz allgemein sind mit Zivilgesellschaft Organisationen, Initiativen und engagierte Einzelpersonen gemeint, die freiwillig und ohne Gewinnabsicht zum Gemeinwohl beitragen – also keine staatlichen Einrichtungen oder gewinnorientierte Unternehmen. Aus Perspektive der kommunalen Verwaltung werden darunter oft die Träger der freien Wohlfahrt (Wohlfahrtsverbände) sowie (fördernde) Stiftungen in den Blick genommen. Doch gehören zur Zivilgesellschaftslandschaft viele weitere Akteure und Organisationsformen, zum Beispiel eingetragene Vereine und gemeinnützige Kapitalgesellschaften (gGmbHs), aber auch informelle Initiativen und Netzwerke ohne Rechtsform sowie soziale Bewegungen. Es handelt sich demnach um eine ausgesprochen heterogene Gruppe, deren Akteure unter unterschiedlichen Voraussetzungen selbstständig vielfältige Beiträge in kommunale Bildungslandschaften einbringen.

Die Ergebnisse des transdisziplinären Forschungsprojektes „Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften“¹ zeigen deutlich: Viele zivilgesellschaftliche Organisationen und freiwillig Engagierte wirken als Bildungsakteure – unabhängig davon, ob sie sich im Sport, der Wohlfahrt, im Bevölkerungsschutz oder anderen Bereichen engagieren. 61 Prozent der freiwillig Engagierten in

Deutschland – das entspricht 19 Millionen Einzelpersonen oder 28 Prozent der erwachsenen Bevölkerung – sind Bildungsengagierte. Sie vermitteln durch ihr Engagement Wissen, bieten Beratung und Coaching an oder organisieren Informations- sowie Lernangebote. Auch 53 Prozent aller Vereine machen Bildungsangebote und sind damit als Bildungsorganisationen zu verstehen. Bildungsengagierte und Bildungsorganisationen der Zivilgesellschaft halten ein sehr vielfältiges Bildungsangebot für verschiedene Zielgruppen bereit. Hort- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche – auch an Ganztagschulen – gehören ebenso zum Portfolio wie Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund und weitere spezifische Personengruppen sowie auch Weiterbildungsangebote für Erwachsene.

Trotz ihrer großen Bedeutung als Bildungsakteurin ist die Zivilgesellschaft in der Öffentlichkeit bislang nur wenig als solche sichtbar, etwa in öffentlichen Berichten wie dem Freiwilligensurvey und den Bildungsberichterstattungen. Sie wird zudem nicht immer in lokalen Bildungsnetzwerken berücksichtigt. Zwar sind zivilgesellschaftliche Bildungsakteure gerade vor Ort gut vernetzt, doch meist eher untereinander. Dabei sind zivilgesellschaftliche Bildungsorganisationen besonders offen für Kooperationen – und oft sind genau diese Partnerschaften der Schlüssel für ihre Arbeit. Denn gemeinsam lässt sich mehr bewirken: Ehrenamtliche Mentoring-Gruppen etwa arbeiten mit Schulen zusammen, sei es bei der Vermittlung von Lesepatenschaften oder Hilfe bei Hausaufgaben. Die Praxis zeigt jedoch, dass zivilgesellschaftliche Akteure und beispielsweise

1 Projektpartner waren Stiftungen für Bildung e.V. mit dem Netzwerk Stiftungen und Bildung sowie das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und an der Freien Universität Berlin. Gefördert wurde es vom Bundesbildungsministerium im Zeitraum von Januar 2023 bis März 2025.

Schulen nicht immer gut und bedarfsgerecht zueinanderfinden und dass die Initiative für solche Kooperationen noch zu selten von den Schulen ausgeht.

Auch bei der Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften spielte die Zivilgesellschaft bisher nur eine Nebenrolle. Ob Bildungskonferenzen, Bildungsbeiräte oder Steuerungsgruppen – die wenigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen sind in diesen Gremien vertreten. Wenn überhaupt, dann finden meist große, gut ausgestattete Verbände Gehör – etwa Wohlfahrtsverbände oder die Landes- und Kreissportbünde, mit denen kommunale Verwaltungen bereits etablierte Partnerschaften pflegen. Ihre Beiträge sind zweifellos unentbehrlich. Doch sie spiegeln nicht die Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Bildungsakteure wider. Vor allem

kleine, rein ehrenamtlich organisierte Organisationen und Initiativen bleiben häufig außen vor – und damit auch ihre Perspektiven, Expertise und Potenziale.

Wer das Potenzial der Zivilgesellschaft für die Bildung wirklich nutzen will, muss ihre Vielfalt anerkennen. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell sehr unterschiedlich aufgestellt – nicht alle verfügen über die gleichen Ressourcen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem freiwilligen Engagement zu: Die meisten Bildungsorganisationen der Zivilgesellschaft wären ohne engagierte Bürgerinnen und Bürger kaum handlungsfähig. In fast allen Organisationen sind freiwillig Engagierte aktiv. Nur 44 Prozent der Bildungsorganisationen können zusätzlich auf bezahltes Personal zurückgreifen. Ein Großteil der zivilgesellschaftlichen Bildungsangebote wird von freiwillig Engagierten, wie Ehrenamtlichen getragen.

Gerade in Zeiten knapper Kassen wirkt dieses Engagement auf viele Kommunen wie ein willkommener Ausgleich für begrenzte finanzielle Spielräume. Doch sind zivilgesellschaftliche Bildungsbeiträge nicht nur Kompensation für staatliche oder kommunale Defizite. Zivilgesellschaft handelt eigenständig, sozialräumlich und bedarfsorientiert – aber nicht „auf Bestellung“. Dabei darf nicht übersehen werden, dass freiwilliges Engagement nur gedeiht, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Vor allem der steigende Verwaltungsaufwand belastet viele Engagierte zusätzlich. Dabei ist das bildungsbezogene Engagement ohnehin schon zeitintensiv und fordert den Einsatzwilligen einiges ab. Das führt zu einem paradoxen Befund: Einerseits engagieren sich immer mehr Menschen im Bildungsbereich. Andererseits melden über ein Drittel der Bildungsorganisationen, dass sie kaum genügend Engagierte findet, um alle Aufgaben zu bewältigen.

Kooperation stellt eine zentrale Gelingensbedingung für die Bereitstellung zivilgesellschaftlicher Bildungsangebote dar. Erfolgreiche und nachhaltige Kooperationen sind jedoch voraussetzungsreich: Sie brauchen Zeit, Personal, Koordination und Knowhow. Besonders für rein freiwilligengetragene Bildungsorganisationen stellen sie damit eine Herausforderung dar – ganz gleich, wie engagiert die Beteiligten sind. Damit Zusammenarbeit langfristig gelingt, sind deshalb verlässliche Unterstützungsstrukturen nötig. Hier könnten die Kommunen eine zentrale Rolle spielen. Sie können Netzwerkplattformen zur Verfügung stellen, potenzielle Kooperationspartner zusammenbringen und generell



Organisationen bei der Koordination unterstützen. Dabei kommt der Einbindung zivilgesellschaftlicher Strukturen – insbesondere von Verbänden und Netzwerken – eine zentrale Rolle zu, da sie nicht nur als Anlaufstellen für Engagierte deren Unterstützungsbedarf kennen, sondern auch ein wichtiges Bindeglied zwischen Kommunen und Einzelengagierten bilden können.

Zivilgesellschaftliche Bildungsangebote und ihre Entfaltung in Bildungslandschaften sind jedoch nicht nur reine Ressourcenfragen. Wesentlich sind auch Anerkennung und Wertschätzung der Zivilgesellschaft als Bildungsakteur. Dazu gehört zum einen die Selbstvertretung als Bildungsakteur. Fast jede zweite Bildungsorganisation sieht sich selbst nicht als Bildungsakteur. Zum anderen braucht es eine stärkere Anerkennung durch Dritte, etwa durch Kommunen, Schulen und andere Akteure. Nur selten gehen Kooperationen mit der Zivilgesellschaft von Seiten Dritter aus. Damit einher (oder dem voraus?) geht die Anerkennung der Bedeutung außerschulischer Bildungsangebote und des lebenslangen Lernens. In modernen Wissensgesellschaften kann Bildung nicht mehr ausschließlich auf Schule bezogen sein, sondern muss entlang individueller Biografien verstanden werden und vielfältige

Lernorte und -formate jenseits formaler Strukturen einbeziehen.

Um die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die kommunale Bildungssteuerung wirksam zu gestalten und damit zivilgesellschaftliches Engagement langfristig wirken kann, braucht es gezielte Maßnahmen: Grundsätzlich bedarf es Wertschätzung und Respekt gegenüber allen Bildungsbeiträgen der Zivilgesellschaft. Zugleich sollte die Sichtbarkeit zivilgesellschaftlicher Akteure gestärkt werden – etwa durch ihre systematische Berücksichtigung in der Bildungsberichterstattung.² Es braucht strukturelle und personelle Unterstützung mit zusätzlichen Kooperations- und Vernetzungsangeboten sowie geeignete Kommunikationsräume, um den Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und weiteren Bildungsakteuren zu fördern. Erforderlich ist auch die Schaffung verlässlicher Koordinierungsstrukturen und hilfreich das Einrichten einer zentralen Anlaufstelle für zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort, um sie bei allgemeinen Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Die Synergien zwischen allen Bildungsakteuren vor Ort zu stärken, kann viele, bislang wenig systematisch genutzte Potenziale der Zivilgesellschaft als Bildungspartnerin steigern.

2 Siehe hierzu exemplarisch den Beitrag „Kooperationen zwischen Schule und Zivilgesellschaft im kommunalen Bildungsmonitoring erfassen“ in Kapitel 6

***Einblicke
in die
Praxis***

Kapitel 1

Bildungslandschaften thematisch weiter- entwickeln – Zivilgesell- schaft als Expertin

Zivilgesellschaftliche Akteure können Expertinnen und Experten für spezifische Herausforderungen, Themen und Bedarfslagen sein. Sie konzentrieren sich häufiger als Kommunalverwaltungen auf sehr konkrete und spezifische Maßnahmen und Ziele. Besonders deutlich wird das im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung, in der die zivilgesellschaftlichen Organisationen eine zentrale Rolle in thematischen Netzwerken und Beteiligungsprozessen spielen. Diese Erfahrungen, ihr Wissen und Engagement können Kommunen für bildungspolitische Entscheidungen nutzen. Durch eine gezielte Koordination und ein datenbasiertes Bildungsmanagement können Kommunen wiederum Themenexpertinnen und Themenexperten der Zivilgesellschaft in Netzwerken und Strategieprozessen gezielt unterstützen.

Gemeinsam BNE-Landschaften gestalten: München und Hamburg

Dr. Katrin Otremba, Fachstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung in Kommunen (FABINEK)

Geographisch bilden Hamburg und München einen Gegensatz. Mit Blick auf ihre Bildungslandschaften teilen beide Kommunen eine Gemeinsamkeit: Beide Städte haben mittels eines umfangreichen Beteiligungsprozesses und auf der Grundlage eines Leitbildes Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in ihren Bildungslandschaften verankert. Beiden Städten war die Mitarbeit der Zivilgesellschaft von Anfang an ein wichtiges Anliegen: Zum einen ist Partizipation ein zentrales Element von BNE.¹ Zum anderen ist der Erfolg einer nachhaltigen Verankerung von BNE in der kommunalen Bildungslandschaft von der breiten Akzeptanz aller betroffenen Akteure abhängig. Erfolgreiche Teilhabeprozesse können diese Akzeptanz steigern.² Nicht zuletzt verfügt die Zivilgesellschaft außerdem „über das Wissen und die Expertise zu BNE“³, womit sie den Prozess der strukturellen Verankerung wesentlich bereichern kann.

In München entstand die **BNE VISION 2030**, in Hamburg der **Masterplan BNE 2030**. Die Prozesse in den beiden Kommunen unterschieden sich unter anderem hinsichtlich der Vorgaben, die die Arbeit der Beteiligten rahmten. Während sich die Akteure in Hamburg zunächst stark am nationalen Aktionsplan BNE orientierten, begann der Prozess in München mit der Erarbeitung einer jeweils eigenen BNE-Vision für unterschiedliche Bildungsbereiche. Welche Vorteile die jeweilige Herangehensweise mit sich brachte, davon berichten in den folgenden Interviews Markus Mitterer (München) und Ralf Behrens (Hamburg). Beide haben den Strategieprozess jeweils vonseiten der Verwaltung begleitet.



Umfangreiche Informationen zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Allgemeinen sowie zur Erarbeitung eines BNE-Leitbildes im Besonderen finden sich im „Praxishandbuch. Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kommune gestalten“⁴. Das Handbuch ist auf der Internetseite der Fachstelle „Bildung für nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ verfügbar.⁵ In Sachen BNE ist die Fachstelle im Rahmen des „Fachnetzwerks für kommunales Bildungsmanagement“ und der „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“ eine kompetente Ansprechpartnerin.



Die BNE VISION 2030 in München

Die BNE VISION 2030 wurde in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft erarbeitet. Warum war das eine gute Entscheidung?

Markus Mitterer (MM): Um wirklich gute Ziele und Maßnahmen zu entwickeln, ist es wichtig, die Expertise aus der Praxis zu haben. Deshalb war für uns von Anfang an klar, dass wir verschiedenste Akteure und Akteurinnen einbeziehen sollten. So zum Beispiel BNE-Akteurinnen und Akteure aus der Zivilgesellschaft, wie den Ökoprosjekt MobilSpiel e.V., den Kreisjugendring oder die StadtschülerInnenvertretung, aber auch Bildungsanbietende und verschiedene Bereiche der Verwaltung.

1 Rieckmann/Stoltenberg 2011

2 Artmaier/Farke/Mögling 2023. S. 107 ff.

3 Grapentin-Rimek 2019

4 Autorengruppe BNE-Kompetenzzentrum (Hrsg.). (2023): Praxishandbuch. Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kommune gestalten. München, www.bne-kompetenzzentrum.de/sites/default/files/2023-06/BNE-Praxishandbuch_WEB.pdf

5 www.bne-fachstelle.de

Bereits der Prozess, wie man die BNE VISION 2030 erarbeiten möchte, entstand unter Einbezug verschiedener Akteursgruppen. Warum ist man so vorgegangen?

MM: Je früher man mit Partizipation anfängt, desto besser gelingt sie. Daher haben wir versucht, vorbildlich vorzugehen. Wenn man von Anfang an einbezogen ist, teilt man auch die Verantwortung für die Vorgehensweise. Dadurch haben sich alle ernsthaft beteiligt gefühlt.

Zur Erarbeitung der Strategie wurden Arbeitskreise eingerichtet, die sich an zentralen Bildungsphasen orientierten. Auch die Arbeit in diesen Gruppen war sehr offen. Für jeden Bildungsbereich wurde zunächst eine Vision entwickelt, aus der dann Ziele und Maßnahmen abgeleitet wurden. Warum ging man so vor?

MM: Wir haben auf den Nationalen Aktionsplan BNE (NAP BNE) verwiesen und gesagt: ‚Schaut euch die Handlungsfelder, Ziele und Maßnahmen darin an‘. Aber konkrete Dinge vorzugeben, fanden wir nicht zielführend. Durch die gemeinsame Vision haben sich alle gut abgeholt gefühlt und wussten, wo es hingehen soll.

Was wäre ohne den Einbezug der Zivilgesellschaft im Hinblick auf die BNE VISION 2030 niemals gelungen?

MM: Es wäre nie gelungen, dass man so ein detailliertes Maßnahmenprogramm entwickelt hätte. Durch die Beteiligung wurde es viel konkreter. Zudem steht die Zivilgesellschaft hinter dem Ergebnis und nutzt das Commitment, das Verwaltung und Stadtpolitik mit dem Beschluss der BNE VISION 2030 eingegangen sind, wenn es darum geht, die Umsetzung voranzutreiben.



Der Masterplan BNE 2030 in Hamburg

Der Hamburger Masterplan BNE 2030 ist in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft erarbeitet worden. Warum war das eine gute Entscheidung?

Ralf Behrens (RB): Wir wollten eine Strategie für alle Bildungsbereiche entwickeln. Diesen Prozess haben wir mit den betroffenen Menschen zusammen gestaltet, um die Perspektiven der einzelnen Bildungsbereiche und Akteurinnen und Akteure mit aufzunehmen. So konnten wir auch den Blickwinkel der Zivilgesellschaft wie von Verbänden aus Umwelt- und Klimaschutz, Soziales sowie auch von Elternvertretungen und ihre Kompetenzen mit einbinden, was für uns inhaltlich ein wichtiger Punkt war und gleichzeitig die Akzeptanz für Veränderung gestärkt hat.

Zur Erarbeitung des Masterplans wurden Foren eingerichtet, die sich an zentralen Bildungsphasen orientierten. Die Arbeit in den Foren richtete sich stark am Nationalen Aktionsplan BNE (NAP) aus. Die Arbeitskreise überprüften, inwiefern sich der NAP auf Hamburg übertragen lässt. Warum ist man so vorgegangen?

RB: Zunächst hofften wir auf den Vorteil der Vergleichbarkeit, zum Beispiel mit anderen Bundesländern. Und auch für die Kommunikation ist es aus meiner Sicht besser, sich an den Bildungsbereichen zu orientieren. So kann man klarer strukturieren und kommunizieren. Am Ende haben wir allerdings nur die Struktur des NAP übernommen. Inhaltlich haben wir uns komplett neu aufgestellt.



Ralf Behrens, Referat Umweltbildung der Stadt Hamburg

Was wäre ohne den Einbezug der Zivilgesellschaft in den Prozess zum Hamburger Masterplan BNE 2030 niemals gelungen?

RB: Die Entstehung des Masterplans in all seinen Facetten wäre nicht gelungen. Die Zivilgesellschaft hat viele Aspekte eingebracht, an die wir wahrscheinlich nicht alle gedacht hätten. Die Freie und Hansestadt Hamburg unterstützt zivilgesellschaftliche Beteiligungsprozesse und hat im Rahmen ihres Nachhaltigkeitsprozesses die Zivilgesellschaft per Institution, dem Hamburger Nachhaltigkeitsforum (NFH), beauftragt, den Prozess kritisch zu begleiten. Diesen Gedanken haben wir auch mit dem Masterplan BNE 2030 verfolgt, indem wir den Behördenvertretenden in den Foren eine gleichgestellte Co-Leitung aus der Zivilgesellschaft an die Seite gestellt und das NFH in der Steuerungsgruppe mit zusätzlichem Stimmrecht aufgenommen haben.

Literatur/Weiterführende Links

Artmaier, Lisa/Farke, Til/Mögling, Tatjana (2023): Partizipation – Wie kann Beteiligung organisiert werden? In: Autorengruppe BNE-Kompetenzzentrum (Hrsg.): Praxishandbuch. Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kommune gestalten. München, S. 107–121. Online verfügbar: https://www.bne-kompetenzzentrum.de/sites/default/files/2023-06/BNE-Praxishandbuch_WEB.pdf

Grapentin-Rimek, Theresa (2019): Bildung für nachhaltige Entwicklung in kommunalen Bildungslandschaften. In: Singer-Brodowski, Mandy/Etzkorn, Nadine/Grapentin-Rimek, Theresa (Hrsg.): Pfade der Transformation. Die Verbreitung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im deutschen Bildungssystem. Opladen/Berlin/Toronto, S. 233–290.

Rieckmann, Marco/Stoltenberg, Ute (2011): Partizipation als zentrales Element von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. In: Kuhn, Katina/Newig, Jens/Heinrichs, Harald (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung? Welche Rolle für Partizipation und Kooperation? Wiesbaden, S. 119–131.

<https://www.pi-muenchen.de/bnevision2030/>

<https://www.hamburger-klimaschutzstiftung.de/projekte/masterplan-bne>

Bildungspartnerin Zivilgesellschaft – Was kann Kommune für sie tun?

Dr. Cornelia Leser, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Mitteldeutschland

Wollen Kommunen zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen, können sie an vielen Punkten ansetzen.

Begegnung fördern: Mit niedrigschwelligen Formaten wie Bildungskonferenzen oder Stadtteilstesten können Kommunen Orte schaffen, an denen ganz unterschiedliche Gruppen und Institutionen aufeinandertreffen, Perspektiven und Ideen austauschen, neue Bildungspartner identifizieren und informelle Netzwerke ausbauen.

Prozesse moderieren: Als administrative Einheiten mit Berührung zu allen relevanten Anspruchsgruppen sind Kommunalverwaltungen dafür prädestiniert, Aushandlungsprozesse ungleicher, teils auch konkurrierender Partner zu moderieren. Ein Bildungsmanagement, das mit den individuellen Handlungslogiken und Sprachstilen der Beteiligten vertraut ist, kann helfen, Perspektivwechsel anzustoßen und Vertrauen und Augenhöhe aufzubauen. Auf diese Weise werden Bildungsengagierte von großen Koordinierungsaufgaben entlastet. Kooperationsvereinbarungen können einen verbindlichen Rahmen für die Zusammenarbeit schaffen.

Formelle Netzwerke öffnen: Kommunen können zivilgesellschaftliche Initiativen an relevanten Kommunikations- und Planungsprozessen beteiligen und Schlüsselakteuren einen Platz in Arbeitsgruppen und Steuerungsgremien reservieren. Erkenntnisse und Innovationen aus der operativen Arbeit vor Ort können so unmittelbar mit Verwaltung und Steuerungsebene geteilt und am Ende zielgenauere Angebote konzipiert werden. Auch die Bekanntgabe einer ersten Ansprechperson in der Verwaltung, an die sich an Vernetzung und Kooperation Interessierte wenden können, ist sinnvoll. Strukturelle vertikale Vernetzung gibt es

bereits in der Kinder- und Jugendhilfe, wo freie Träger eine Vorrangstellung bei der Umsetzung kommunaler Projekte genießen und über den Jugendhilfeausschuss in Verwaltungsentscheidungen eingebunden sind.

Bedarfe und Angebote transparent machen: Ein kommunales Bildungsmonitoring kann kleinräumige Daten – zum Beispiel in Form kompakter, periodisch aktualisierter Planungsraumsteckbriefe – zusammenstellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Angebotsplanung oder Fördermittelakquise helfen. Auch gezielte Datenerhebungen oder Analysen zur Wirkung non-formaler Angebote kann das Monitoring unterstützen. Mit Bildungsportalen können Kommunen über dies einen virtuellen Ort schaffen, wo Initiativen eigene Angebote präsentieren und Bildungsinteressierte alle wichtigen Informationen auffinden können.

Engagement wertschätzen: Werden zivilgesellschaftliche Aktivitäten gesehen und gewürdigt – etwa durch Berichterstattung in lokalen Medien oder die Vergabe eines Preises – motiviert dies Initiativen, Freiwillige und deren Zielgruppen zum Mit- und Weitermachen.

Mit Ressourcen unterstützen: Kommunen können Projekte zivilgesellschaftlicher Akteure mit eigenen Förderrichtlinien unterstützen. In manchen Themfeldern können sie dafür auch Drittmittel von Bund, Land oder Stiftungen akquirieren. Überdies helfen Aufwandsentschädigungen oder Ehrenamtsbudgets Engagierten, Unkosten abzufedern. Auch die Möglichkeit einer unentgeltlichen Nutzung kommunaler Räumlichkeiten entlastet gemeinnützige Initiativen finanziell. So geschaffene Treffpunkte und Versammlungsorte geben den betreffenden Quartieren zugleich neue Entwicklungsimpulse.

Kapitel 2

Vielfalt der Zivilgesellschaft

Es gibt sie nicht – die eine Zivilgesellschaft. Ihre Ausformungen sind vielfältig. Sie kann sich in organisierter und nicht-organisierter Form, als engagierte Einzelperson, in gemeinnützigen Organisationsformen, in Kinderparlamenten oder Nachbarschaften zeigen. Sie kann Pflichtaufgaben der Kommunen übernehmen oder freiwillig und punktuell tätig werden. Diese Vielfalt kann für Kommunen gleichzeitig Chance und Herausforderung sein. Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren benötigen deswegen klare Zielsetzungen und Rahmenbedingungen, damit sie Bildungslandschaften aktiv mitgestalten. Ein Prozess, den Kommunen moderieren können.

Facetten der zivilgesellschaftlichen Praxis

Anke Witzel, Regionalagentur Kommunales Bildungsmanagement (REAB) Rheinland-Pfalz – Saarland

Anika Jeffries, Stefanie Deutsch, Stadtverwaltung Neustadt an der Weinstraße, Demokratie- und Ehrenamtsförderung, Kommunales Bildungsbüro – Mehrgenerationenhaus

Dr. Sonja Muders, Fachstelle Fachkräftesicherung/Bildung im Strukturwandel (FaBIS)

Kathrin Raven, „ProfilPASS“, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

Senem Kaya, Fachstelle Bildung | Entwicklung | Raum | Integration | Demokratie (FaBERID)

Zivilgesellschaft ist lebendig, vielfältig und wandelbar. Sie entsteht dort, wo Menschen Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen – sei es im nachbarschaftlichen Alltag, im Ehrenamt oder in der strategischen Zusammenarbeit mit kommunalen Strukturen.

Nachfolgend werden drei Beispiele vorgestellt, die Anregungen für kommunale Verwaltungen, Bildungsakteure und Engagierte geben, die Zivilgesellschaft als gestaltende Kraft für Teilhabe, Integration und Zusammenhalt zu begreifen: Das Mehrgenerationenhaus in Neustadt an der Weinstraße ist ein Ort gelebter Teilhabe, an dem Menschen aller Altersgruppen und Hintergründe sich begegnen und unterstützen. Der „ProfilPASS“ unterstützt Einzelpersonen dabei, ihre Kompetenzen zu erkennen und ein passendes Ehrenamt zu finden. Und das Wiesbadener Konzept zur Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen zeigt, wie strategisch angelegte Koordination und eine Anlaufstelle auf Augenhöhe neue Zugänge zur Beteiligung eröffnen und Kommune und Zivilgesellschaft systematisch kooperieren können.

Zentral für den Erfolg der Initiativen ist die Rolle der Kommunalverwaltung: Sie schafft verlässliche Strukturen, fördert die Vernetzung, koordiniert Prozesse und macht zivilgesellschaftliches Engagement sichtbar. Persönliche Ansprache, niedrigschwellige Zugänge und kontinuierliche Begleitung sind dabei ebenso entscheidend wie die Offenheit für neue Kooperationen.

Das Mehrgenerationenhaus in Neustadt an der Weinstraße – Ort der Begegnung, Beteiligung und Teilhabe für alle

Das Mehrgenerationenhaus (MGH) ist mehr als ein Treffpunkt: Es ist ein offenes Haus für alle Generationen und Kulturen – mitten in der Stadt, gut erreichbar und für alle da. Hier begegnen sich Menschen, helfen einander und gestalten gemeinsam den Alltag – ob beim Mittagstisch, Sprachcafé oder Frühstück.

Ehrenamtliche bringen sich mit Ideen, Zeit und Herzblut ein. Das Haus koordiniert Projekte, vernetzt lokale Initiativen, Fachstellen und die Verwaltung. Organisationen wie die Krebsgesellschaft Rheinland-Pfalz beraten regelmäßig im MGH. Darüber hinaus hält das MGH beispielsweise den Kontakt zum Caritas-Zentrum



Zubereitung des Frühstücks im Mehrgenerationenhaus der Stadt Neustadt an der Weinstraße



Jamsession vor dem Mehrgenerationenhaus der Stadt Neustadt an der Weinstraße

Neustadt und dem Haus der Diakonie Neustadt sowie städtischen Stellen wie dem Jugend- und Sozialamt. Wichtige Treffpunkte sind dafür verschiedene Netzwerke zur sozialen Beratung, Demenz, Pflege, Psychische Gesundheit, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Demokratie, Familien stärken und Kinderschutz.

Besonders wichtig ist die Beteiligung: Viele Projekte beginnen mit einer einfachen Frage wie „Bäckst du einen Kuchen fürs Hoffest?“ – direkte Ansprache sowie klare und zeitlich begrenzte Aufgaben erleichtern den Einstieg. So entstehen Bindung, Verantwortung und Gemeinschaft.

In Hauskonferenzen werden Ideen gebündelt, Einzel- und Gruppengespräche sorgen dafür, dass niemand übersehen wird.

Das MGH ist ein Haus der kurzen Wege – und der langen Wirkung: Es fördert (Grund-)Bildung und Teilhabe, Engagement und gelebte Integration. Die

größte Herausforderung besteht darin, die Vielfalt der Zivilgesellschaft nicht nur zuzulassen, sondern sie aktiv zu koordinieren, zu moderieren und produktiv zu vernetzen. Das Mehrgenerationenhaus und engagierte Kümmerer halten die Fäden zusammen, vermitteln, hören zu und machen das Engagement sichtbar. Es ist in der städtischen Abteilung Demokratie- und Ehrenamtsförderung – kommunales Bildungsbüro angesiedelt. Die Stadt stellt Personal für die Koordination als hauptamtliche „Kümmerer“ zur Verfügung. Diese unterstützen die Ehrenamtlichen aus den zivilgesellschaftlichen Bereichen.

Das Bundesprogramm „Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ fördert rund 530 Mehrgenerationenhäuser in ganz Deutschland. 160 von ihnen werden zur Förderung der Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen Erwachsener im Rahmen der „Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung“ (AlphaDekade)¹ zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt.

¹ Die AlphaDekade ist eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

ProfilPASS – zivilgesellschaftliches Engagement von Einzelpersonen

Zivilgesellschaftliches Engagement ist oft ehrenamtliches Engagement. Eine ehrenamtliche Tätigkeit ist freiwillig und ohne Bezahlung und dient dem Gemeinwohl. Man muss kein Mitglied in einem Verein sein, um sich ehrenamtlich zu engagieren. Einzelne Personen können für die Gesellschaft aktiv werden. Ihre Beweggründe und Bedürfnisse ändern sich oft im Leben. Der „ProfilPASS“ hilft dabei zu erarbeiten, was Menschen motiviert, welche Kompetenzen sie besitzen und zeigt Wege auf, wie sie diese gezielt einsetzen können.

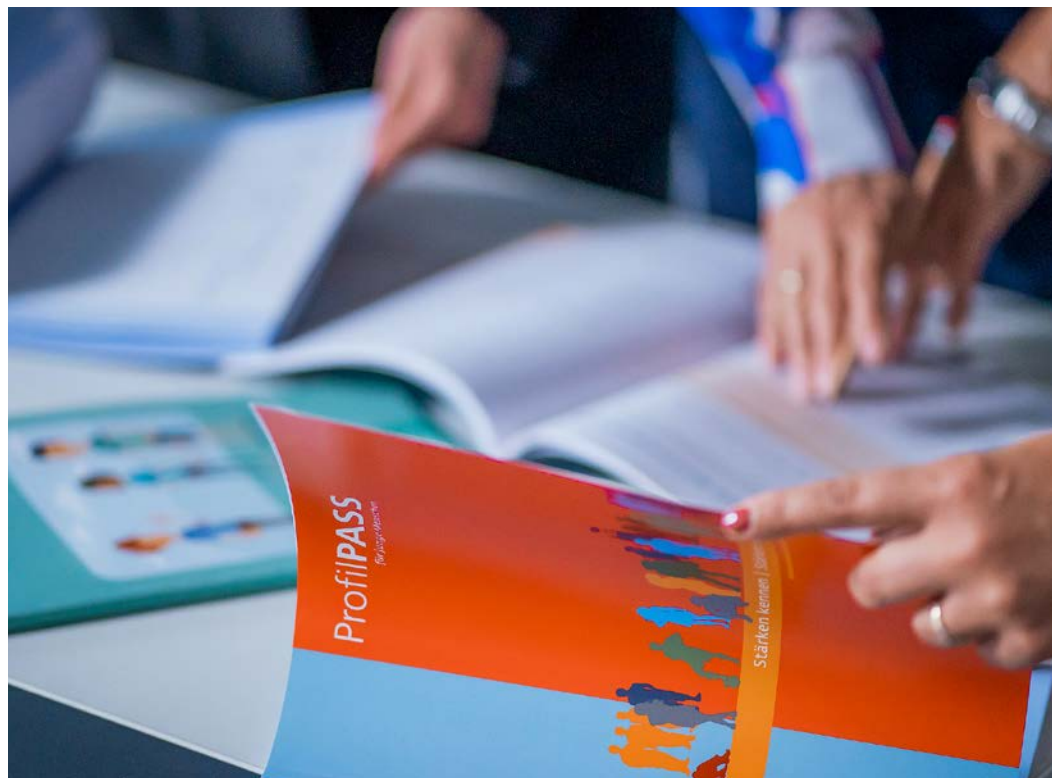
Die Arbeit mit dem „ProfilPASS“ zur Vorbereitung auf den Ruhestand hilft dabei, ein Ehrenamt zu finden, das zu den eigenen Interessen und Fähigkeiten passt. Der „ProfilPASS“ ist kostenfrei und kann auf der Seite des Deutschen Institutes für Erwachsenenbildung heruntergeladen werden. Er ermöglicht, eigene Wünsche und bisher meist unbewusste Kompetenzen zu erkennen, die man zum Beispiel in der Familie oder bei Hobbys erworben hat. Dazu beantwortet man Fragen, die zur Reflexion und Bilanzierung der eigenen Biografie anregen sollen.

Nicht nur für das Ehrenamt, auch für die Berufswahl und den Bedarf an Fachkräften ist der „ProfilPASS“ nutzbar. Er unterstützt Menschen dabei, sich ein Leben lang beruflich zu orientieren – von der Schulzeit bis ins hohe Alter. Zukünftig wird eine neue Version des „ProfilPASS“ veröffentlicht, die speziell auf die Bedürfnisse von Migrantinnen ausgerichtet ist. Kommunen können den „ProfilPASS“ in Beratungsstellen, Integrationsprojekten oder Bildungszentren einsetzen.

Wiesbadener Konzept zur Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen – Systematische Kooperation von Kommune und Zivilgesellschaft

Migrant*innenorganisationen unterstützen sowohl neu Eingewanderte als auch bereits länger ansässige Migrant*innen und Migranten bei den unterschiedlichsten Fragen. Ihrer Arbeit hilft zugewanderten Menschen sich zu orientieren, sodass sie sich besser in bestehende Regelsysteme eingliedern können. Durch eine gute Zusammenarbeit von Migrant*innen- und Nicht-Migrant*innenorganisationen sowie Verwaltung kann der interkulturelle Austausch verbessert werden, was eine nachhaltige Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert.

Im Jahr 2020 hat sich die Landeshauptstadt Wiesbaden deshalb aufgemacht, die Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen systematischer aufzustellen und diese Kooperationen auch zur Bildungssteuerung zu nutzen.



In einem ressortübergreifenden Prozess wurde das Konzept „Zusammenarbeit Migrantenorganisationen. Neue Wege zur Kooperation mit Migrantenorganisationen und deren bürgerschaftlichem Engagement mit dem Schwerpunkt der Integrationsarbeit“ erarbeitet und 2021 veröffentlicht. Ausgangslage, Wege und Ziele sind hier genauso ausführlich beschrieben wie die Voraussetzungen einer Zusammenarbeit.

Um die Kooperation zwischen Verwaltung und Migrantenorganisationen zu verbessern und strategisch aufzustellen, werden diese systematisch in die lokalen Strukturen der Stadt eingebunden. Außerdem werden sie dabei unterstützt, sich mit relevanten Akteuren und Gremien in Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft zu vernetzen.

Für die praktische Umsetzung dieser Ziele hat Wiesbaden eine in der Integrationsabteilung angesiedelte Anlauf-/Koordinierungsstelle geschaffen. Neben Vermittlung und Antworten auf individuelle Fragen, können sich Migrantenorganisationen hier in Kooperation mit dem BürgerKolleg² auch zu Fördermöglichkeiten und Qualifizierungen beraten lassen, die sie in der Professionalisierung ihrer Arbeit bestärken.

Momentan können Migrantenorganisationen Projektförderungen und institutionelle Förderungen durch die Integrationsabteilung, den Ausländerbeirat, das Kulturamt, Sportamt sowie durch das Landesprogramm „WIR – Vielfalt und Teilhabe“ erhalten.

Die persönliche Ansprache der Migrantenorganisationen durch die Verwaltung und der Austausch auf Augenhöhe schaffen zudem eine Vertrauensbasis, die

Grundlage für eine Intensivierung der Zusammenarbeit auch in Zukunft ist.

Literatur/Weiterführende Links

<https://www.mehrgenerationenhaeuser.de/mehrgenerationenhaeuser/haeuser-in-ihrer-naehe/steckbrief-mehrgenerationenhaus/mehrgenerationenhaus-neustadt-an-der-weinstrasse>

<https://www.neustadt.eu/B%C3%BCrger-Leben/Leben/Mehrgenerationenhaus/>

www.mehrgenerationenhaeuser.de/programm

www.alphadekade.de/de/projekte/foerderschwerpunkte/mehrgenerationenhaeuser/mehrgenerationenhaeuser_node.html

www.die-bonn.de/institut/dienstleistungen/servicestellen/profilpass

Bosche, Brigitte/Pielorz, Mona/Raven, Kathrin (Hrsg.). (2021): Perspektive Praxis. Handbuch für die ProfilPASS-Beratung.

www.faberid.de/publikation/eine-kooperation-mit-mehrwert-fuer-alle/

www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft-soziales/migration-integration/Zusammenarbeit-Migrantenorganisationen

www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft-soziales/migration-integration/Wegweiser-fuer-Migrantinnen-und-Migranten

Vielfältig engagiert: Perspektiven von Zivilgesellschaft in kommunalen Bildungslandschaften

Lisa-Marie Staljan, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Nordrhein-Westfalen

Zivilgesellschaft kann verstanden werden als eine bestimmte demokratische Verhaltensweise, Utopie und als „gesellschaftliche Sphäre, die zwischen Staat, Markt und dem Privaten angesiedelt ist“¹. Sie umfasst das vielfältige Spektrum menschlicher Zusammenschlüsse, die sich durch Unabhängigkeit und Freiwilligkeit auszeichnen. Dazu gehören sowohl institutionalisierte Strukturen wie Vereine, Jugendverbände, religiöse Gemeinschaften, Stiftungen oder Nichtregierungsorganisationen (NGO), als auch teil-institutionalisierte oder nicht-institutionalisierte Formen zivilgesellschaftlichen Engagements wie Nachbarschaftsinitiativen oder soziale Bewegungen.²

Diese Heterogenität spiegelt sich in einer ebenso großen Vielfalt von Perspektiven, Zielsetzungen und gesellschaftlichen Funktionen in der Zivilgesellschaft wider. Manche Organisationen wirken explizit bildungspolitisch, andere setzen ihre Schwerpunkte zum Beispiel in der Förderung sozialer Teilhabe, im Erhalt kultureller Identität oder in der Bereitstellung von Freizeit- und Begegnungssettings. Ebenso unterschiedlich sind die Rollen, die sie übernehmen: Sie können etwa als kritische Beobachter gesellschaftlicher Entwicklungen agieren (Wächterfunktion), Räume der Selbsthilfe und Solidarität aufbauen, Gemeinschaft und Zugehörigkeit stärken oder demokratische Mitgestaltung ermöglichen.³

Auch wenn sich nicht alle dieser Akteure als Bildungsakteure verstehen, gestalten viele von ihnen Bildung auf lokaler Ebene aktiv mit. Sie schaffen gemeinschaftliche Räume in vielfältigen Lebenszusammenhängen und bieten niedrigschwellige und erfahrungsorientierte Angebote, die formale Bildungsinstitutionen häufig nicht abdecken können. Bildung findet hier in einem sozialen Miteinander statt, das Menschen befähigt, Verantwortung zu übernehmen, Konflikte auszuhandeln, solidarisch zu agieren oder sich gesellschaftlich einzumischen. Solche Erfahrungen sind zentral für den

Erwerb von Schlüsselkompetenzen wie Empathie, Teamfähigkeit, Problemlösung, demokratischer Haltung oder Diversitätssensibilität.

Für kommunale Bildungslandschaften ist diese Heterogenität eine wertvolle Ressource. Sie trägt dazu bei, Menschen in ihren unterschiedlichen Lebensrealitäten anzusprechen und Bildung als lebendigen Bestandteil demokratischer Aushandlungsprozesse zu verstehen – offen für verschiedene Perspektiven und geprägt vom Dialog.

Kinder- und Jugendarbeit als zentrale Partnerin

Innerhalb der Zivilgesellschaft nimmt die Kinder- und Jugendarbeit eine doppelte Stellung ein:

Einerseits ist sie oft selbst Teil der Zivilgesellschaft. Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbände oder selbstorganisierte Projekte bieten Kindern und Jugendlichen freiwillige, lebensweltnahe Lern- und Erfahrungsräume. So werden Zugänge zu Bildungsgelegenheiten eröffnet, die an die Lebensrealitäten von jungen Menschen anschließen und Selbstwirksamkeit ermöglichen. Diese Bildung im Alltag ist kein Zusatzangebot, sondern ein eigenständiger und entscheidender Bildungsraum – insbesondere für jene, die in formalen Bildungsinstitutionen weniger gesehen oder gefördert werden.

Andererseits fördert die Kinder- und Jugendarbeit das zivilgesellschaftliche Engagement junger Menschen selbst. Durch Jugendgruppen, Beteiligungsprojekte, Freiwilligendienste oder politische Bildung schafft sie Möglichkeiten für Selbstorganisation, Mitbestimmung und Verantwortung. Junge Menschen erleben hier demokratische Prozesse, probieren sich aus und wachsen in aktive gesellschaftliche Positionen hinein. Diese doppelte Rolle – als Bildungsakteurin und Ermöglicherin – macht die Kinder- und Jugendarbeit zu einer Schlüsselfigur für den Aufbau lokaler Bildungsstruktu-

1 Vgl. Freise/Walter 2021: S. 9 ff., 21

2 Vgl. ebd.: S. 21 f.

3 Vgl. Graf Strachwitz et al. 2020: S. 5 f.

ren⁴. Zugleich verweist sie exemplarisch auf ein Spannungsfeld, in dem sich zivilgesellschaftliches Engagement bewegt: auf das Potenzial zur Mitwirkung ebenso wie auf die damit verbundene Verantwortung.

Vielfalt anerkennen – Chancen und Grenzen reflektieren

Ob Bildungslandschaften Gelegenheiten schaffen, in denen Menschen Kompetenzen und Engagement für die Mitgestaltung einer demokratischen und zukunfts-fähigen Gesellschaft entwickeln, hängt auch von den Aushandlungsprozessen zwischen den beteiligten Akteuren ab. Die Zivilgesellschaft spielt dabei, wie beschrieben, eine wichtige Rolle. Gleichzeitig ist sie kein homogener Bereich, sondern umfasst eine große Bandbreite an Organisationen mit unterschiedlichen Weltbildern und gesellschaftspolitischen Positionen.

Neben demokratisch orientierten, inklusiven Initiativen engagieren sich auch Gruppen, die bewusst ausgrenzende, autoritäre oder antipluralistische Haltungen vertreten. Sie treten zunehmend in Konkurrenz zu etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen⁵ und besetzen insbesondere in Regionen, in denen demokratisch orientierte zivilgesellschaftliche Strukturen schwach sind oder unter Druck stehen, bereits entstandene Leerstellen.⁶

Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, die Chancen und Grenzen zivilgesellschaftlicher Vielfalt bewusst zu reflektieren und eine klare Abgrenzung gegenüber jenen vorzunehmen, die grundlegende demokratische Werte ablehnen oder untergraben. Eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit in Bildungslandschaften setzt deshalb die Anerkennung gemeinsamer Werte wie Menschenwürde, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung voraus.

Das kommunale Bildungsmanagement kann diesen Prozess gezielt unterstützen, etwa durch die Stärkung von Netzwerken, die Moderation von Aushandlungs-

prozessen oder die systematische Beobachtung von Entwicklungen in der kommunalen Bildungslandschaft beziehungsweise der Zivilgesellschaft im Rahmen eines Bildungsmonitorings. Mit klar formulierten Bildungszielen und -strategien sowie der Unterstützung von gemeinsamen Positionierungen im Bildungsbereich können Kommunen Stellung gegen ausgrenzende und antidemokratische Positionen beziehen und Orientierung für eine demokratische Zusammenarbeit bieten.

Literatur/Weiterführende Links

Bundschuh, Stephan (2012): Die braune Seite der Zivilgesellschaft: rechtsextreme Sozialraumstrategien. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Rechtsextremismus. 62. Jahrgang, 18–19/2012, S. 28–33, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/132957/rechtsextremismus

Dialogforum Bildungslandschaften NRW (2023): Zukunftsplan Bildungslandschaften NRW 2023–2027, https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2024/01/Dialogforum_BL_Zukunftsplan_23-27.pdf

Freise, Matthias/Walter, Andrea (2021): Miteinander Füreinander. Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen, Münster.

Graf Strachwitz, Rupert/Priller, Eckhard/Triebe, Benjamin (2020): Handbuch Zivilgesellschaft, Bonn.

Jänicke, Christin/Gunzelmann, Hans Jonas (2025): In den eigenen Reihen. Rechte Interventionen in der Zivilgesellschaft. In: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.): WZB Mitteilungen, Quartalsheft für Sozialforschung. Veränderung, Krise der Demokratie, Formen des Protests, Mut zur Innovation, Heft 187, S. 19–22, https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/journal-vt/wzb-mitteilungen/wm2025_187.pdf

4 Vgl. Dialogforum Bildungslandschaften NRW 2023

5 Vgl. Jänicke/Gunzelmann 2025: S. 20 ff.

6 Vgl. Bundschuh 2012: S. 28 ff.

Kapitel 3

Teilhabe stärken und Beteiligung ermöglichen

Zwischen Staat und Individuum wird der Zivilgesellschaft häufig eine Mittlerfunktion zugesprochen. Denn ob in Sportvereinen, bei der freiwilligen Feuerwehr, als ehrenamtliche Lesehelferinnen und Lesehelfer – zivilgesellschaftliche Organisationen sind häufig der Ort, an dem sich Menschen treffen und Möglichkeiten der Beteiligung und Selbstwirksamkeit eröffnen. Die Zivilgesellschaft findet dafür innovative Wege, beispielsweise durch neue Zusammenschlüsse oder im digitalen Raum. Kommunen können so bisher schwer zugängliche Zielgruppen besser erreichen und deren Bedarfslagen berücksichtigen.

Pakt für Pirmasens: Eine ganze Stadt schafft bessere Bildungschancen für ihre Kinder

Benjamin Koltermann, Regionalagentur Kommunales Bildungsmanagement (REAB) Rheinland-Pfalz – Saarland
Martina Fuhrmann, „Pakt für Pirmasens“

Die Stadt Pirmasens ist in besonderem Maße von Kinder- und Jugendarmut betroffen. Seit 2008 arbeitet ein stadtweites Netzwerk – der „Pakt für Pirmasens“ – daran, die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Die Stadt ist vor allem durch die Abwanderung der Schuhindustrie vom Strukturwandel betroffen. Hier leben sehr viele Kinder unterhalb der Armutsgrenze oder sind von Armut bedroht. Trotz einer großen Angebotsvielfalt ist ihr Zugang zu Bildungsangeboten erschwert. Hier setzt der „Pakt für Pirmasens“ an. Der Pakt bietet eine Vielzahl an Projekten, die von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren der Stadtgesellschaft umgesetzt werden. Dazu gehören Nachhilfe und Berufsorientierung, das Entdecken gesunder Ernährung, ein Leseclub, ein Hula-Hoop-Training und vieles mehr. Daneben gibt es ehrenamtliche Lebenswegbegleiterinnen und Lebenswegbegleiter sowie verschiedene Beratungsangebote.

Ziel ist es, staatliche Leistungen durch ehrenamtliches Engagement zu stärken und die Perspektiven für benachteiligte Kinder und Jugendliche durch gezielte, bedarfsgerechte Hilfen zu verbessern. Im Sinne eines präventiven Ansatzes baut der Pakt bereits ab der Geburt Kontakt zu Familien auf. Die Förderung von Bildung und sozialer Teilhabe steht dabei im Vordergrund. Finanziert werden die Projekte meist über Spendengelder, seltener über Zuschüsse aus öffentlichen Töpfen oder Förderprogrammen.

Ein loses Netzwerk als Vorteil

Der „Pakt für Pirmasens“ basiert auf drei Säulen: dem Koordinierungsbüro, dem Förderausschuss und dem Runden Tisch. Dabei ist der Pakt bewusst als Netzwerk von Haupt- und Ehrenamtlichen ohne formalisierte Organisation zum Beispiel in Form eines Vereins konstruiert. Dadurch können Entscheidungen schnell



und unbürokratisch getroffen werden. Die Organisationsform als zivilgesellschaftliches Netzwerk verbessert den Zugang zur Zielgruppe.

Das Koordinierungsbüro des „Pakt für Pirmasens“ ist eine Stabsstelle des Oberbürgermeisters. Das verkürzt den Draht zum Oberbürgermeister und erleichtert die Außenkommunikation. Das Büro koordiniert die Hilfsangebote und ist Anlaufstelle sowohl für Hilfesuchende als auch für Ehrenamtliche und Partnerorganisationen. Die Mitarbeitenden des Büros beraten Kinder und Jugendliche sowie deren Familien und vermitteln sie in die Projekte. Das Büro unterstützt Projektträger bei der Antragstellung für Fördermittel, bei der Suche nach Projektpartnern und kümmert sich um die Akquise von Spendengeldern. Dabei arbeitet das Koordinierungsbüro nicht nur eng mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen, sondern auch mit verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung – darunter Jugendamt, Sozialamt, Bildungsbüro und Ausländerbehörde.

Auch die Pflege des Netzwerks der beteiligten Akteure und die Organisation des zwei- bis dreimal jährlich tagenden Runden Tisches liegt beim Koordinierungsbüro. Hier treffen sich Projektbeteiligte und interessierte Bürgerinnen und Bürger unter Vorsitz des Oberbürgermeisters der Stadt Pirmasens, um sich über Projekte auszutauschen und über Entscheidungen des Förderausschusses zu informieren.

Im Rahmen der „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“ und des Förderprogramms „Bildung integriert“ des Bundesbildungsministeriums hat das Koordinierungsbüro die Zusammenarbeit mit zentralen Akteuren wie beispielsweise dem Stadtjugendring, dem Netzwerk Frühe Hilfen, dem Christlichen Verein Junger Menschen (CVJM) Pirmasens, dem Arbeitskreis SchuleWirtschaft und der Landesarbeitsgemeinschaft für frühkindliche Zahngesundheit durch den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen gefestigt.

Ehrenamt vor Hauptamt

Der Förderausschuss entscheidet, welche Projekte vom Pakt unterstützt werden und wie diese finanziert werden können. Das Gremium besteht aus neun Mitgliedern, die aus verschiedenen Bereichen der haupt- und ehrenamtlichen Kinder- und Jugendarbeit in Pirmasens kommen. Dreimal im Jahr trifft sich der Förderausschuss im Koordinierungsbüro, um über Projektanträge zu entscheiden. Zudem prüft der Förderausschuss, ob eine Finanzierung durch Spendengelder oder durch andere Zuschüsse möglich ist. Bei der Bewilligung der Projekte gilt ein zentraler Grundsatz des Paktes: „Ehrenamt vor Hauptamt!“.

Wirkung im Kleinen wie im Großen

Im Rahmen des „Pakt für Pirmasens“ wurden seit seiner Gründung 2008 mehrere hundert Projekte durchgeführt und damit über 4.000 Kinder und Jugendliche erreicht. Die Beteiligung von Institutionen und Einzelpersonen ist weiterhin sehr hoch. Es hat sich eine Verantwortungsgemeinschaft entwickelt, die das Wir-Gefühl in der Stadt stärkt. Für Martina Fuhrmann, die Leiterin des Koordinierungsbüros, liegt der Erfolg des Paktes im Kleinen, in den Kontakten zur Zielgruppe, den Vertrauensbeziehungen und den kleinen sichtbaren Erfolgen der Kinder und Jugendlichen. Die Bertelsmann Stiftung hat in einer Netzwerkanalyse das Zusammenspiel von zivilgesellschaftlichem Engagement und Verwaltung sowie die Wirkung des Paktes in den Blick genommen. Das Ergebnis: Kompetenzen und Selbstbewusstsein der Kinder und Jugendlichen werden durch den Pakt gestärkt.

Literatur/Weiterführende Links

Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Rheinland-Pfalz – Saarland (2021): Der Pakt für Pirmasens: Eine ganze Stadt schafft bessere Bildungschancen für ihre Kinder. https://www.reab-rheinland-pfalz-saarland.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Transferbeispiel_Pakt_f%C3%BCr_Pirmasens_web.pdf

<https://pakt.pirmasens.de/>

Kulturelle Bildungsakteure: Brückenbauer in ländlichen Regionen

Antje Materna, Fachstelle Kulturelle Bildung im kommunalen Bildungsmanagement

„Zivilgesellschaft wird zu Recht als ‚Brückenbauer‘ bezeichnet, auch weil zivilgesellschaftliche Akteure oftmals versuchen, gezielt sozial benachteiligte Gruppen zu erreichen – so auch mit ihren kulturellen Bildungsangeboten.“¹

Zivilgesellschaftliche Akteure der Kulturellen Bildung richten ihre Arbeit stark an regionalen Herausforderungen sowie den Bedarfen der Zielgruppen aus. Ihr Beitrag für Bildungslandschaften ist unbestritten. Insbesondere in ländlichen oder strukturschwachen Regionen verbinden sie Generationen, stiften Gemeinschaft und tragen maßgeblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Dabei sind diese Akteure per se auf Kooperation ausgerichtet und „kooperieren etwas häufiger als andere zivilgesellschaftliche Organisationen (80 Prozent gegenüber 71 Prozent)“.² Mit diesem Vernetzungsgrad scheinen sie prädestiniert dafür, in Bildungslandschaften verankert zu sein. Doch das Konzept der Bildungslandschaften ist bisher wenig bekannt und nur 15 Prozent der kulturellen Akteure betrachten sich selbst als eingebunden.³ Die Gründe hierfür sind äußerst vielfältig: Zivilgesellschaftlich organisierte Kulturelle Bildung ist nicht nur in unterschiedlichen Handlungsfeldern aktiv, sondern auch mit unterschiedlichen Organisationsformen und dort mit jeweils spezifischen Voraussetzungen, Zielsetzungen und Selbstverständnissen. Insbesondere durch freiwilliges Engagement getragene Organisationen begreifen sich selbst kaum als Bildungsakteur, was sich nicht nur auf ihre Sichtbarkeit und Anerkennung auswirkt, sondern auch auf ihre Handlungsfähigkeit.⁴

Gerade sie sind aber besonders wichtige Säulen der Bildungsarbeit in ländlichen Räumen und brauchen Zugänge zu Ressourcen sowie Schnittstellen für die

Netzwerkarbeit. Ein Beispiel für eine solche Schnittstelle ist die KulturPerlenKette der Landesvereinigung Kulturelle Bildung Hessen (LKB). Die online verfügbare Karte stellt Akteure der Kulturellen Bildung aus ganz Hessen vor. Insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure profitieren hier von den Möglichkeiten für Vernetzung, Erfahrungsaustausch und dem Initiieren gemeinsamer Projekte. Für das kommunale Bildungsmanagement bietet sich zudem ein Zugewinn an Transparenz und Sichtbarkeit der Bildungsakteure. Das erleichtert die Anbahnung und Gestaltung externer Kooperationen.

Neben der Sichtbarkeit ist die Einrichtung lokaler Koordinierungs- und Netzwerkstellen eine wichtige Gelingensbedingung, um die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an lokalen Netzwerken für (Kulturelle) Bildung zu stärken und so unter anderem auch die Wege zu Förderprogrammen wie „Kultur macht stark“ zu ebnen. Die Unterstützungsstrukturen reichen von kommunal bis zivilgesellschaftlich getragenen sowie von rein koordinierenden bis hin zu ko-kreativ ausgerichteten Netzwerkstellen. Mit deren Hilfe können zivilgesellschaftliche Akteure der Kulturellen Bildung ihre zentrale Rolle als „Brückenbauer“ in Bildungslandschaften einnehmen.

Blick in die Praxis: Das Kulturlandbüro im Landkreis Vorpommern-Greifswald

Im Rahmen des Programms „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“ hat sich das Kulturlandbüro bis 2024 in der Region Uecker-Randow im Flächenlandkreis Vorpommern-Greifswald als Netzwerkstelle etabliert und sich 2025 mit Auslaufen des Programms als haftungsbeschränkte gemeinnützige Unternehmensgesellschaft neu gegründet, um die Strukturen zu erhalten und diese im Auftrag des Landkreises über die Region

1 Hübner/Priemer 2021: S. 40

2 Rößler-Prokhorenko/Priemer/Hutter 2025: S. 8

3 Vgl. Rößler-Prokhorenko/Priemer/Hutter 2025: S. 9

4 Vgl. Rößler-Prokhorenko/Priemer/Hutter 2025: S. 10



hinaus auszubauen. Dabei geht das Spektrum des Kulturlandbüros weit über das einer Koordinierungs- und Netzwerkstelle hinaus. Es ist vor Ort präsent und Ansprechpartner für alle Kulturinteressierten und Bildungsakteure, führt Beratungen für diese durch, entwickelt und begleitet kulturelle Projekte, stößt eigene Formate an und vermittelt zwischen den Menschen, den zivilgesellschaftlichen Akteuren, den Kommunen und der Landkreisverwaltung – immer mit dem Ziel, möglichst vielen Menschen vor Ort den Zugang zu (Kultureller) Bildung zu ermöglichen. Mit dieser Vermittlungsrolle fungiert das Kulturlandbüro, wie es

der Leiter David Adler formuliert, als „das kreative Komplementär der Verwaltung“. Ein weites Kultur- und Bildungsverständnis, das auch die Selbstverständnisse der zivilgesellschaftlichen Akteure integriert, ist dafür grundlegend. Um Sichtbarkeit und Transparenz zu erhöhen, hat das Kulturlandbüro unter anderem die Kulturland-Schatzkarte initiiert, die den Zugang zu Angeboten, Informationen und Ressourcen unterstützt. Für zivilgesellschaftliche Akteure der Kulturellen Bildung schafft dies zusätzliches Identifikationspotenzial und zahlt auf ihre Wertschätzung als Bildungsakteure ein.



„Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“

Mit dem Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ fördert das Bundesbildungsministerium seit 2013 deutschlandweit außerschulische Projekte der Kulturellen Bildung. „Kultur macht stark“ richtet sich an junge Menschen zwischen drei und 18 Jahren, die sonst wenig Zugang zu solchen Angeboten haben. Kinder und Jugendliche sollen die bestmöglichen Bildungschancen erhalten – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Über „Kultur macht stark“ geförderte Projekte werden von lokalen Bündnissen für Bildung aus mindestens drei Partnern umgesetzt. In den Bündnissen vernetzen sich kulturelle Einrichtungen und Bildungsorte wie Theater oder Bibliotheken mit Einrichtungen, die nah dran sind an den jungen Menschen, zum Beispiel Schulen oder Jugendzentren, Horte oder Sportvereine. Die Bündnisse für

Bildung tragen so dazu bei, zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort nachhaltig zu stärken und Netzwerke für mehr Bildungschancen zu schaffen.

Die Bündnisse erhalten die Fördermittel für ihre Projekte nicht direkt vom Bundesbildungsministerium, sondern von 27 Programmpartnern. Die Programmpartner sind ausgewählte Verbände, Stiftungen und Initiativen, die bundesweit in der Kulturellen Bildung tätig sind. Die Projekte decken sämtliche Kulturbereiche ab – von der Alltagskultur über digitale Medien und Musik bis hin zum Zirkus. Umgesetzt werden die Angebote beispielsweise als Kurse, Ferienfreizeiten oder Wochenendworkshops.

www.buendnisse-fuer-bildung.de

Literatur/Weiterführende Links

Hübner, Kerstin/Priemer, Jana (2021): Engagement für Bildung. Zivilgesellschaftliche Partner aus Kultur und Jugendhilfe, Berlin.

Rößler-Prokhorenko, Charlotte/Priemer, Jana/Hutter, Swen (2025): Policy Brief. Zivilgesellschaft als Akteur der kulturellen Bildung. Engagement und Kooperation sind entscheidend. hrsg. v. Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung/WZB, Stiftungen für Bildung e.V./Netzwerk Stiftungen und Bildung.

<https://landkulturperlen.de/kulturperlenkette>

<https://www.kulturlandbuero.de/>

www.kulturlandbuero.de/kulturlandschatzkarte/

Beteiligung digital ermöglichen

Thomas Verlage, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Hessen

Digitale Kommentierungsverfahren ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern, Texte, Pläne oder Konzepte direkt online einzusehen und ihre Anmerkungen oder Vorschläge dazu zu hinterlassen. Sie bieten damit eine niedrigschwellige und wirkungsvolle Möglichkeit, strategische Prozesse partizipativ zu gestalten. Gerade in ländlichen Räumen oder bei zeitlichen, körperlichen und organisatorischen Hürden können digitale Medien so – richtig eingesetzt – Barrieren abbauen und neue Formen der Beteiligung eröffnen. So verfügt Frankfurt am Main über die digitale Beteiligungsplattform „Frankfurt fragt mich“¹. Hier können Einwohnerinnen und Einwohner gebündelte Informationen zu Beteiligungsprojekten finden und sich außerdem vielfältig beteiligen, zum Beispiel im Rahmen des Förderprojekts „Bildungskommunen“, in dem die Plattform allen Beteiligten eine Kommentierung des Dialogprozesses zum Frankfurter Bildungsverständnis ermöglichte.²

Gerade bei komplexeren Vorhaben mit vielen beteiligten Akteuren stoßen klassische Formate an praktische Grenzen: Nicht alle Interessierten können teilnehmen, Zeitpläne kollidieren, manche Zielgruppen bleiben außen vor. Digitale Verfahren hingegen ermöglichen eine zeitlich flexible Mitwirkung und eröffnen Beteiligung auch jenen, die sonst weniger sichtbar sind.

Je nach Prozessphase können digitale Kommentierungen unterschiedliche Funktionen erfüllen – vom offenen Ideensammeln zu Beginn über gezielte Rückmeldungen in Zwischenschritten bis hin zur Kommentierung finaler Entwürfe. Auch die Stadt Offenbach nutzt ein solches Verfahren. Schon 2012 hat die Stadt einen Orientierungsrahmen für Bildungsentwicklung erarbeitet. Er gibt Anregungen, zeigt bestehende Herausforderungen und kann somit als Grundlage für weiteres Handeln dienen. Er wurde 2023 evaluiert, von Gremien und Expertinnen und Experten als Entwurf

überarbeitet und den Offenbacherinnen und Offenbachern digital zur Kommentierung zur Verfügung gestellt.³ Schließlich wurde die Fortschreibung im Rahmen einer Bildungskonferenz mit breiter Beteiligung abgestimmt.

Digitale Kommentierungsverfahren können die Transparenz steigern, die Reichweite erhöhen und eine breitere Beteiligung der Zivilgesellschaft fördern. Zudem können sie in Bildungsportale/Websites integriert werden und damit zum Gestaltelement einer analog-digital vernetzten Bildungslandschaft werden.



1 <https://www.ffm.de>

2 https://frankfurt.de/bildungskommune/zugaenge-zu-bildung/durch-transparenz-und-vernetzung/dialogprozess_bildungsveraendnis

3 <https://www.reab-hessen.de/aktuelles/aktuelle-meldungen/detailansicht/beteiligungsverfahren-zur-bildungsentwicklung-in-offenbach.html>

Kapitel 4

Engagementförderung strukturell verankern

Zivilgesellschaftliches Engagement spielt in gesellschaftlichen Strukturen und in kommunalen Bildungslandschaften eine große Rolle. Das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement (DKBM) kann Kommunen dabei unterstützen, dieses Engagement in Bildungslandschaften strukturell zu verankern. Neben Beratung, Qualifizierung und der Zusammenarbeit mit Partnern zur gezielten Engagementförderung können Kommunen verlässliche Rahmenbedingungen für Engagierte schaffen und eine Haltung der Wertschätzung etablieren.

Koordinierung und Förderung des freiwilligen Engagements im Burgenlandkreis

Thies Schulz-Holland, Fachstelle Bildung | Entwicklung | Raum | Integration | Demokratie (FaBERID)

Freiwilliges Engagement ist eine tragende Säule lebendiger Bildungslandschaften. Der Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt zeigt exemplarisch, wie hauptamtliche Strukturen zur Förderung des Ehrenamts etabliert werden können.

Von der Modellkommune zur dauerhaften Struktur

Die Entwicklung begann 2020 mit der Teilnahme am Bundesprojekt „Hauptamt stärkt Ehrenamt“. Als einer von 18 Verbundlandkreisen etablierte der Burgenlandkreis eine Koordinierungsstelle für das Ehrenamt, angesiedelt im Bildungsbüro des Amtes für Bildung, Kultur und Sport. Der Fokus lag auf Qualifizierung und Vernetzung Ehrenamtlicher sowie der Entwicklung einer Ehrenamtskarte mit Vergünstigungen bei regionalen Partnern.

Nach Auslaufen des Projekts Mitte 2023 wurde die Unterstützung des Ehrenamts im Rahmen des Programms „Bildungskommunen“ unter dem Dach des Bildungsbüros umgesetzt und mit dem neuen Fokus Bildung deutlich weiterentwickelt.

Strukturelle Einbettung der Engagementförderung

Die strukturelle Einbettung der Engagementkoordination im Bildungsbüro des Burgenlandkreises schafft kurze Wege und ermöglicht die Verzahnung mit anderen Projekten und Initiativen im Bildungsbereich. Die Verankerung der Engagementförderung in einer Verwaltungsstruktur, die auch für Bildungsthemen verantwortlich ist, erleichtert die Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen.

Thematische Schwerpunkte und praktische Umsetzung

Die aktuellen Schwerpunkte der Engagementkoordination im Burgenlandkreis umfassen:

- Beratung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen
- Unterstützung der Kooperation mit Bildungseinrichtungen
- Wertschätzung des Ehrenamtes, unter anderem durch die Ehrenamtskarte und eine Veranstaltung zum Tag des Ehrenamtes

Da die Ehrenamtslandschaft groß ist, wurden neben den Angeboten für alle Ehrenamtlichen drei strategische Schwerpunkte gesetzt:

Ehrenamtliche Leseförderung

Lesepatinnen und Lesepaten sind Ehrenamtliche, die einmal pro Woche mit einem Kind lesen üben. Neben den Lernerfolgen entwickeln sich oft resilienzfördernde Bindungen zwischen dem Paten und dem Patenkind. Die hauptamtliche Engagementförderung betreut die Lesepatinnen und Lesepaten sowie die teilnehmenden Grundschulen, organisiert Fortbildungen und Netzwerktreffen und akquiriert neue Einrichtungen und Engagierte. Innerhalb von zwei Jahren konnte das Netzwerk von 80 Lesepatinnen und Lesepaten und sieben teilnehmenden Grundschulen auf 170 an 22 Schulen erweitert werden.

Lebenslanges Lernen und Weiterbildung in Vereinen

Ausgehend von der These, dass ehrenamtliche Arbeit insbesondere in Vereinen ein komplexes Set von Kenntnissen und Fähigkeiten, etwa zu den Themen Umgang mit Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit oder Pädagogik in der Kinder- und Jugendarbeit erfordert und die Erlangung dieser Kompetenzen auch die berufliche Weiterentwicklung fördern kann, werden Daten erhoben und die Weiterbildung im Ehrenamt gefördert, etwa durch einen regelmäßigen Newsletter zu Fortbildungsangeboten. Recherche und Gespräche mit Schlüsselpersonen in der Ehrenamtsförderung haben gezeigt, dass es bislang nur wenige Studien und Daten zum Zusammenhang von Ehrenamt und beruflicher Weiterentwicklung gibt. Zudem lassen die vorhandenen Erkenntnisse keine spezifischen Rückschlüsse auf die Situation im Burgenlandkreis zu. Daher werden eigene Daten erhoben, zunächst durch leitfadengestützte Interviews mit Ehrenamtlichen als Pretest für einen aktuell in der Entwicklung befindlichen Fragebogen. Dieser Fragebogen soll an eine größere Gruppe Ehrenamtlicher verteilt werden, um eine breitere Datengrundlage zu schaffen. Die Ergebnisse der Befragung sollen schließlich aufzeigen, inwiefern das Ehrenamt berufliche Kompetenzen fördert und umgekehrt auch vom Beruf profitiert.

Demokratiebildung in Vereinen

In einem Pilotprojekt mit der Jugendfeuerwehr wird erprobt, inwieweit Demokratiebildung in Vereinsstrukturen ihren Platz finden kann und welche Gelingens- und Hindernisfaktoren bei der Implementierung eine Rolle spielen.

Gelingsbedingungen zur strukturellen Einbindung der Engagementförderung

Aus den Erfahrungen im Burgenlandkreis lassen sich zentrale Erfolgsfaktoren für Kommunen ableiten:

- 1. Institutionelle Einbindung:** Die Ansiedlung in bestehenden Verwaltungsstrukturen verbessert die Anschlussfähigkeit an andere kommunale Aktivitäten.
- 2. Zentrale Anlaufstelle:** Eine klar identifizierbare Koordinierungsstelle erleichtert den Zugang für Ehrenamtliche und Kooperationspartner.
- 3. Netzwerke:** Kontakte eröffnen den Weg zu Kooperationspartnern, Finanzierungsquellen, fachlichem Austausch und Feedback. Sie sind deshalb unverzichtbar.
- 4. Strategische Ausrichtung:** Es müssen relevante Schwerpunkte gesetzt werden, die die lokalen Bedarfe und vorhandenen Potenziale berücksichtigen und politisch legitimiert sind.

Die Ehrenamtlichen und freiwillig Engagierten im Burgenlandkreis schätzen die zentrale Anlaufstelle und die konkrete Unterstützung. Die strukturelle Verankerung der Engagementförderung im kommunalen Gefüge bietet die Grundlage für eine kontinuierliche Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements.



Engagement als Motor kommunaler Bildungslandschaften

Dr. Daniel März, Fachstelle Bildung | Entwicklung | Raum | Integration | Demokratie (FaBERID)

Kommunale Bildungslandschaften leben von dem Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure – sowohl von Organisationen als auch von Einzelpersonen. Doch die systematische Förderung und strukturelle Verankerung dieses Engagements stellt Kommunen vor komplexe Herausforderungen.

Besonders bedeutsam sind Einzelpersonen, die sich außerhalb etablierter Vereinsstrukturen einbringen. Sie fungieren häufig als wichtige Vorbilder und Impulsgeber in kommunalen Bildungslandschaften. Kinder und Jugendliche lernen durch den Kontakt mit engagierten Einzelpersonen in Kitas, Schulen oder der Jugendarbeit zivilgesellschaftliches Engagement kennen. Diese Erfahrungen mit engagierten Vorbildern können die Engagementbereitschaft prägen. Gleichzeitig bringen sich Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen als Einzelpersonen ein – von Studierenden, die Nachhilfe geben, über Berufstätige mit spezifischen Kompetenzen bis hin zu Seniorinnen und Senioren, die ihre Lebenserfahrung weitergeben möchten. Ein überzeugendes Beispiel für systematische Engagementförderung zeigt der MENTOR-Bundesverband e.V.¹ Durch sein bewährtes 1:1-Prinzip entstehen kontinuierliche, mindestens einjährige Begleitungen zwischen ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren und Kindern und Jugendlichen. Diese strukturelle Verankerung gewährleistet Qualität und Nachhaltigkeit – zentrale Erfolgsfaktoren für wirkungsvolle Engagementförderung.

Eine Herausforderung der strukturellen Engagementförderung liegt in der Erreichbarkeit schwer zugänglicher Zielgruppen. Klassische Strukturen erreichen oft bildungsaffine Milieus, während andere Bevölkerungsgruppen zumeist unberücksichtigt bleiben. Gemeinwesenarbeit und niedrigschwellige Zugänge sind hier

essenziell, um zum Beispiel auch Menschen mit Migrations- oder Armutshintergrund einzubinden. Auch die Kontinuität bei freiwilligem Engagement stellt eine dauerhafte Aufgabe dar. Durch sich wandelnde Lebensumstände, berufliche oder persönliche Veränderungen kann sich das Engagement verändern oder enden. Strukturelle Verankerung bedeutet, entsprechend Übergänge zu planen und Wissenstransfer zu organisieren.

Als eine Lösung, Wissenstransfer zu sichern, können haupt- und ehrenamtliche Strukturen verbunden werden. Die Verzahnung von Haupt- und Ehrenamt erfordert allerdings besondere Aufmerksamkeit in Form von klaren Rollenabgrenzungen, gemeinsamen Qualitätsstandards und einer professionellen Koordination. Beide Bereiche müssen sich ergänzen, nicht konkurrieren.

Kommunales Bildungsmanagement kann bei diesen Herausforderungen als zentrale Koordinations- und Vernetzungsplattform fungieren. Durch den Aufbau verlässlicher Kooperationsstrukturen mit zivilgesellschaftlichen Partnern können Bildungsangebote erweitert, Zugänge zu unterschiedlichen Zielgruppen geschaffen und innovative Formate entwickelt werden. Eine strategische Engagementförderung kann Fortbildungsangebote (für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende) und Supervisionen initiieren sowie die kontinuierliche Weiterentwicklung der Angebote entsprechend der pädagogischen Standards begleiten. Die Entwicklung von Engagementstrategien, die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen und die kontinuierliche Unterstützung aller Beteiligten ermöglicht die nachhaltige strukturelle Verankerung des Engagements in Kommunen.

1 <https://www.mentor-bundesverband.de>

Bürgerschaftliches Engagement in Nürnberg

Anja Klier, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Bayern

Wie Engagementförderung für den Bereich Bildung auch jenseits einer direkten Anbindung an die Kommunalverwaltung gelingt, zeigt das Beispiel des Kompetenzzentrums Bildung und Bürgerschaftliches Engagement (KBBE) in Nürnberg. Angesiedelt in der Freiwilligenagentur Zentrum Aktiver Bürger (ZAB) und getragen vom Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA e.V.), stärkt es seit 2022 die Infrastruktur freiwilligen Engagements im Bildungsbereich in Nürnberg.

Entstanden in der Corona-Pandemie, reagierte das KBBE auf den erhöhten Unterstützungsbedarf junger Menschen – und auf die Bereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger, sich im Bildungsbereich einzubringen. 2022/23 wurde es über das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona“ sowie das Bayerische Sozialministerium gefördert. Aktuell sichern Stiftungsmittel die Projektstellen. Die finanzielle Situation bleibt eine zentrale Herausforderung für das KBBE.

Ziele des KBBE sind die Vernetzung und Qualifizierung von ehren- und hauptamtlichen Akteuren, die Förderung von Engagement an Schulen und die Förderung des Engagements von Schülerinnen und Schülern.

In der Großstadt Nürnberg gibt es eine Vielzahl an Engagementprojekten mit Bildungsbezug. Dabei haben diese Initiativen unterschiedliche Bezugsrahmen. Vielfalt und Dynamik erschweren die Orientierung. Das KBBE übernimmt deshalb eine vermittelnde Rolle. Es unterstützt aber auch Schulen dabei, das Engagement ihrer Schülerinnen und Schüler zu fördern, zum Beispiel bei der Erarbeitung des Schulfachs „Ehrenamt“ mit zwei beteiligten Schulen. Das KBBE in Nürnberg koordiniert ein Netzwerk mit rund 65 Partnern, dar-

unter 27 Initiativen mit Freiwilligen. Es begleitet Kooperationen, moderiert Konflikte und wirkt als Brückenbauer zwischen formalen Bildungsinstitutionen und dem Engagement einzelner Menschen.

Bedarfsorientiert werden auch Qualifizierungsangebote für ehrenamtlich Engagierte entwickelt – etwa aktuell zur Handynutzung Jugendlicher. Zudem bietet das KBBE strukturierende Hilfe beim Fortbestand von Initiativen oder Generationenwechseln.

Es gibt enge und gute Kontakte zur Stadt Nürnberg, insbesondere zum Sozialreferat und der dort angesiedelten Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement und „Corporate Citizenship“. Diese war auch bei der ursprünglichen Konzeptentwicklung für das KBBE beteiligt und hilft immer wieder bei der Suche nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten zum Beispiel durch den Verweis an Stiftungen. Derzeit werden auch zur Schulverwaltung engere Kontakte geknüpft, da beim Ganztagsausbau und im „Startchancen“-Programm große Chancen für eine verstärkte Zusammenarbeit gesehen werden. Dem Bildungsbüro der Stadt Nürnberg ist das ZAB beziehungsweise KBBE vor allem bei der Erstellung der Bildungsberichte eine Hilfe, da sie systematische Zahlen zum ehrenamtlichen Engagement im Bereich der non-formalen Bildung liefern.

Die Struktur des KBBE erlaubt flexible, kooperative und lösungsorientierte Arbeit. Sie ermöglicht es, Bedarfe frühzeitig zu erkennen, Übergänge zu begleiten und Brücken zwischen Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen und Verwaltung zu bauen. So wird bürgerschaftliches Engagement als gestaltende Kraft in der kommunalen Bildungslandschaft sichtbar und wirksam.

Kapitel 5

Kinder- und Jugendpartizipation stärken

Die Zivilgesellschaft entsteht dort, wo Menschen sich beteiligen und mitentscheiden. Dies gilt für Kinder und Jugendliche ebenso – ob in der Kita, der Schule oder in institutionalisierten Formaten wie Kinder- und Jugendparlamenten oder Bildungskonferenzen. Für Kommunen eröffnen sich in der Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und durch die Öffnung von bildungspolitischen Entscheidungsprozessen für Kinder und Jugendliche Chancen, ebenjene Perspektiven zu berücksichtigen und passende Bildungsangebote zu entwickeln.

Kinder- und Jugendpartizipation in Kommunen stärken

Dr. Cornelia Leser, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Mitteldeutschland

Carla Brake, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Niedersachsen

Die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet Bund, Länder und Kommunen dazu, die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu achten und zu schützen.¹ Zu diesen Rechten gehört die Berücksichtigung des Kindeswillens „bei allen das Kind berührenden Angelegenheiten“ (Art. 12). Der kommunalen Ebene kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da Heranwachsende dort ihre Rechte unmittelbar erleben und ihre Lebenswelt mitgestalten können.

Die zwei Praxisbeispiele aus der Stadt Dresden und dem Landkreis Stade zeigen, wie kommunale Prozesse und Strukturen zur Verwirklichung und Stärkung von Kinder- und Jugendpartizipation in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gestaltet werden können.

Landeshauptstadt Dresden

In Sachsen hat die Partizipation von Kindern und Jugendlichen Eingang in die Gemeindeordnung gefunden, nach der Heranwachsende in angemessener Weise an kommunalen Planungen und Vorhaben

beteiligt werden sollen, sobald ihre Interessen berührt werden (§ 47a Sächsische Gemeindeordnung). Die Stadt Dresden hat hierzu eine Kinder- und Jugendbeauftragte berufen, die seit dem Jahr 2018 die Interessen der jungen Menschen vor Ort vertritt. Sie ist im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters angesiedelt und kann auf ein breites Netzwerk unterschiedlicher Partner setzen. Dazu gehören freie Träger der Jugendhilfe und viele verschiedene Institutionen und Stellen in- und außerhalb der Stadtverwaltung.

Die Kinder- und Jugendbeauftragte kooperiert sehr eng mit dem Kinder- und Jugendbüro der Stadt, das von zwei anerkannten Trägern der Jugendhilfe – dem Stadtjugendring Dresden e.V. und dem Büro für freie Kultur- und Jugendarbeit e.V. – betrieben wird. Das Kinder- und Jugendbüro wurde 2018 auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses eingerichtet, um die Partizipation junger Menschen mit konkreten Maßnahmen zu fördern, zu initiieren und zu begleiten. Sein multiprofessionelles Team setzt sich aus hauptberuflichen Mitarbeitenden, Praktikantinnen und Praktikanten sowie ehrenamtlich Engagierten zusammen. Projektbezogen werden Honorarkräfte hinzugezogen. Die Zusammenarbeit der beiden Trägervereine ist über eine Kooperationsvereinbarung geregelt. Allgemeine Sparzwänge, denen auch die Kinder- und Jugendhilfe ausgesetzt ist, engen die Spielräume des Kinder- und Jugendbüros ein und sind eine Herausforderung.

Gemeinsam realisieren das Kinder- und Jugendbüro und die Kinder- und Jugendbeauftragte regelmäßig kleinere und größere Partizipationsprozesse, so zum Beispiel im Rahmen der städtebaulichen Gestaltung einer riesigen Brachfläche am Alten Leipziger Bahnhof: Hier brachten etwa 300 Kinder und Jugendliche im Alter von vier bis 27 Jahren ihre Ideen in 15 altersgerecht ausgestaltete Workshops ein. Verschiedene Verfahren zur Jugend- und Kinderbeteiligung wurden 2019 auch in der städtischen Bürgerbeteiligungssatzung beschrieben.



1 www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/un-kinderrechtskonvention



Landkreis Stade

Im Landkreis Stade führten die Eindrücke der Corona-Pandemie wie zum Beispiel Schul- und Kita-Schließungen zu dem Vorhaben, Kinderrechte stärker in kommunale Strukturen und Prozesse zu integrieren. Dazu wurde der Landkreis 2024 als erster Landkreis bundesweit in das vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) geförderte gleichnamige Programm des Vereins Kinderfreundliche Kommune e.V. aufgenommen. Für den Verein stellt die Zusammenarbeit ein Pilotvorhaben dar, da bisher nur kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden begleitet wurden. Der Landkreis Stade wiederum profitiert von der Systematik des Programms und der fachlichen Expertise des Vereins, insbesondere bei der Verwirklichung von Kinderrechten in der Kommune.

Die Instrumente und Verfahren des Programms wurden durch den Verein an die Besonderheiten eines Landkreises, zu denen variierende Zuständigkeiten und eine weniger direkte Anbindung an die Lebenswelt der

Kinder und Jugendliche gehören, angepasst. Aktuell führt der Landkreis Stade Befragungen von Kindern und Jugendlichen zu ihren Wünschen sowie ihren Eindrücken von dem Leben und ihren Mitbestimmungsmöglichkeiten vor Ort durch. Ergänzend werden bereits bestehende Beteiligungsmöglichkeiten und Anlaufstellen für Kinder im Landkreis Stade analysiert. Die Ergebnisse werden mit dem Verein und dem für den Prozess eingerichteten Steuerungsgremium besprochen und bilden die Grundlage für die Entwicklung eines Aktionsplans. Mit einem Kreistagsbeschluss erhält der Landkreis das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ durch den Verein und startet in die dreijährige Umsetzungsphase des Aktionsplans. Auch in dieser Phase begleitet der Verein den Prozess und evaluiert gemeinsam mit dem Landkreis die Umsetzung der Maßnahmen.

Als vom Bundesbildungsministerium geförderte „Bildungskommune“ bindet der Landkreis die Befragungen von Kindern und Jugendlichen in einer kreisangehörigen Kommune in das sozialräumliche Bildungsmonitoring ein und stärkt die Verankerung der Kinder- und Jugendpartizipation. Auch in den im Rahmen der Bildungsregion stattfindenden Bildungskonferenzen wird das Thema Kinderrechte aufgegriffen.

Literatur/Weiterführende Links

https://www.dresden.de/de/stadtraum/zentrale-projekte/alter-leipziger-bahnhof.php?pk_kwd=alter-leipziger-bahnhof

<https://www.kinderfreundliche-kommunen.de/>

<https://kijubdd.de/>

www.dresden.de/Kinderbeteiligung

https://www.bildungslotse.info/index.php?article_id=1180

Partizipation von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen in der Kommune

Dr. Frauke Lampe, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Niedersachsen

Eine besonders wirkungsvolle Möglichkeit, die Interessen und Meinungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene zu berücksichtigen, ist ihre direkte Einbindung in politische Entscheidungsprozesse. Dies schafft Raum für echte Mitbestimmung und ermöglicht es jungen Menschen, ihre Lebenswelt aktiv mitzugestalten und dadurch Selbstwirksamkeit zu erfahren.¹ Entsprechende Partizipationsformate können auf vielfältige Weise und mit unterschiedlicher Tiefe und Dauer gestaltet werden.

Bundesweit setzen zahlreiche Kommunen auf Kinder- und Jugendparlamente, um junge Menschen langfristig in kommunale Entscheidungsprozesse einzubinden. So vertreten Jugendliche im Jugendgemeinderat in der Stadt Weingarten beispielsweise bereits seit rund 40 Jahren die Interessen ihrer Altersgruppe². In der Stadt Göttingen verfügt das Jugendparlament nicht nur über Rede- und Antragsrechte in vielen Ausschüssen, sondern auch über einen eigenen Etat.³ In Mönchengladbach können Kinder bereits ab 12 Jahren in das Jugendparlament der Stadt gewählt werden⁴ und im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg engagieren sich seit 2005 über 150 junge Menschen im Kinder- und Jugendparlament aktiv in der Bezirkspolitik.⁵

Während diese Parlamente auf eine fortwährende Beteiligung setzen, bieten kurzfristige Beteiligungsfor-

mate einen niedrigschwelligen Einstieg in politische Entscheidungsprozesse. Die Erfahrungen der Hertie-Stiftung im Programm „Jugend entscheidet“ zeigen, dass befristete Projekte für konkrete Anliegen besonders geeignet sind, um politisches Interesse bei Kindern und Jugendlichen zu wecken. In den von der Stiftung begleiteten Prozessen wählen Jugendliche gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung ein konkretes, für sie relevantes Thema aus, erarbeiten einen Antrag und setzen das Projekt nach Beschluss durch den Rat gemeinsam um. Auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den Mönchengladbacher Bildungsgesprächen, wie sie im Beitrag in dieser Publikation vorgestellt wird, stellt ein gelungenes Beispiel für ein niedrigschwelliges Angebot im Rahmen bestehender Strukturen dar.

Neben analogen Beteiligungsformaten gewinnen auch digitale Beteiligungsplattformen an Bedeutung, da sie es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, unabhängig von Zeit und Ort an politischen Prozessen teilzuhaben. „Pimp Your Town!“ lässt Schülerinnen und Schüler beispielsweise digital oder vor Ort in die Rolle von Ratsmitgliedern schlüpfen⁶. Über die digitale Beteiligungsplattform „Ypart“ können Kommunen Ideen und Vorschläge Jugendlicher sammeln und die Beteiligung vor Ort durch Diskussionen und Abstimmungen fördern⁷.

1 Vgl. Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, 2022, S. 7

2 <https://wgt.jetzt/startseite/jugendgemeinderat>

3 <https://www.jugendparlament-goettingen.de>

4 <https://www.moenchengladbach.de/de/jugendparlament>

5 <https://www.berlin.de/kjp-ts/was-ist-das/>

6 Politik zum Anfassen e.V., <https://www.pimpyourtown.de/was-ist-das>

7 Liquid Democracy e.V., <https://ypart.eu>

Erfolgreiche Partizipation – ob lang- oder kurzfristig, digital oder analog – setzt voraus, dass Kinder und Jugendliche sich ernst genommen fühlen und ihre Mitwirkung in einem für sie nachvollziehbaren Zeitraum als wirksam erfahren.⁸ Dafür braucht es eine dauerhafte strategische Verankerung und Steuerung, etwa durch das Bildungsbüro oder Jugendamt, sowie externe Akteure. Zu diesen zählen zum Beispiel Fachstellen für Kinder- und Jugendbeteiligung oder das Deutsche Kinderhilfswerk, die kommunale Mitarbeitende qualifizieren oder auch bei der Konzeption und Durchführung von Beteiligungsprozessen unterstützen können.⁹ Hierbei spielen – das zeigen die Praxisbeispiele aus Dresden und Stade – zivilgesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle.

Literatur/Weiterführende Links

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH (Hrsg.). (2022). Kinder- und Jugendbeteiligung nachhaltig gestalten: Erfolgreiche Wege aus der kommunalen Praxis. https://www.faberid.de/wp-content/uploads/sites/7/2024/09/2022-Themendossier_Jugendbeteiligung_TransferagenturGrossstaedte.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend & Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.). (2023). Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung: Impulse zur Weiterentwicklung in Theorie und Praxis (3. Aufl.).



8 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend & Deutscher Bundesjugendring, 2023, S. 104

9 Vgl. Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, 2022, S. 9

Kinder und Jugendliche in Mönchengladbach gestalten aktiv mit

Geschäftsstelle Integrierte Bildungsplanung, Stadt Mönchengladbach

Die im Jahr 2021 erstmals stattfindenden Mönchengladbacher Bildungsgespräche sind ein Forum für bildungspolitische Themen, Anliegen und Bedarfe der Mönchengladbacher Stadtgesellschaft. 2024 standen die Gespräche ganz im Zeichen der Partizipation: Kinder und Jugendliche waren von Beginn an aktiv beteiligt. Eine Planungsgruppe aus jungen Menschen, dem kommunalen Bildungsmanagement sowie Fachkräften aus Kitas, Schulen und der Jugendarbeit gestaltete die Inhalte und Organisation der Veranstaltung.

Im Fokus stand das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) mit vier im Vorfeld von den Kindern und Jugendlichen ausgewählten Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals/SDGs): „Keine Armut“, „Geschlechtergleichheit“, „weniger Ungleichheiten“ sowie „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“. Dazu kamen 59 Kinder und Jugendliche zwischen fünf und 23 Jahren in der Zentralbibliothek zusammen, um sich in altersgerechten Workshops mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Mit dabei waren auch Mitglieder des Mönchengladbacher Kinder- und Jugendparlaments. Die Workshops wurden von Fachkräften der teilnehmenden Einrichtungen und durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle Integrierte Bildungsplanung des Regionalen Bildungsbüros geplant, koordiniert und durchgeführt.

Die Workshops waren kreativ und differenziert gestaltet: Kita-Kinder näherten sich abstrakten Inhalten mit Spielmaterialien wie Handpuppen oder Playmobil, während ältere Jugendliche über gesellschaftliche Verantwortung und eigene Handlungsmöglichkeiten diskutierten. Dabei wurde deutlich: Kinder und Jugendliche haben klare Meinungen, relevante Erfahrungen – und sie wollen ihre Zukunft aktiv mitgestalten.

In einer geheimen demokratischen Wahl, bei der der Oberbürgermeister die Funktion des Wahlleiters übernahm, entschieden die Kinder und Jugendlichen, dass das SDG „Keine Armut“ 2025 im Zentrum der städtischen Bildungsarbeit stehen soll.

Ein zentraler Erfolgsfaktor war die engagierte Unterstützung durch Fachkräfte, die die Kinder und Jugend-

lichen motivierten, die Workshops betreuten und dafür sorgten, dass ihre Stimmen Gehör fanden. Die Erfahrung, dass ihre Meinung zählt und ihre Entscheidungen umgesetzt werden, wurde von den Teilnehmenden als besonders wertvoll erlebt.

Die Ergebnisse der Bildungsgespräche fließen unmittelbar in die kommunale Bildungsplanung ein. Das „Team Bildungskommune“ begleitet die Umsetzung mit Fortbildungen, Materialien, Beratungsangeboten und einem Wettbewerb – mit dem Ziel, BNE langfristig in den pädagogischen Alltag der Mönchengladbacher Bildungseinrichtungen zu integrieren.



Mönchengladbacher Bildungsgespräche 2024

Zitate von den Mönchengladbacher Bildungsgesprächen 2024:



„Wir können uns gemeinsam für dieses Ziel einsetzen, um soziale Ungleichheit zu verringern. Ihr habt die Möglichkeit, aktiv an Lösungen mitzuwirken. Dies geht ihr nun gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen an. Viele auch noch so kleine Dinge können gemeinsam am Ende große Schritte in Richtung Ziel bewirken.“

Oberbürgermeister Felix Heinrichs



„Ich fand es schön, dass wir mitentscheiden und den Tag mitplanen durften – das hat richtig Spaß gemacht!“

Teilnehmende Jugendliche/teilnehmender Jugendlicher



„Ich verstehe unter dem Ziel keine Armut, dass Menschen von wichtigen Dingen nicht genug haben oder ganz darauf verzichten müssen.“

Teilnehmendes Kind

Kapitel 6

Non-formale Bildungsangebote und Schule

Schulen sind zentrale Akteure einer kommunalen Bildungslandschaft. In den letzten Jahrzehnten haben sich Schulen nicht nur für den Einsatz von multiprofessionellen Teams, sondern auch in den Sozialraum und für zivilgesellschaftliches Engagement geöffnet. Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 und dem „Startchancen“-Programm gewinnen die Zivilgesellschaft als Bildungsakteurin und die Verbindung von formaler und non-formaler Bildung zusätzlich an Bedeutung. Das Bildungsmonitoring kann wertvolles Wissen zu Akteuren, Bedarfslagen und Strukturen dieser Kooperationen liefern. Die Sozialraumanalyse und -erkundung wie im „Startchancen“-Programm liefern nützliche Informationen. Im Rahmen eines datenbasierten Bildungsmanagements können verlässliche Kooperationsbeziehungen gestaltet werden.

Ein Netzwerk für MINT-Bildung in Jena

Stefanie Teichmann, Bildungsmanagement Stadt Jena

Dr. Cornelia Leser, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Mitteldeutschland

Die Wissenschafts- und Wirtschaftsregion Jena braucht gute MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Internationale Konzerne, aber auch zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen sind in den Bereichen Technologie und Digitale Wirtschaft innovativ und prägen gemeinsam mit Forschungsinstituten und Hochschulen den Standort. Sie alle setzen auf Menschen, die sich für MINT begeistern. Mit einem breiten Kooperationsverbund ist es gelungen, eine MINT-Bildungskette für Kinder, Jugendliche, Auszubildende und Studierende aufzubauen, die Faszination für Wissenschaft und Technik weckt und Begabungen fördert. Ein gemeinsinniger Verein übernimmt operative, koordinierende und fachlich-beratende Aufgaben. Er ist für das kommunale Bildungsmanagement ein zentraler Partner, wenn es um die Gestaltung des MINT-Bereichs geht.

Bereits 2012 gründete sich unter dem Namen „witelo“ (wissenschaftlich-technische Lernorte) eine Netzwerkinitiative für Hochschulen, Unternehmen, Vereine und öffentliche Einrichtungen, die sich der wissenschaftlichen und technischen Bildung junger Menschen in Jena und Umgebung verschrieben haben. Daraus entstand 2016 der witelo e.V., gefördert von der Carl Zeiss AG, der Stadt Jena, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Jena mbH und weiteren Partnern, der das Dach eines Kooperationsverbundes bildet. Dieses MINT-Netzwerk umfasst heute über 70 Partner – von Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, beiden Hochschulen der Stadt und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie zum Beispiel verschiedenen Fraunhofer Instituten über privatwirtschaftliche Unternehmen vor allem aus dem IT- und technischen Bereich, öffentlichen Einrichtungen wie dem forum natura oder der städtischen Bücherei mit ihren Werkstattangeboten zu digitalen Themen bis hin zu kleinen und großen Vereinen wie dem Hackspace Jena e.V. und dem Imaginata e.V. sowie Stiftungen.

Seit seiner Gründung vermittelt der Trägerverein witelo e.V. Kooperationen zwischen Schulen, außerschulischen Lernorten, Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen in Jena. Er wird von der Stadt institutionell und projektbezogen gefördert. In Zusammenarbeit mit anderen MINT-Akteuren führt er Bildungsprojekte an Schulen durch, zum Beispiel in Form von Projekttagen, als Arbeitsgemeinschaften im Rahmen des Ganztags oder als Ferienworkshops. Durch die Bereitstellung von über 500 kostenfrei ausleihbaren Medien – darunter mehr als 120 eigens entwickelte witelo-Boxen mit Experimentiermaterialien und didaktischen Anleitungen – unterstützt witelo ehrenamtlich Engagierte bei der Durchführung qualitätsgesicherter naturwissenschaftlicher Angebote. Darüber hinaus vermittelt der Verein Ehrenamtliche gezielt an Schulen, um dort Experimentier- und Programmierangebote umzusetzen. Diese Form der aktiven Bildungs Kooperation stärkt nicht nur die schulische MINT-Förderung, sondern ermöglicht auch eine direkte Beteiligung engagierter Bürgerinnen und Bürger am Bildungsprozess.

Neben seiner operativen Arbeit hat sich der witelo e.V. auch als Koordinationsstelle des Jenaer MINT-Netzwerkes etabliert. Auf der vom Verein betriebenen Online-Plattform werden alle wichtigen Informationen zur Jenaer MINT-Bildungslandschaft – wie zentrale Projekte, Netzwerkpartner und aktuelle Veranstaltungen – präsentiert. Seit 2017 ist der Verein zudem Träger des Schülerforschungszentrums Jena, dessen Angebot am Übergang zwischen Interessenbildung und Spitzenförderung ansetzt. Im Rahmen des vom Bundesbildungsministerium geförderten MINT-Clusters „MINT-BiT“ werden unter der Leitung des witelo e.V. zudem niedrigschwellige Zugänge zu außerschulischer MINT-Bildung für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche im Raum Jena verankert.

Angesichts der hohen Bedeutung naturwissenschaftlicher, mathematischer, technischer und zunehmend digitaler Bildung übernimmt der Verein neben den beschriebenen Tätigkeiten eine weitere wichtige Funktion für die Stadt: Er agiert als Seismograph von bildungspolitischen und fachdidaktischen Entwicklungen. Hierfür erarbeitet witelo mit seinen Kooperationspartnern Positionen und berät das kommunale Bildungsmanagement zu aktuellen Herausforderungen im Bereich der MINT-Bildung. Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Jena basiert dabei seit mehreren Jahren auf zwei regelmäßigen Abstimmungsformaten:

- Ein jährliches Qualitätsgespräch unter Leitung der Bildungsmanagerin und der Fachdienstleiterin Jugend und Bildung dient als kommunales Steuerungsinstrument für Zielsetzungen und Arbeitsschwerpunkte. In dem zugehörigen Qualitätsbericht, der im Vorfeld des Gesprächs durch den Träger eingereicht wird, werden auch datenbasierte Informationen wie Teilnehmerzahlen und Angebotsformate zusammengeführt. Diese Daten werden durch das Bildungsmonitoring der Stadt weiterverarbeitet und fließen in die Bildungsberichterstattung ein.
- Unter Leitung des witelo-Vorstands findet zudem jährlich ein Kuratoriumstreffen statt, an dem alle

Förderer, so auch die Stadt Jena, vertreten durch den Bildungsdezernenten, teilnehmen. Die Bildungsmanagerin ist dabei regelmäßiger Gast.

Herausfordernd bleibt für den witelo e.V. die Sicherung einer kontinuierlichen Förderung. Die „Jenaer MINT-Strategie 2025-2028“ ist ein Ansatz des kommunalen Bildungsmanagements, bildungspolitische Mehrheiten für die inhaltliche Weiterentwicklung und finanzielle Sicherung non-formaler Bildungsangebote auf kommunaler Ebene zu gewährleisten. Auf einer gemeinsamen Fachtagung des witelo e.V. und der Stadt Jena wurden relevante Themen im Vorfeld der Finalisierung der MINT-Strategie mit rund 50 zivilgesellschaftlichen Akteuren diskutiert und weiter untersetzt. Das Format wird jährlich in Form eines Netzwerktreffens „MINT-Bildung in Jena“ fortgeführt. Hierzu sind alle zivilgesellschaftlichen Akteure der MINT-Bildung eingeladen.

Literatur/Weiterführende Links

<https://bildung.jena.de/de/datenbasiertes-bildungsmanagement>

<https://www.witelo.de/>



Kooperationen zwischen Schule und Zivilgesellschaft im kommunalen Bildungsmonitoring erfassen

Dr. André Förster, Fachstelle Kommunales Bildungsmonitoring (KOSMO)

Informationen zu schulischen Kooperationen helfen Kommunen bei der Koordination und der Zivilgesellschaft bei der Ausrichtung von Bildungsangeboten.

Kommunen benötigen vertiefende Informationen zu bestehenden und potenziellen Kooperationen von Schulen mit zivilgesellschaftlichen Bildungsakteuren. Nur so können sie ihre Rolle in der Koordination von Angeboten, der Gestaltung der Bildungslandschaft vor Ort und der Verbesserung von Lernchancen wahrnehmen – vor allem im schulischen Ganztags. Informationen zu den zivilgesellschaftlichen Macherinnen und Machern von Bildung wie Vereinen oder freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern sind hierbei besonders wichtig: Sie gestalten Angebote und können Veranstalterinnen und Veranstalter oder auch finanzielle Unterstützerinnen und Unterstützer von Bildungsstrukturen sein. Darüber hinaus profitieren auch sie von der Analyse der Informationen zu Kooperationsbeziehungen, indem sie zum Beispiel die Ausrichtung und Abstimmung ihrer Angebote optimieren können.

Was Kommunen wissen müssen ...

Da solche Informationen standardmäßig nicht mittels (kommunaler) Statistiken erhoben werden, müssen Kommunen selbst aktiv werden und Daten zu schulischen Kooperationen mit der Zivilgesellschaft zum Beispiel in Befragungen erfassen. Denn nur wer Informationen hat, kann auch Herausforderungen der Kooperation – von logistischen Fragen bis hin zu unterschiedlichen Berufsverständnissen der Bildungsakteure – erfolgreich begegnen.

Die zu erhebenden Daten lassen sich in die folgenden vier Bereiche unterteilen.¹ Sie können sowohl im Rahmen von Befragungen schulischer Akteure als auch zivilgesellschaftlicher Partner oder Zielgruppen erhoben werden.

1. Ziele der Kooperation (festgelegt zum Beispiel in gemeinsamen Konzeptpapieren)
2. Strukturen der Kooperation (zum Beispiel eingebundene Kooperationspartner)
3. Ausmaß der Kooperation (zum Beispiel Anzahl Kooperationspartner, Personaleinsatz/-entwicklung)
4. Praxis der Kooperation (zum Beispiel Inhalte, Orte, Gelingensbedingungen und Bewertung)

... und wie sie es erheben können.

Die Erhebung dieser Informationen dient zunächst dazu, sich einen Überblick zu bestehenden und potenziellen Kooperationen zu verschaffen. Zu empfehlen sind jedoch auch weitergehende und wiederholte Analysen wie zum Beispiel Differenzierungen nach thematischem Zuschnitt, Adressatinnen und Adressaten der Angebote oder Finanzierungsstrukturen. In jedem Fall sollte die Datenerhebung partizipativ und im Austausch mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren angegangen werden, denn diese sind zunehmend für die Bedeutung qualitativ hochwertiger Daten sensibilisiert. Nicht zuletzt ist für Erhebungen von Kommunen im schulischen Kontext zu bedenken, dass ggf. eine Abstimmung mit der jeweiligen Schulbehörde erfolgen muss.

Kommunen müssen das Rad nicht neu erfinden – viele nachnutzbare Befragungsinstrumente und Items sind frei verfügbar und können für eigene Erhebungen genutzt werden.

Anregungen für die konkrete Konzeption der Erhebungen und die Adaption von Befragungsinstrumenten finden Kommunen in Studien wie dem „StEG² Systemmonitoring“³ oder dem „Nationalen Bildungspanel“ (NEPS). Auch bereits durchgeführte kommunale Erhebungen wie zum Beispiel in der Stadt Würzburg oder der Stadt Kassel können als Inspirationsquelle für die eigene Erhebung dienen. Darüber hinaus plant das „Konsor-

1 Angelehnt an Arnoldt 2022 und Deinet & Icking 2005

2 „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen“

3 Furthmüller 2019



tium Bildungsmonitoring“⁴ für das Jahr 2026 die Veröffentlichung eines in Zusammenarbeit mit dem „Fachnetzwerk für kommunales Bildungsmanagement“ entwickelten Erhebungsinstruments zur Kulturellen Bildung. Dieses wird auch den Bereich der Kooperation kultureller Bildungsakteure mit Schulen aufgreifen. Unterstützung und qualifizierte Beratung bei der Entwicklung eigener Erhebungen erhalten Kommunen zudem über ihre Ansprechpartner im „Fachnetzwerk für kommunales Bildungsmanagement“.

Literatur/Weiterführende Links

Appel, Stefan (Hrsg.) (2005). Schulkooperationen.

Arnoldt, Bettina (2022). Kooperation zwischen Ganztagsschule und außerschulischen Akteuren. Eine Forschungsübersicht.

Deinet, Ulrich/Icking, Maria (2005). Schule in Kooperation – mit der Jugendhilfe und mit weiteren Partnern im Sozialraum. In Stefan Appel (Hrsg.), Schulkooperationen. S. 9–20.

Furthmüller, Peter (2019). StEG Systemmonitoring 2018: Fragebogen und Datensatz. Datendokumentation.

Maßmann, Alexandra/KOSMO. Datenbasierte kulturelle Bildung in der Stadt Würzburg. <https://www.kommunales-bildungsmonitoring.de/materialien/interviews/hinter-den-kulissen-stadt-wuerzburg>

Schöne, Katja & KOSMO. Der “Grüne Ganztag” in der Stadt Kassel. <https://www.kommunales-bildungsmonitoring.de/themen/themenseite-bne/praxisbeispiel-kassel>

4 www.transferinitiative.de/konsortium_bildungsmonitoring.php

Schule und Zivilgesellschaft – Sozialraumorientierung im Startchancen-Programm

Prof. Dr. Gabriele Bellenberg, Ruhr-Universität Bochum, Kompetenzzentrum Multiprofessionelle Schulentwicklung im Sozialraum, CHANCEN-Verbund

Vertr.-Prof. Dr. Matthias Forell, Universität Osnabrück, Kompetenzzentrum Multiprofessionelle Schulentwicklung im Sozialraum, CHANCEN-Verbund

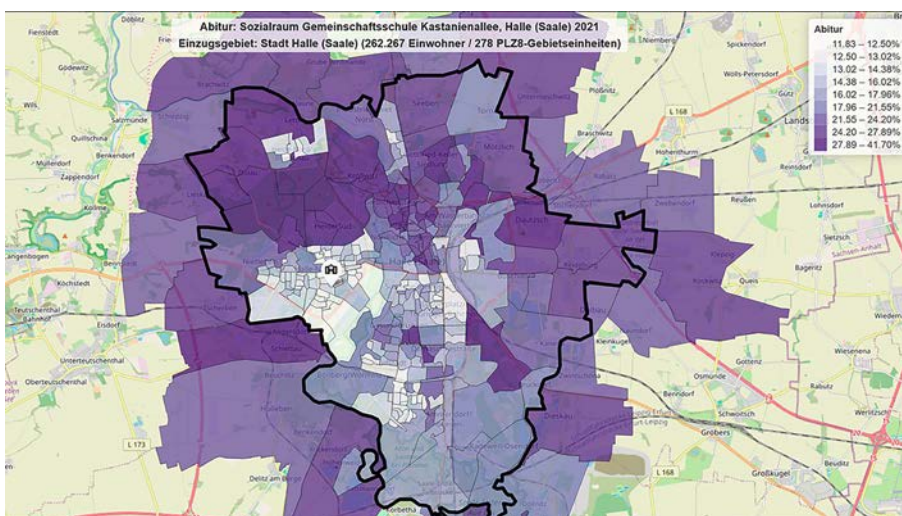
Zentrales Ziel des Ende 2024 gestarteten gemeinsamen „Startchancen“-Programms von Bund und Ländern ist es, innerhalb von zehn Jahren den Anteil der Kinder und Jugendlichen, die nicht die Mindeststandards in den Basiskompetenzen erreichen, erheblich zu reduzieren und ihnen somit bessere Bildungs- und Zukunftschancen zu vermitteln. Dieses Ziel kann nicht durch die Schulen allein, sondern nur durch starke Bildungslandschaften erreicht werden, zu denen sowohl Kommunen als auch zivilgesellschaftliche Akteure gehören. Denn Schulen sind keine isolierten Orte des Lernens, sondern eingebettet in ein vielschichtiges Sozialraumgefüge, das maßgeblich die Lern- und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen beeinflusst.

Ansätze und Instrumente zur Sozialraumorientierung wie die „Sozialraumanalyse“ und die „Sozialraumerkundung“, die im Kompetenzzentrum „Multiprofessionelle Schulentwicklung im Sozialraum“¹ als Teil des „CHANCEN-Verbunds“ zur wissenschaftlichen Begleitung des „Startchancen“-Programms bereit gestellt werden, können dabei als gemeinsame wissenschaftliche Basis genutzt werden.² Beide Instrumente zielen auf die

Erhöhung der (Schulentwicklungs-)Kapazitäten und ermöglichen zugleich allen Akteuren einen anererkennungsgerechten Blick auf die Bildungslandschaft.

Im Rahmen der „Sozialraumerkundung“ können Schülerinnen und Schüler, aber auch andere (außer-)schulische Akteure mithilfe der App #stadtsache ihr schulisches Umfeld dokumentieren. Über die dabei gesammelten Fotos, Videos und Kommentare sensibilisieren sie die Erwachsenen dafür, wie sie als Kinder und Jugendliche den schulischen Sozialraum wahrnehmen. Sie können beispielsweise Gefahrenstellen im Verkehr markieren oder Vorschläge zur Schulhofgestaltung visualisieren. Dadurch werden neben wirksamen Beteiligungs- auch nachhaltige Mitgestaltungsmöglichkeiten geschaffen.

Die „Sozialraumanalyse“ fußt auf der eigens entwickelten ALSO-App, welche die Erfassung, Analyse und Reflexion des einzelschulischen Sozialraums beziehungsweise der regionalen Bildungslandschaft vor dem Hintergrund der Auswertung und Einordnung kleinräumiger sozialdemografischer Daten des Schuleinzugs-



Der Anteil der Erwachsenen mit Abitur in Halle farblich dargestellt. Der Pin markiert die Lage der Gemeinschaftsschule Kastanienallee in Halle-Neustadt, umgeben von Gebieten mit einem niedrigen Anteil.

© OpenStreetMap (<https://www.openstreetmap.org/copyright>) contributors CC-BY-SA (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>) verändert nach Schröpfer, Richter, Schuchardt, Forell & Bellenberg; Datenquelle microm

1 Modul Diversitätssensible Aktivierung sozialraumbezogener Ressourcen, <https://www.uni-due.de/izfb/scp/scp-modul6>

2 <https://tinyurl.com/sozialraumorientierung>



Die Pins auf dieser Karte zeigen jeweils den Ort an, an dem die Schülerinnen und Schüler Fotos und Videos für die Erkundung des Sozialraums aufgenommen haben. Durch Anklicken der einzelnen Pins lässt sich der jeweils dokumentierte Inhalt aufrufen.

© 2024 Geobasis-DE/BKG (2009) verändert nach Forell & Schuchardt; unter Verwendung der App #stadtsache, einer Bildungsinitiative von tinkerbrain

gebietes beziehungsweise der Bildungslandschaft ermöglicht. Ziel der Anwendung ist es, (außer-)schulische Akteure für die Lebensrealitäten der Schülerinnen und Schüler zu sensibilisieren und Schulen zugleich als regional und lokal vernetzte Bildungsakteure zu stärken.

Durch diese beiden Instrumente der Sozialraumorientierung wird ein eigener, geteilter Zugang als gemeinsamer Bezugspunkt vieler Akteure der Bildungslandschaft ermöglicht, der eine Basis für gemeinsame Entwicklungsprozesse darstellt. Neben einzelnen Kommunen oder der Fachstelle Kommunales Bildungsmonitoring

(KOSMO) haben bereits Education Y oder auch die Basketball-Bundesliga großes Interesse gezeigt, mit ihren spezifischen Rollen und Funktionen zur Gestaltung von Bildungslandschaften im „Startchancen“-Programm beizutragen.

Literatur/Weiterführende Links

www.dipf.de/de/forschung/projekte/wissenschaftliche-begleitung-und-forschung-fuer-das-startchancen-programm

www.stadtsache.de

Zivilgesellschaft im Ganzttag – Chancen, Herausforderungen und Strategien

Melanie Seidel, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Bayern

Die positiven Effekte zivilgesellschaftlicher Kooperationen im Ganzttag sind gut belegt: Förderung kultureller Teilhabe, sozialer Integration sowie der Ausbau individueller Kompetenzen.¹ Die Studie „Zivilgesellschaft und Bildung“² des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und des Stiftungen für Bildung e.V. zeigt zudem: Rund die Hälfte aller Vereine in Deutschland bietet Bildungsangebote an, jeder zehnte kooperiert mit Ganzttagsschulen. In 41 Prozent aller Grundschulen ist die Zivilgesellschaft sogar Träger des Ganztags. Gleichzeitig ist aber der Anteil an Kooperationen in den letzten zehn Jahren – besonders an Grundschulen – rückläufig.³ In Summe ergibt sich dadurch ein gemischtes Bild darüber, wie erfolgreich Kooperationen im Ganzttag sind – verbesserungsfähig sind sie allemal. Wenn also die positiven Aspekte belegt sind, die Vorteile solcher Kooperationen auf der Hand liegen – wie kann es gelingen, die Zusammenarbeit quantitativ und qualitativ auszubauen?

In vielen Kommunen arbeiten Bildungsbüros bereits seit einigen Jahren eng mit Jugendämtern, Schulämtern, Gemeinden und weiteren Akteuren zusammen, um den Ganztagsausbau vor Ort zu koordinieren. Das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement (DKBM) hat sich dabei als effektives Steuerungsinstrument erwiesen. Die regionalen Entwicklungsagenturen für kommunales Bildungsmanagement (REAB) begleiten die Büros dabei durch Beratung, Fachveranstaltungen, Impulse und andere Austauschformate. Um den interkommunalen Dialog zum Ganztagsausbau zu vertiefen und nachhaltig zu gestalten, hat die REAB Bayern im Jahr 2023 Arbeitsgemeinschaften (AG) zum Thema Ganzttag ins Leben gerufen. Diese AG verfolgen das Ziel, vorhandenes Wissen zu vernetzen und praxisorientierte

Lösungsansätze zu entwickeln. Dabei wurde deutlich: Viele Bildungsbüros haben die herausragende Rolle der Zivilgesellschaft für den Ganzttag, aber auch die Herausforderungen in der Kooperation von Zivilgesellschaft und Schule früh erkannt. Sie entwickeln gemeinsam mit anderen kommunalen und außerkommunalen Stellen Strategien und Maßnahmen mit dem Ziel, Zivilgesellschaft kontinuierlich in die Planungen zum Ganztagsausbau einzubeziehen und Kooperationen zu erleichtern. Das DKBM bietet hierfür eine Reihe von Ansatzpunkten.

Strategien zur Einbindung

Ein zentrales Problem auf Seiten zivilgesellschaftlicher Akteure ist der Mangel an Ressourcen und Wissen in Bezug auf schulische Abläufe und Strukturen – insbesondere im ländlichen Raum. An Schulen gibt es meist keine konkreten Ansprechpersonen für Kooperationen mit außerschulischen Akteuren. Bildungsbüros beziehungsweise koordinierende Stellen im Bildungsmanagement kooperieren deshalb zunehmend mit Ehrenamtsstellen, um Strukturen und Abläufe zu schaffen, die zivilgesellschaftliches Engagement im Ganzttag erleichtern. Dazu gehört die Etablierung von Anlaufstellen für im Ganzttag tätige Ehrenamtliche, die unter anderem über wichtige Voraussetzungen (Versicherungsschutz, notwendige Impfungen, Führungszeugnis, et cetera) für den Einsatz in einer Schule informieren. Schulen wiederum werden dafür sensibilisiert, dass Ansprechpersonen und klare Abläufe nötig sind, um gute Kooperationen anzustoßen und zu verstetigen. In manchen Kommunen werden sogar kommunale Strategien entwickelt, um Ehrenamtliche gezielt für den Ganzttag anzuwerben.

1 Vgl. StEG-Studie 2012–2015, Theis et al. 2018, Künstler-Sment et al. 2025

2 Siehe Beitrag „Zivilgesellschaft als Bildungsakteurin in kommunalen Bildungslandschaften“ in dieser Broschüre

3 Vgl. Priemer 2024

Koordination und Kooperation

Ein zentrales Element des DKBM und ein wesentlicher Baustein für eine effiziente Ganztagsplanung ist die gezielte Vernetzung aller relevanten Akteure – oft in Gremien wie Bildungsbeiräten, Lenkungskreisen oder auch thematischen Arbeitsgruppen. Wie man zivilgesellschaftliche Akteure für den Ganztag gewinnen und systematisch in die Planungen einbeziehen kann, ist wesentlicher Teil der Gremienarbeit. Bildungsbüros laden Vertreterinnen und Vertreter aus der Zivilgesellschaft regelmäßig zu Gremiensitzungen ein, um dies gemeinsam zu diskutieren und Lösungen zu finden.

Auch bereits bestehende Programme von Verbänden und Vereinen können mit kleinen Anpassungen in den Ganztag integriert werden. Programme wie die „Club-assistenten“-Ausbildung der Bayerischen Sportjugend (BSJ) werden dank Bildungsbüros bereits erfolgreich an Schulen integriert – etwa im Landkreis Roth. Und auch komplett neue Projekte werden von Bildungsbüros

gemeinsam mit weiteren Stellen entwickelt – so zum Beispiel das Pilotprojekt „Kultur im Ganztag“ der Stadt Erlangen. Hier besuchen über ein Schuljahr hinweg zwei Ganztags-AG regelmäßig die Jugendkunstschule und das Kunstpalais, um dort Workshops und Führungen mitzuerleben.

Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit

Schulen fehlt oft ein Überblick über lokale Angebote. Digitale Instrumente, wie zum Beispiel Portale, die ein gezieltes „Matching“ von zivilgesellschaftlichen Angeboten mit Bedarfen im Ganztag ermöglichen, können hier geeignete Lösungen bieten. Bildungsbüros und andere kommunale Stellen verbessern die Transparenz über vorhandene Angebote, indem sie bestehende Bildungsportale erweitern oder neue Portale aufbauen. Gute Beispiele für digitale Lösungen sind etwa die Projektdatenbanken der Kultur- und Schulservices in Bayern oder das bundesweite Portal „MINT-vernetzt“.⁴



4 www.mint-vernetzt.de

Gleichzeitig stärken Bildungsbüros das öffentliche Bewusstsein für den Beitrag der Zivilgesellschaft zu guter (Ganztags-)Bildung durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen.

Monitoring und Qualitätssicherung

Bildungsbüros unterstützen andere kommunale Ämter, wie zum Beispiel Jugendämter, nicht nur bei Bedarfsprognosen, sondern erfassen auch Bedarfe von Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren durch Befragungen oder Interviews. Sie finden dadurch heraus, was sowohl Zivilgesellschaft als auch Schulen brauchen, um nachhaltige Kooperationen eingehen zu können. Analysen auf Schul- oder Sozialraumebene helfen zudem, Angebotslücken (zum Beispiel MINT⁵, Sprachförderung) an und um Schulen zu erkennen und gezielt zu schließen.

Auch die Fragen, wie die Qualität von Angeboten zivilgesellschaftlicher Akteure im Ganzttag sichergestellt werden kann und Akteure zum Beispiel mit rechtsradikaler Gesinnung von Schulen ferngehalten werden können, beschäftigen viele Bildungsbüros. Als zentrale Schnittstelle kennen Bildungsbüros viele Anbieter und können deren Professionalität gut einschätzen. Bei digitalen Lösungen zur Angebotsübersicht können Bildungsbüros Angebote prüfen, bevor sie in Portalen veröffentlicht werden. Sie unterstützen außerdem die Entwicklung lokaler Qualitätsstandards für den Ganzttag und können Fortbildungen für Ehrenamtliche organisieren, insbesondere für solche ohne institutionelle Anbindung und mit nur wenig Erfahrung im schulischen Kontext.

Zivilgesellschaftliche Akteure bereichern den schulischen Ganzttag erheblich – insbesondere durch ihr breites Bildungsangebot, das soziale und kulturelle Teilhabe fördert. Gleichzeitig bestehen strukturelle und organisatorische Herausforderungen. Bildungsbüros nehmen dabei eine Schlüsselrolle ein: Sie koordinieren Akteure, schaffen Transparenz, fördern Qualitätsent-

wicklung und stärken die Zusammenarbeit zwischen Schule und Zivilgesellschaft. Damit leisten sie einen entscheidenden Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung des Ganztagsanspruchs – besonders in Zeiten knapper Ressourcen und wachsender Anforderungen an Bildungssysteme.

Literatur/Weiterführende Links

Bildungsbüro Landkreis Roth. (2024): Clubassistent – Vereine wollen mit Schulen kooperieren. www.bildungsregion-roth.de/post/clubassistent-vereine-wollen-mit-schulen-kooperieren

Künstler-Sment, Julia/Kocaj, Aleksander/Lorenz, Georg/Jansen, Malte (2025). Are adolescents more socially integrated in all-day schools than in half-day schools? Zeitschrift Für Pädagogische Psychologie, 39(3), S. 209–220.

Priemer, Jana (2024): Zivilgesellschaft als Partner für den Ganzttag [Vortrag]. Ganztagskongress 2024, Berlin, Deutschland.

Theis, Désirée/Arnoldt, Bettina/Gaiser, Johanna M./Lossen, Karin (2018): Die Studie zur Entwicklung von Ganzttagsschulen (StEG): Qualität und Wirkungen außerunterrichtlicher Angebote. Ein Überblick über die zentralen Befunde der zweiten Förderphase von StEG (2012–2015). In: Maschke, Sabine/Schulz-Gade, Gunild/Stecker, Ludwig (Hrsg.): Lehren und Lernen in der Ganzttagsschule. Grundlagen, Ziele, Perspektiven. Jahrbuch Ganzttagsschule. Frankfurt (Main): Wochenschau Verlag, S. 150–162.

Volkshochschule Erlangen. (2025). Kultur im Ganzttag. vhs Erlangen Schulkooperationen und Bildungsbüro starten Pilotprojekt mit dem Kunstpalais und der Jugendkunstschule. www.vhs-macht-schule.de/p/news-auf-der-startseite/koordinatorin-in-der-schulkooperation-1



Kita- und Schulfördervereine als zivilgesellschaftliche Bildungsakteure – Ein Interview mit Sabine Süß und Dr. Claudia Nickel

Karen Dohle und Stefanie Kraus, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Brandenburg

Kita- und Schulfördervereine sind ein Teil der Zivilgesellschaft, der sich seit den 1990er-Jahren entwickelt hat. Mit Blick auf ihre strukturelle Einbindung in das kommunale Bildungsmanagement zeigt sich noch ein großes Entwicklungspotenzial. Wie es gelingen kann, dass sich Fördervereine stärker als zentrale Bildungsakteure positionieren und als fester Bestandteil einer kommunalen Bildungslandschaft etablieren, dazu hat die Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement Brandenburg mit Sabine Süß, Leiterin der Koordinierungsstelle Netzwerk Stiftungen und Bildung, und Dr. Claudia Nickel, Geschäftsführerin des Landesverbands der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e.V. (lsfb), gesprochen.



Sabine Süß, Netzwerk Stiftungen und Bildung, Stiftungen für Bildung e.V.

Das Forschungsprojekt „Zivilgesellschaft und Bildung – Bürgerschaftliches Engagement in Kommunalen Bildungslandschaften“ widmete sich der Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Bildung. Welche zentralen Erkenntnisse wurden dort zu den Potenzialen von Kita- und Schulfördervereinen gewonnen?

Sabine Süß: Schulfördervereine sind in fast jeder Schule zu finden und ebenso wie Kitafördervereine ein nicht wegzudenkender Partner für den Kita- und Schulalltag. Zusätzliche Bildungsangebote der Schulfördervereine erweitern die Möglichkeiten der Schulen, oftmals als Kooperationspartner des Ganztags. Sie konzentrieren sich in ihrem Engagement häufig auf diejenigen jungen Menschen, die besonderen Unterstützungsbedarf haben, und fördern damit den sozialen Ausgleich. Ihre die schulische Gemeinschaft stärkenden Beiträge werden durch freiwilliges Engagement nicht nur der Eltern erbracht, damit fördern sie auch das freiwillige Engagement an sich.

Welche Rahmenbedingungen braucht es, damit Kita- und Schulfördervereine ihr Potenzial in der Bildungslandschaft entfalten können und wo sehen Sie Grenzen?

Sabine Süß: Fördervereine sind an Schulen oder Kindertagesstätten gebunden, damit unterliegen auch sie föderaler Rahmensetzung. Übergeordnete gemeinsame Qualitätsleitlinien können als Orientierung dienen. Schulfördervereine sind wesentliche Bildungsakteure vor Ort und sollten als solche anerkannt und in die kommunale Bildungs- und Sozialraumentwicklung rund um Kita und Schule als Partner eingebunden sein. Da freiwilliges Engagement die Grundlage der Fördervereine ist, braucht es Engagement stärkende Strukturen vor Ort. Fördervereine sind das Tor der Schulen und Kitas in die bürgerschaftliche Gemeinschaft, das gilt es zu nutzen und dafür Raum und Rahmen zu schaffen.

Welche Themen kann ein Kita- oder Schulförderverein in der Bildungslandschaft übernehmen und wie kann er im Ganztag mitwirken?

Dr. Claudia Nickel: Kita- und Schulfördervereine können vielfältige Impulse in die Bildungslandschaft einbringen, da sie immer auf die konkreten Bedarfe ihrer Kita beziehungsweise Schule eingehen und vor allem auf die Interessen der Kinder und Jugendlichen reagieren. Die Themenpalette ist sehr breit und reicht von Sprachförderung über Bewegungs- und Gesundheitskonzepte, kulturelle Projekte bis zur beruflichen Orientierung. Dadurch ergeben sich viele weitere Kooperationsmöglichkeiten in der Bildungslandschaft, beispielsweise mit dem Kultur-, Sportverein oder einem Handwerksbetrieb. Da es länderspezifische Rahmenbedingungen gibt, ist die Situation der Kita- und Schulfördervereine bundesweit sehr unterschiedlich. Das hat auch Auswirkungen auf die Mitwirkung im Ganztag. In Bundesländern, in denen Schule und Hort feste Kooperationspartner im Ganztag sind, können sich die Schulfördervereine auf inhaltliche Angebote und Projekte fokussieren, in denen junge

Menschen aktiv zur Teilnahme ermutigt werden, ihre Potenziale entdecken und Selbstwirksamkeit erleben. In anderen Bundesländern sind Schulfördervereine beispielsweise selbst Arbeitgeber für pädagogisches Personal und bauen die Strukturen des Ganztags mit auf.

Welche Bildungsangebote übernehmen Kita- und Schulfördervereine konkret für Kinder und Jugendliche auch im Ganztag? Können Sie uns dafür Beispiele aus Brandenburg nennen?

Dr. Claudia Nickel: Der Kreativität und dem Potenzial sind keine Grenzen gesetzt. Es ist immer wieder beeindruckend, was das zivilgesellschaftliche Engagement bewegt und welche Lösungen für Herausforderungen gefunden und umgesetzt werden. Um all diese herausragenden und nachahmenswerten Projekte sichtbar zu machen, vergeben wir gemeinsam mit der Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam den Anerkennungspreis „Stark durch Teilhabe“. Zu den Preisträgerinnen und Preisträgern in diesem Jahr zählte der Förderverein des Bildungscampus Letschin e.V., der sich für die Kitas und die Schule im Ort



Dr. Claudia Nickel, Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e.V. (lsfb)

engagiert und die Bildungsinstitutionen auf vielfältige Weise unterstützt. An der Schule (1.–10. Klasse) haben interessierte Kinder gemeinsam mit einer Lehrkraft und dem Förderverein die Gruppe „Fontanekids“ gegründet, um das Schulleben bunter zu gestalten. Die Kinder und Jugendlichen entwickeln und setzen gemeinsam Ideen um, achten mehr auf ihr Umfeld und das Miteinander. Inzwischen ist diese Gruppe ein fester Bestandteil des Bildungscampus.

Was braucht es aus Ihrer Sicht, damit der Kita- und Schulförderverein ein fester Bestandteil der Bildungslandschaft und der ganztägigen Bildung werden kann?

Dr. Claudia Nickel: Es ist wichtig, dass Kita- und Schulfördervereine als Bildungsakteure anerkannt und ihre Leistungen und Potenziale entsprechend gewürdigt werden. Das erfordert einen Perspektivwechsel beziehungsweise eine Änderung der Einstellung von Verantwortungs- und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern. Kita- und Schulfördervereine basieren auf freiwilligem Engagement mit einer hohen intrinsischen Motivation und gemeinwohlorientierten Haltung, die darauf abzielt, dass jedes Kind beste Bildung erhält. Das ist wunderbar und es gilt, dies zu erhalten und zu stärken. Dafür braucht dieses Engagement professionelle begleitende Strukturen in Form von Dachverbänden wie den lsfb, so können Kita- und Schulfördervereine weiterhin konkret vor Ort aktiv sein und ihre wertvolle Zeit für ein gutes Kita- und Schulleben für alle am Bildungsstandort einbringen.



Aus der Praxis

Die Leitidee des Bildungscampus Letschin ist es, einen Ort zu schaffen, der Bildungs- und Begegnungsmöglichkeiten bietet und Austauschplatz und Ideenschmiede sein kann. Dafür vernetzt der Bildungscampus Letschin mehrere Bildungseinrichtungen, die Schulen bieten Ganztagsangebote und der Standort ist Lern- und Lebensort für Menschen unterschiedlicher Generationen. Der Kita- und Schulförderverein ist ein zentraler Akteur, der Projekte, die den gesamten Bildungscampus und den Ganzttag bereichern, partizipativ plant und mitfinanziert.

Literatur/Weiterführende Links

Broschüre „Befunde und Botschaften“ und Policy Brief „Schulfördervereine in der lokalen Bildungslandschaft“ des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. www.netzwerk-stiftungen-bildung.de/zivilgesellschaft-und-bildung/befunde-im-ueberblick

www.lsfb.de

www.stiftungsbildung.org/kita-und-schulfoerdervereine

<https://stiftungswaisenhaus.de/foerderung/erkennungspreis/>

Kapitel 7

Kooperationen verbindlich gestalten

So divers die Ausformungen von Zivilgesellschaft sein können, so unterschiedlich können Kooperationen mit ihr ausfallen. Sie reichen von engen Bildungspartnerschaften zwischen Kommunen und beispielsweise Stiftungen über gemeinsame Onlineplattformen bis hin zu einer punktuellen anlassbezogenen Zusammenarbeit. Im Bildungsmanagement hat sich die Kooperationsvereinbarung als ein Instrument etabliert, das für Verbindlichkeit und gemeinsame Projekterfolge steht. Die Ausgestaltung der Kooperationen sollte immer mit einem Blick auf die Ressourcen erfolgen.

Eine Bildungspartnerschaft für Hoyerswerda – Systematische Zusammenarbeit mit der Freudenberg Stiftung

Dr. Cornelia Leser, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Mitteldeutschland

Seit über 30 Jahren wird die Große Kreisstadt Hoyerswerda von der Freudenberg Stiftung begleitet und unterstützt. Lag der Schwerpunkt zu Beginn auf Demokratietarbeit, weitete sich die Zusammenarbeit später auch auf andere Felder kommunaler Bildungs- und Koordinierung aus – stets mit dem Anspruch, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken, Kindern und Jugendlichen Lebensperspektiven aufzuzeigen und rechtsextremistische Einstellungen zurückzudrängen. Das hat in der Stadt viel bewegt.

Anlass der Zusammenarbeit

Mit Zusammenbruch der Bergbau- und Energiewirtschaft erlebte die einstige DDR-Modellstadt Hoyerswerda in den Nachwendejahren starke Abwanderung und hohe Jugendarbeitslosigkeit. Zugleich gewannen rechtsextreme Akteure an Einfluss. Im September 1991 kam es zu schweren rassistischen Ausschreitungen. In dieser Situation bündelten die Stadt und zivilgesellschaftliche Initiativen ihre Kräfte gegen Rechtsextremismus und für die Stärkung demokratischer Werte. Mit Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus und der Freudenberg Stiftung wurde 1993 die Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Demokratie und Lebensperspektiven (RAA) Hoyerswerda/Ostsachsen ins Leben gerufen. Damit begann in Hoyerswerda die systematische Auseinandersetzung mit kommunaler Bildungsarbeit.

Kontinuität kommunaler Koordinierung

Die RAA entwickelte sich bald zum Mittelpunkt eines breiten Netzwerks operativer Partner – von Sozialarbeit über migrantische Initiativen, Kultureinrichtungen, Unternehmen bis hin zu Kitas und Schulen. Seit ihrer Gründung wird sie von der Freudenberg Stiftung sowohl projektbezogen als auch institutionell gefördert. Räumlich und fachlich mit der RAA verbunden, richtete die Stadt 2006 eine mit zwei Personalstellen ausgestattete Koordinierungsstelle Bildung ein, die seither als Bindeglied und Mittlerin zwischen der operativen Ebene und der Verwaltung fungiert. Diese gemeinsame, langjährige Absicherung von Koordinations- und Kooperationsstrukturen schafft Kontinuität und ermöglicht eine Qualitätsentwicklung in der Bildungsarbeit.

Gemeinsamer strategischer Rahmen

Ein weiterer Erfolgsfaktor liegt in der gemeinsamen Entwicklung ganzheitlicher Bildungsstrategien. Seit 2016 ist die Freudenberg Stiftung festes Mitglied im wissenschaftlich besetzten Bildungsbeirat, der die Stadt berät. Wichtige Impulse erhielt Hoyerswerda zudem aus der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative, einem von der Freudenberg Stiftung von 2008 bis 2024 geförderten Zusammenschluss bildungsaktiver Städte und Landkreise, dem die Stadt als Gründungsmitglied bis zuletzt angehörte.

Ein wichtiger Baustein sind die Bildungskonferenzen. Sie tragen dazu bei, Bildungsziele mit der Stadtgesellschaft abzustimmen, Initiativen und Projekte für



Für das Programm „Ein Quadratkilometer Bildung“ wurde das Projekt „Kleine Meister“ entwickelt, in dessen Rahmen Vorschulkinder verschiedene Unternehmen und Einrichtungen in Hoyerswerda erkunden können. Das Projekt fördert die frühe berufliche Orientierung und stärkt die Identifikation der Kinder mit ihrem Sozialraum.



„Der Entwicklungsprozess unserer Stadt wird seit vielen Jahren sehr eng von Dr. Wilfried Kruse begleitet. Der ehemalige Koordinator der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative berät uns bei der konzeptionellen Arbeit und unterstützt uns unter anderem bei der Ausgestaltung unserer Bildungskonferenzen. Das ist von unschätzbarem Wert.“

Mirko Pink
beigeordneter Bürgermeister der Stadt Hoyerswerda

lebenspraktische Bildung bekannt zu machen und das große Bildungsnetzwerk der Stadt einmal im Jahr in Präsenz zusammenzuführen. Unter den Teilnehmenden sind neben den lokalen Akteuren aus Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Verwaltung auch Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik.

Entstandene Projekte

Im Rahmen strategischer Partnerschaften lassen sich konkrete und nachhaltige Projekte verwirklichen. Ein großes Vorhaben, das die Freudenberg Stiftung von 2017 bis 2020 in Hoyerswerda begleitete, war die partizipative Entwicklung eines neuen Oberschulstandortes mit besonderem pädagogischen und architektonischen Profil. Ein weiteres wichtiges Projekt – „Ein Quadratkilometer Bildung“ – wurde zwischen 2011 und 2021 zunächst in der Hoyerswerdaer Neustadt umgesetzt. Auf das zehnjährige Programm folgte eine Transferphase: Der sozialräumliche Ansatz wurde weiteren Quartieren eröffnet und in der Koordinierungsstelle Bildung entstand ein neuer Arbeitsschwerpunkt „Übergang Kita – Grundschule“.

So geht es weiter

Im aktuellen Strukturwandel befindet sich Hoyerswerda erneut in einem umfassenden Transformationsprozess. Die Stadt begreift dies als große Chance und hat fünf Zukunftsfelder identifiziert, in denen sie sich neu aufstellt. Sie möchte eine Modellstadt für Bildung im Strukturwandel werden und entwickelt ihr Bildungsmanagement kontinuierlich weiter, aktuell als geförderte „Bildungskommune“. Langjährige Partner wie die Freudenberg Stiftung unterstützen sie auf diesem Weg. Viele neue Partner kommen hinzu.

Literatur/Weiterführende Links

Koordinierungsstelle Bildung und RAA Hoyerswerda/Ostsachsen e.V. <https://www.hoyerswerda.de/stadtleben/bildung/koordinierungsstelle/>

<https://www.freudenbergstiftung.de>



Kooperations-Check: Was Stiftungen und Kommunen beachten sollten, wenn sie gemeinsam eine Bildungslandschaft entwickeln wollen

Sabine Süß, Netzwerk Stiftungen und Bildung, Stiftungen für Bildung e. V.

Die Kooperation unterschiedlicher Partnerinnen und Partner ist die Basis bei der Entwicklung und Gestaltung eines kommunalen Bildungsmanagements mit der Zielsetzung einer kohärenten Bildungslandschaft. Der Grundgedanke für eine Kooperation im Bildungsbereich besteht im Kern darin, Bildung als Gemeinschaftsaufgabe zu begreifen und dadurch die Qualität und die Wirkung von Bildungsangeboten nachhaltig zu steigern.

Das Netzwerk Stiftungen und Bildung hat eine kurze Checkliste entwickelt, anhand der kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure prüfen können, ob sie auf dem Weg zu einer Kooperation an die wichtigsten Schritte und Bausteine gedacht haben. Für jede beteiligte Partei in der Partnerschaft bestehen unterschiedliche Bedingungen, derer man sich bewusst sein und die dazugehörigen Fragen beantwortet haben sollte.

1. Anbahnung von Kooperationen

- ☐ **Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit prüfen**
Zusammenarbeit lohnt sich, denn gemeinsam lässt sich mehr erreichen und das Qualitätsniveau steigern.
- ☐ **Akteurslandschaft sondieren**
Hierbei gilt es, nicht nur auf die formal zuständigen Institutionen zu schauen, sondern die gesamte Bildungslandschaft in den Blick zu nehmen.
- ☐ **Angebotslandschaft sondieren**
Lebensbegleitendes Lernen erfordert Wissen über die Angebote des formalen, non-formalen und informellen Bildungsbereichs. Hier gilt es, die vorhandenen Lernorte und -angebote zu kennen.
- ☐ **Ressourceneinsatz klären**
Projekte und Maßnahmen können wirkungsvoller sein und eingesetzte Ressourcen potenziert werden, wenn sie mit denen Dritter abgestimmt werden. Dazu wird Wissen über die Bedarfslage vor Ort benötigt, das zumeist in der kommunalen Verwaltung datengestützt ermittelt wird. Lokale Akteure aus der Zivilgesellschaft sind jedoch unmittelbarer mit der Bedarfslage gerade in kleinräumiger Verortung befasst und unmittelbarer informiert als die kommunale Verwaltung.

2. Gemeinsame Umsetzungsebene

- ☐ **Interne Vorbereitung und Absicherung (Strategieklärung)**
In einem Entwicklungsprozess, der langfristig wirken soll, ist eine gründliche Vorbereitung unerlässlich. Die Abfolge der Handlungsschritte muss vergegenwärtigt und festgelegt werden.
- ☐ **Steuerungsebene etablieren**
Instrumente für die Kommunikationsstrukturen nach innen wie nach außen und entsprechende Arbeitsabläufe müssen entwickelt werden. Transparenz ist wesentlich dabei.
- ☐ **Gemeinsam Handlungsbedarf definieren**
- ☐ **Handlungsprioritäten festlegen**
- ☐ **Formale, non-formale und informelle Angebote und Angebotsträger in der lokalen Bildungslandschaft unterscheiden**
- ☐ **Doppelstrukturen identifizieren und wenn möglich auflösen**
Die Wirkung und die Effizienz des Ressourceneinsatzes von Vorhaben lassen sich steigern, wenn nur dort gehandelt und investiert wird, wo es nötig ist und Vorhandenes eingepasst wird.

3. Wirkung und Nachhaltigkeit

- ☐ **Nachhaltigkeit sicherstellen**
Der Wirkungszeitrahmen von Maßnahmen und Angeboten, die geplant sind und umgesetzt werden, muss bei der Entwicklung bereits berücksichtigt werden.
- ☐ **Wirkungsüberprüfung**
Bei der Gestaltung von Unterstützungsvorhaben sollte die Überprüfung der Wirksamkeit anhand von Zieldefinitionen und Indikatoren von Beginn an als ein wesentliches Element der Maßnahmen betrachtet werden.
- ☐ **Neue Angebote bei Erfolg für den Regelbetrieb sichern und integrieren**
Bei der Entwicklung eines lokalen Bildungsmanagements geht es auch darum, interne Strukturen auf Wirksamkeit zu überprüfen, gegebenenfalls zu schärfen und zu verbessern.
- ☐ **Innerkommunaler Transfer**
Gute Ergebnisse sollten Anlass geben, über eine Übertragung oder Erweiterung in andere Bereiche oder in andere Gemeinden (zum Beispiel in Landkreisen) nachzudenken.

Weitere Empfehlungen:

Geduld, Kennenlernen, Kontinuität, Entwicklung einer gemeinsamen Haltung

Vollständige Checkliste:

www.netzwerk-stiftungen-bildung.de/checkliste-kooperationen-kommunales-bildungsmanagement-gemeinsam-gestalten-was-stiftungen-und-0

Von Co-Labs zu Mapping-Funktionen – Eine Onlineplattform für kulturelle Bildungsangebote in Stormarn

Dr. Beke Sinjen, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Nord

Im Jahr 2020 äußerten Kreative im Kreis und Teilnehmende des Forums Kulturelle Bildung im Kreis Stormarn vielfach den Wunsch nach einem zentralen Ort für Vernetzung, Austausch und Sichtbarmachung eigener Angebote. Die Idee der Onlineplattform KUBI Stormarn entstand aus der Zivilgesellschaft heraus. Unter Federführung des Stabsbereichs Kultur wurden daraufhin Bedarfe erhoben, Angebotsstrukturen analysiert und die technische Umsetzung vorbereitet. Die Umsetzung erfolgte partizipativ sowohl in verwaltungsinternen Steuerungskreisen als auch mit öffentlicher Stakeholderbeteiligung in unterschiedlichsten Formaten. Nach Abstimmung mit Webentwicklung und Grafik konnte die Plattform 2023 online gehen.

KUBI Stormarn, die Onlineplattform für Angebote und Vernetzung kultureller Bildung in Stormarn, ist zu einem zentralen Baustein des kommunalen Gesamtkonzepts Kulturelle Bildung des Kreises geworden. Ziel ist es, Akteure Kultureller Bildung – von Kunst- und Kulturschaffenden über Bildungseinrichtungen bis hin zu zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereinen und Verbänden – zusammenzubringen, um die Entwicklung und Umsetzung von gemeinsamen, kreativen Projektideen in der Region zu ermöglichen.

Als Onlineplattform bietet KUBI Stormarn einen niedrigschwelligen Zugang zu vielfältigen Angeboten Kultureller Bildung: Über die Projektdatenbank wird die Sichtbarkeit von Akteuren wie Solo-Künstlerinnen und -Künstlern, Kreativschaffenden oder Kulturinstitutionen erhöht. Als Quelle für Inspiration und Wissenstransfer präsentiert die Plattform außerdem ausgewählte „Good-Practice“-Projekte. Ergänzend werden Fördermöglichkeiten vorgestellt sowie individuelle Förderberatung angeboten, um möglichst viele der Einzel- oder Kooperationsprojekte Kultureller Bildung zu realisieren. Die Onlineplattform für Kulturelle Bildung ist im Stabsbereich Kultur des Kreises Stormarn verortet und ein Teilziel des Vorhabens „Gesamtkonzept für Kulturelle Bildung in Stormarn“. Als Ansatz trägt das Portal zu einem ganzheitlichen, zielgruppenorientierten Bildungsverständnis bei und kann als Pilotprojekt Teil eines gelingenden Bildungsmanagements sein. Im Rahmen der Förderung als „Bildungskommune“ soll die

Plattform perspektivisch für andere Bildungsbereiche weiterentwickelt werden – im Sinne einer analog-digital vernetzten und lebensbegleitenden Bildungslandschaft.

Die Plattform schreibt Netzwerken groß: Das „Co-Lab“ eröffnet einen innovativen Begegnungs- und Diskursraum, in dem die Akteure einander kennenlernen, Kooperationspartnerschaften generieren und sich zu kreativen Vorhaben austauschen. Durch das kontinuierliche Zusammenspiel der digitalen Plattform-Infrastruktur und analogen Formaten wie dem Kulturkarussell, einem mobilen Netzwerkformat für kulturelle Akteure, entstehen neue Perspektiven und weiterführende Kooperationen. In Zukunft soll KUBI Stormarn durch eine Mapping-Funktion ergänzt werden – eine interaktive Karte, die Strukturen und Formate kultureller Bildung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sichtbar macht: Wo genau sind die Angebote Kultureller Bildung räumlich verortet? An welchen Orten werden Kooperationen angebahnt? Und wen gibt es überhaupt als Akteur im Kreis?

KUBI Stormarn wird beständig im Austausch mit unterschiedlichen Stakeholdern von Mitarbeitenden des Bereichs der Kulturellen Bildung und des Kulturmarketings des Stabsbereichs Kultur auf Verbesserungspotenzial hin überprüft und optimiert. Erkenntnisse aus dem Prozess der Bildungskommune fließen ebenfalls in ein begleitendes Qualitätsmanagement ein. Ziel ist es, ein partizipatives und möglichst nutzungsorientiertes, lebendiges analog-digitales Miteinander zu gestalten. Damit trägt die Plattform zur strukturellen Stärkung Kultureller Bildung im ländlichen Raum bei.

Literatur/Weiterführende Links

<https://www.kubi-stormarn.de>

www.kultur-stormarn.de/assets/KUBI-Gesamtkonzept/Gesamtkonzept_KulturelleBildung_Stormarn_23.pdf

<https://kultur-stormarn.de/kubi/stormarn-vernetzt/kulturkarussell/>

Schriftliche Kooperationsvereinbarungen – Eine Frage der Ressourcen?

Alexander Kanamüller, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Bayern

Wie können Kooperationen zwischen kommunalen Verwaltungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bildungsbereich erfolgreich initiiert und für alle Beteiligten gewinnbringend und nachhaltig gestaltet werden? Keine einfache Frage, wenn man bedenkt, wie voraussetzungsreich Kooperationen sind. Soll eine Kooperation gelingen, dann müssen zahlreiche Aspekte (wie beispielsweise die Rollen und Pflichten der einzelnen Kooperationspartner, ein gemeinsames Verständnis von der Kooperation, regelmäßige Zusammenkünfte, Ressourcen und so weiter) bedacht, ausgehandelt, kommuniziert und aufeinander abgestimmt werden. Hinzu kommt, dass persönliche wie auch interinstitutionelle Kooperationen nur dann funktionieren können, wenn sich die Kooperationspartner wechselseitig vertrauen.¹

Wie also vorgehen, wenn man als Kommunalverwaltung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder engagierten Einzelpersonen im Bereich Bildung zusammenarbeiten möchte? Ein bewährtes Instrument sind schriftliche Kooperationsvereinbarungen. Mit solchen Dokumenten können die Rahmenbedingungen, der Zweck und die Inhalte einer Kooperation sowie die damit verbundenen Aufgaben der Kooperationspartner genau definiert und für alle Beteiligten transparent gemacht werden.² Es handelt sich um ein schriftlich fixiertes Fundament der Zusammenarbeit, das bestenfalls von allen beteiligten Parteien gemeinsam erarbeitet wird.

Bei aller Strahlkraft schriftlicher Kooperationsvereinbarungen dürfen jedoch zwei Dinge nicht vergessen werden: Erstens sind sie kein Ersatz und auch kein Garant für wechselseitiges Vertrauen. Und zweitens sollte man bedenken, dass deren Ausarbeitung einen hohen Ressourcenaufwand mit sich bringt.³ Nimmt man die Perspektive der Zivilgesellschaft ein, so folgt daraus,

dass sich nicht jeder Akteur der Zivilgesellschaft das Ausarbeiten von schriftlichen Kooperationsvereinbarungen „leisten“ kann. Vor allem für engagierte Einzelpersonen und rein durch freiwilliges Engagement getragene Organisationen dürften die zeitlichen und personellen „Kosten“ manchmal zu hoch ausfallen. Es sollte darauf geachtet werden, dass die Kosten der Vereinbarungsausarbeitung nicht stärker ins Gewicht fallen als der Nutzen eines schriftlich-transparenten, präzise definierten und rechtsverbindlichen Kooperationsrahmens, den Kooperationsvereinbarungen mit sich bringen können und der zivilgesellschaftlichen Akteuren freilich auch einen gewissen Schutz bietet.

Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen, die im Rahmen des vom früheren Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts „Kooperationsbeziehungen zivilgesellschaftlicher Organisationen im kommunalen Raum“ (ZivilKoop)⁴ geführt wurden, bestätigen das und geben zugleich wertvolle Hinweise dazu, wie Kommunalverwaltungen und Zivilgesellschaft auch ohne schriftliche Kooperationsvereinbarungen erfolgreich miteinander kooperieren können. Anstatt eine Kooperationsvereinbarung auszuarbeiten, kann es beispielsweise sinnvoll und ausreichend sein, vor dem Beginn einer Zusammenarbeit konstruktive und transparente Gespräche über die Kooperation zu führen. Das schafft Vertrauen und ist weit weniger arbeitsaufwändig.

Ferner zeigen die „ZivilKoop“-Interviews, dass kommunale Verwaltungen womöglich besser darauf verzichten sollten, in schriftlichen Kooperationsvereinbarungen mit engagierten Einzelpersonen oder rein durch freiwilliges Engagement getragenen Organisationen vertraglich verbindliche Leistungen festzuhalten. Denn etwaige Leistungen, die in regelmäßigen Abständen

1 Vgl. van Santen & Seckinger 2011

2 Vgl. Schmitt 2008

3 Vgl. Bathke 2011

4 Das Projekt ZivilKoop (2019–22) untersuchte die Kooperationen und Netzwerke von in kommunalen Bildungslandschaften aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen. In zwei ost- und zwei westdeutschen Kommunen wurden ein quantitativer Online-Survey und qualitative Interviews durchgeführt (vgl. Steiner u. a. 2024).

personelle und zeitliche Ressourcen erfordern, sind für diesen Teil der Zivilgesellschaft häufig nicht möglich. In solchen Fällen kann es demnach zielführender sein, in einer Kooperationsvereinbarung lediglich die allgemeinen Rahmenbedingungen und Rollenverteilungen festzuhalten.

In anderen Konstellationen, wie zum Beispiel bei der systematischen Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Umsetzung des schulischen Ganztags, sind verbindliche Vereinbarungen notwendig und sinnvoll, um die beteiligten Akteure in Bezug auf Rollen und Verantwortlichkeiten abzusichern. Hierbei kann das kommunale Bildungsmanagement unterstützen, zum Beispiel mit der Bereitstellung von Mustervorlagen und Beratungsstrukturen.

Zusammengefasst sind schriftliche Kooperationsvereinbarungen ein bewährtes Instrument zur erfolgreichen

Initiierung von Kooperationen. Möchte man als Kommunalverwaltung mit einem Akteur der Zivilgesellschaft kooperieren, dann sollte jedoch in jedem Fall vorab reflektiert werden, wie es um die personellen und zeitlichen Ressourcen des jeweiligen Gegenübers bestellt ist, ob es eine schriftliche Kooperationsvereinbarung tatsächlich braucht, welche Inhalte mündlich in vertrauensvollen Gesprächen geklärt werden können, welche Inhalte zwingend schriftlich fixiert werden müssen und was alternative Möglichkeiten wären, um die Kooperation erfolgreich auf den Weg zu bringen.

Ob nun schriftlich in Form einer Kooperationsvereinbarung oder auf einem anderen Weg: Zentral ist, bei der Initiierung einer Kooperation wechselseitiges Vertrauen herzustellen, Erwartungen transparent zu machen und die wesentlichen Rahmenbedingungen der Kooperation (zeitliche und personelle Ressourcen, Rollen und Pflichten et cetera) aufeinander abzustimmen.

Literatur/Weiterführende Links

Bathke, Sigrid A. (2011): Kooperationsvereinbarungen zwischen Jugendhilfe und Schule. In: Fischer, Jörg/ Buchholz, Thomas/Merten, Roland (Hrsg.): Kinderschutz in gemeinsamer Verantwortung von Jugendhilfe und Schule, Wiesbaden.

Santen, Eric van/Seckinger, Mike (2011): Die Bedeutung von Vertrauen für interorganisatorische Beziehungen – ein Dilemma für die soziale Arbeit, Zeitschrift für Sozialpädagogik 4 (9), S. 387–404.

Schmitt, Christof (2008): Kooperationsvereinbarungen als Baustein gelingender Kooperationen. In: Henschel, Angelika/Krüger, Rolf/ Schmitt, Christof/ Stange, Waldemar (Hrsg.): Jugendhilfe und Schule, Handbuch für eine gelingende Kooperation, Wiesbaden.

Steiner, Christine/Kanamüller, Alexander/Langner, Ronald/Schlimbach, Tabea (Hrsg.) (2024): Gemeinsam für bessere Bildung?! Zivilgesellschaftliche Akteure in kommunalen Bildungslandschaften, Weinheim/Basel.



Kapitel 8

(Neue) Orte der Kooperation

Die größte und unmittelbarste Wirkung von Bildungsangeboten zeigt sich vor Ort – in den Kommunen, in ihren Gemeinden und Vierteln, ihren Schulen, Sportvereinen, Kulturstätten und in ihren Nachbarschaften. Auch an und in dritten Orten, die weder der staatlichen noch der privaten Sphäre zugeordnet werden können, begegnen sich Menschen mit ihren individuellen Hintergründen und Bildungsbedürfnissen. Hier öffnen sich Räume für Bildung, Teilhabe und Kooperation. Häufig sind gerade hier zivilgesellschaftliche Akteure die ersten und bekanntesten Ansprechpartner. Um auf spezifische Bedarfslagen in bestimmten Sozialräumen eingehen zu können, kann die Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Partnern vor Ort für Kommunen sehr gewinnbringend sein.



Bewegung, Begegnung, Bildung – wie ein Sportverein spielend den Sozialraum gestaltet. Ein Interview mit Dr. Harald Seehausen

Nadine Rondeau, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Hessen

Dr. Harald Seehausen ist Vorstandsmitglied des Breitensportvereins SG Bornheim 1945 e.V. Grün-Weiss sowie Gründer und Leiter des Kinder- und Familienzentrums. Seit 1985 ist der Pädagoge und Sozialwissenschaftler in verschiedenen Funktionen für den Verein tätig. Seine Erfahrungen sind unter anderem in seinem Buch „Wir kicken anders“ nachzulesen.



SG Bornheim 1945 e.V. Grün-Weiss und Kinder- und Familienzentrum (KiFaZ)

Der Sportverein im Frankfurter Stadtteil Bornheim hat derzeit rund 730 Vereinsmitglieder (410 Kinder und Jugendliche, davon 180 Mädchen) in den Abteilungen Fußball und den Angeboten des vereinseigenen Kinder- und Familienzentrums (KiFaZ). Der Verein kooperiert mit der Stadt Frankfurt sowie lokalen Stiftungen und Vereinen und ist zudem vernetzt mit dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) und dem Deutschen Städtetag.

Das Kinder- und Familienzentrum (eröffnet 2007) ist Nachbarschaftstreff, bietet Hausaufgabenbetreuung, Sprachförderung und Ferienbetreuung. Es entstand mit Unterstützung der hessischen Landesregierung im Rahmen des Förderprogramms „Familienzentren in Hessen“ sowie durch eine Spendeninitiative des Vereins zum Bau eines „Hauses der Zukunft“, die große öffentliche Resonanz fand. Heute versteht sich das KiFaZ als Ort der Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement und arbeitet eng mit Kommune und Bildungsakteuren zusammen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken sowie Aus- und Weiterbildungsangebote zu entwickeln. Eine besondere Rolle spielt dabei der generationen- und kulturübergreifende Einsatz freiwilliger Helferinnen und Helfer.

Herr Seehausen, schön, dass wir uns hier im Kinder- und Familienzentrum (KiFaZ) der SG Bornheim treffen. Was ist das für ein Ort?

Dr. Harald Seehausen: Das KiFaZ entstand durch eine Elternbefragung im Stadtteil und der Arbeit in den Zukunftswerkstätten. Gewünscht war ein sozialer Ort, ein

Begegnungsort! Im KiFaZ steht heute der „Pädagogische Mittagstisch“ im Zentrum: Aus einer benachbarten Grundschule kommen circa 25 Kinder aus allen Klassenstufen. Jeden Tag wird frisch gekocht, die Kinder machen ihre Hausaufgaben, essen hier und sind auf dem Platz bolzen. Nicht alle Kinder sind bei uns im Verein, denn wir wollen uns in den Sozialraum, auch für sozial benachteiligte Familien, öffnen.

Das klingt nach mehr als Fußball. Inwiefern sieht sich die SG Bornheim als Bildungsakteur?

Dr. Harald Seehausen: Im Laufe der Corona-Pandemie fragten wir uns, was Kinder und junge Menschen stark macht, welche Zukunftskompetenzen sie brauchen. Das sind neben sozial-emotionalen Fähigkeiten Selbstregulation und Selbstwirksamkeit, Gemeinschaftsfähigkeit und Verantwortungsübernahme, aber auch Resilienz und Widerstandsfähigkeit.

Wir als Bildungsakteur können über die Bewegung und die aktive Teilnahme am Vereinsgeschehen das kritische Denken der Kinder, die Freude am Entdecken und ihre Kommunikationsfähigkeiten fördern; im Sinne einer ganzheitlichen Bildung.

Wie fördern Sie als Verein solche Zukunftskompetenzen?

Dr. Harald Seehausen: 2022 haben wir ein Kinderparlament gegründet, um Kinder und Jugendliche stärker an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die denken darüber nach: Was läuft gut, was nicht so gut? Und was wünschen wir uns? Das ist ein wichtiger Bildungs- und Lernprozess auch für die Trainer- und Betreuebene.

Außerdem arbeiten wir auf dem Platz mit dem Fair Play-Konzept: Die Kinder lösen Konflikte selbst. An der



Dr. Harald Seehausen, Kinder- und Familienzentrum (KiFaZ), SG Bornheim 1945 e.V. Grün-Weiss

Außenlinie stehen die beiden Trainer und können eingreifen, aber sie spielen ohne Schiedsrichter. Das ist ein zukunftsweisendes Konzept.

Und diese Zukunftswerkstätten, aus denen auch das KiFaZ entstanden ist, sind ein elementarer Baustein?

Dr. Harald Seehausen: Die Zukunftswerkstätten spielen eine ganz wichtige Rolle. Hier diskutieren 25 bis 30 Personen aus dem Verein ein ganzes Wochenende lang zu übergreifenden Themen wie Integration, Inklusion, Familienfreundlichkeit, Beteiligung, Nachhaltigkeit oder zu neuen Methoden des Fußballspielens.

Es geht also auch darum, nicht nur das Kind in den Blick zu nehmen, sondern größer zu denken?

Dr. Harald Seehausen: Wir führen zu Beginn der aktiven Vereinsmitgliedschaft ein Aufnahmegespräch. Da fragen wir die Eltern: Können wir Sie durch das Teilhabepaket finanziell unterstützen? Oder sind Sie vielleicht Millionär? Dann bitte spenden! (lacht)

Die Aufnahmephase kann die Zukunftsfähigkeit eines Vereins stärken: Die Eltern arbeiten in Betrieben, mit denen Kooperationen entstehen können. Da sind der Bio-Bäcker, der täglich Brot spendet und Stiftungen, die soziale Projekte ermöglichen. So ergeben sich ganz neue attraktive Finanzquellen und darüber hinaus öffnet der Verein sich in den Sozialraum, um neue Wege mit und für Ehrenamtliche zu gehen.

Die Vernetzung im Sozialraum hat besondere Relevanz? Inwiefern ist das Strategie?

Dr. Harald Seehausen: Ja, ein Beispiel: Früher hat jede Mannschaft ihre eigene Weihnachtsfeier gemacht. Wir wollten das ändern und haben ein öffentliches Fest organisiert. Es gab Streichelzoo, Clown, Theatergruppe, gemeinsames Singen, Ausstellung, Fanartikel, Torwandschießen – die Kinder und Eltern waren hellauf begeistert. Und, wer war da? Der Oberbürgermeister! Es beteiligten sich am Ende etwa 630 Personen, viele ohne Mitgliedschaft. Das ist genau die Öffnung in den Sozialraum, die wir uns wünschen. Dahinter stecken öffentlichkeitswirksame Aktionen, die zu zahlreichen Mitgliedschaften führen.



Wir bieten außerdem Schulpraktika bei der SG Bornheim an und haben einen Auszubildenden der Fachschule für Sozialwesen, der sein drittes Ausbildungsjahr bei uns macht. Das sind Brücken, die wir auch zwischen Schule, Ausbildung, Unternehmen und Sportverein langfristig bauen.

Als sozialräumlich vernetzter Verein ist die SG Bornheim ein wertvoller Akteur der kommunalen Bildungslandschaft und engagiert sich in vielfältigen Kooperationen mit Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Wir sind untrennbar verbunden mit der Kommune und dem Land Hessen, stärken Familienfreundlichkeit, fördern Integration und den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil. Das alles mit: Bewegung, Begegnung, Bildung.

Literatur/Weiterführende Links

Seehausen, Harald (2024): Wir kicken anders: SG Bornheim 1945 e.V. Grün-Weiss: Die Innovationsgeschichte eines Breitensportvereins, Frankfurt am Main www.wirkickenanders.com

<http://sgbornheim.de/kifaz>

Dritte Orte als Räume für Bildung, Gemeinschaft und Demokratie – Herausforderungen und Gelingensbedingungen

Michel von Stromer, Fachstelle Kulturelle Bildung im kommunalen Bildungsmanagement

Dritte Orte sind gesellschaftliche Räume außerhalb des Zuhauses – dem ersten Ort – sowie von Schule, Arbeits- oder Ausbildungsstätten, den sogenannten zweiten Orten. Dritte Orte sind sozial integriert, bieten niederschwellige Möglichkeiten zur Begegnung, zum Austausch und zur freiwilligen aktiven Teilhabe und zeichnen sich durch ihren informellen Charakter aus.¹ Beispiele für solche Orte sind Bibliotheken, außerschulische kulturelle Bildungseinrichtungen, Nachbarschaftstreffs oder offene Werkstätten.

An diesen Orten begegnen sich Menschen unterschiedlicher sozialer Hintergründe und diverser Lebensbezüge, Altersgruppen und Lebensrealitäten. So haben sie das „utopische Potenzial“², Erfahrungsräume für gemeinsames Lernen, kreative Prozesse und Mitgestaltung im Alltag zu schaffen.

Dritte Orte spielen eine wichtige Rolle für Bildung, da sie informelles Lernen fördern, Kreativität anregen und zur Entwicklung von Schlüsselkompetenzen wie Kritikfähigkeit, Selbstbewusstsein und Verantwortungsbereitschaft beitragen. In einer Zeit gesellschaftlicher Disruptionen gewinnen Dritte Orte auch an Bedeutung für die Demokratie. Sie fördern den Zusammenhalt und stärken die Zivilgesellschaft, indem sie eine gemeinschaftsbildende Funktion erfüllen und als Verhandlungsort lokaler Politik fungieren können.³

Dabei übernehmen sie eine zentrale Rolle in der Bildungslandschaft. Ob Kulturelle Bildung, politische Bildung oder informelles Lernen – Dritte Orte machen Bildung erlebbar, vielfältig und partizipativ. Sie sind lokal verankert und bieten Raum für gemeinsames Engagement und persönliche Entwicklung.

Dritte Orte entstehen jedoch nicht von selbst. Ein physischer Ort allein reicht nicht aus. Vielmehr braucht es ein durchdachtes Konzept, kontinuierliche Betreuung und die bewusste Gestaltung der Rahmenbedingungen, nicht zuletzt, da auch Dritte Orte existieren, die hegemoniale Machtstrukturen reproduzieren und Ausgrenzung erzeugen können.⁴ Dritte Orte können von Einzelpersonen, zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Initiativen und Vereinen, aber auch durch Bildungsinstitutionen oder Kommunen initiiert und betrieben werden. Um sie aufzubauen und langfristig zu etablieren, ist das Engagement dieser Personen und Institutionen nötig.

Vor diesem Hintergrund kommt der kommunalen Steuerung eine zentrale Rolle zu. Als Teil kommunaler Bildungslandschaften sind Dritte Orte auf langfristige Strategien, Unterstützung und Förderung angewiesen. Kommunen sind gefordert, finanzielle, räumliche und personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, aktiv mitzugestalten, zu koordinieren und zu vernetzen, damit diese Orte ihr Potenzial entfalten können.

Die gelingende Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteuren erfordert Offenheit, gegenseitiges Vertrauen und klare Abstimmungsprozesse, insbesondere, da es ebenso viele Räume wie im Raum handelnde Personen und Institutionen gibt, die diese gestalten.⁵ Wenn kommunale Strukturen auf Beteiligung ausgerichtet sind und zivilgesellschaftliche Impulse aufgenommen werden, kann eine lebendige Bildungslandschaft entstehen.

1 Vgl. Oldenburg 1989

2 Wimmer 2021: S. 11

3 Vgl. Drews 2020: S. 355–359

4 Vgl. Drews 2020: S. 359

5 Vgl. Drews 2020: S. 358



Literatur/Weiterführende Links

Drews, Katja (2020): Zuhause am ‚Dritten Ort‘. Beheimatungen an informellen Treffpunkten durch Kultur. In: Jahrbuch für Kulturpolitik 2019/20. Thema: Kultur. Macht. Heimaten. Heimat als kulturpolitische Herausforderung, Bd. 17, Jahrbuch für Kulturpolitik, Bielefeld. S. 355–359.

Oldenburg, Ray (1989): The Great Good Place: Cafés, Coffee Shops, Bookstores, Bars, Hair Salons and Other Hangouts at the Heart of a Community. New York.

Wimmer, Michael (2021): Dritte Orte finden sich dort, wo soziale Ungleichheit aufeinander trifft. In: Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (Hrsg.): kubi – Magazin für Kulturelle Bildung, 15. Jg., Heft 20-2021, Berlin.

Quartiersentwicklung Staßfurt-Nord – Ein Ort der Beteiligung

Dr. Cornelia Leser, Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Mitteldeutschland

Mit rund 6.000 Menschen beherbergt das Plattenbauviertel Staßfurt-Nord knapp die Hälfte der Gesamtbevölkerung Staßfurts. Zwar verfügt das Quartier über eine gute Infrastruktur, ist aber auch geprägt von einer alternden Bevölkerung. Um ein für alle Generationen attraktives Wohngebiet zu schaffen, steuern der Verein Pegasus Sachsen-Anhalt e.V., die Wohnungs- und Baugesellschaft Staßfurt und die Stadt mit Quartiersentwicklung gegen. Sie entwickeln und verzahnen viele gute Ansätze zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des Quartiers. Knappe Ressourcen federt der Verein mit einer gezielten Fördermittelakquise sowie enger Zusammenarbeit mit Partnern und nachbarschaftlichen Helferinnen- und Helferkreisen ab. Die Stadt Staßfurt unterstützt den Verein Pegasus Sachsen-Anhalt e.V. durch kostenlose Nutzung des Jugend- und Bürgerhauses für die Quartiersarbeit.

Das Besondere an der Quartiersarbeit in Staßfurt Nord ist die Tatsache, dass alle Projekte als Ergebnis von Bürgerinnen- und Bürgerbefragungen entwickelt werden. Wo genau die Entwicklungsbedarfe liegen, wurde 2024 im Rahmen einer von der Wohnungs- und Baugesellschaft in Auftrag gegebenen Quartiersanalyse und Quartierskonzeption erörtert. Unter Beteiligung der Anwohnerschaft kristallisierten sich dabei drei zentrale Handlungsfelder heraus: die Sicherung von

Pflege und Betreuung, die Schaffung sozialer Begegnungsräume für Jung und Alt sowie die Förderung grundlegender Digitalkompetenzen und digitaler Infrastruktur.

Ein Quartiersmanagement wurde installiert, das gemeinsam mit der Nachbarschaft vielerlei Projekte umsetzt. Ein Quartiersbeirat, der vierteljährlich zusammenkommt, unterstützt dieses mit der Expertise seiner Mitglieder. So wächst ein sozialräumliches Netzwerk, das Kommunalverwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft umspannt.

Einige Projekte, wie Smartphone- und Computer-Kurse für ältere Menschen, ein Stadtteilst, ein Patenschaftsprogramm und eine Begegnungsstätte, wurden schon erfolgreich realisiert. Folgen sollen ein Springbrunnenplatz und ein Gemeinschaftsgarten, die auch von der Kita und den Schulen im Quartier mitgestaltet und genutzt werden. Eine digitale Quartierstour entlang barrierefreier Wege soll von lokalen Akteuren selbst crossmedial gestaltet werden.

Literatur/Weiterführende Links

<https://pegasus-sachsen-anhalt.de>

Zivilgesellschaftliche Stärkung staatlicher Bildungsarbeit: Vom Anspruch zur Implementierung

Prof. em. Dr. Dieter Euler, Universität St. Gallen, Wissenschaftliche Begleitung des Fachnetzwerks für kommunales Bildungsmanagement



Die wissenschaftliche Begleitung des „Fachnetzwerks für kommunales Bildungsmanagement“ an den Universitäten Paderborn und St. Gallen untersucht Transferprozesse, meldet ihre Befunde an die Akteure in den regionalen Entwicklungsagenturen und Fachstellen zurück und gibt Gestaltungsanregungen für die Weiterentwicklung der Konzepte und Strategien in der „Transferinitiative“.

1. Anspruch: Gemeinsam statt ‚gemein und einsam‘

Bildung wird in Deutschland als eine primär staatliche Aufgabe verstanden. Das Engagement der mehr als 600.000 zivilgesellschaftlichen Organisationen¹ bleibt dabei zumeist im Hintergrund. In nahezu allen Organisationen der Zivilgesellschaft sind freiwillig Engagierte tätig². Von den circa 29 Millionen ehrenamtlich tätigen Menschen in Deutschland engagieren sich circa 19 Millionen im Bildungsbereich³, indem sie Bildungsangebote erbringen oder öffentliche Bildungseinrichtungen unterstützen. „Zivilgesellschaftliche Bildungsorganisationen mobilisieren und bündeln freiwilliges Engagement und setzen damit gesellschaftliche Kräfte für die Bildung frei.“⁴

Trotz positiver Beispiele⁵ zeigt sich, dass nur wenige der im Bildungsbereich tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen in staatliche Bildungsarbeit eingebunden sind.⁶ Zugleich deutet sich hier ein Wandel an. Priemer zeigt, dass sich seit den 1990er-Jahren im Zuge neuer Konzepte der „educational governance“ beziehungsweise „new public governance“ das Verhältnis zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Bildungsakteuren verändert.⁷

Als ein wesentlicher Treiber gilt der vielfach belegte Befund für das deutsche Bildungssystem eines engen Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Kinder und Jugendliche mit einzelnen oder mehreren Risikolagen nehmen in geringerem Maße Angebote einer Kindertagesbetreuung wahr, erhalten bei gleichen Schulnoten seltener eine Gymnasialempfehlung, münden seltener in eine duale Berufsausbildung oder ein Studium und nehmen seltener Weiterbildungsangebote wahr.⁸ Zugleich setzt sich die Erkenntnis durch, dass wirksame Maßnahmen der Gegensteuerung nicht nur im Bereich der formalen schulischen Bildungsangebote ansetzen sollten, sondern auch Bereiche der non-formalen und infor-

1 Vgl. Priemer 2024b, S. 12, siehe auch „Zivilgesellschaft als Bildungsakteurin in kommunalen Bildungslandschaften“ in dieser Broschüre

2 Vgl. Priemer et al. 2024, S. 506; zur Definition von Zivilgesellschaft, vgl. Priemer 2024a, S. 79 f.

3 Vgl. Rößler-Prokhorenko et al. 2024, S. 512, 521

4 Priemer et al. 2024, S. 508

5 Vgl. Priemer et al. 2024, S. 501

6 Vgl. Priemer 2024a, S. 83

7 Vgl. Priemer 2024b, S. 4 f.

8 Vgl. AGBB 2024

mellen Bildung einbeziehen müssen.⁹ Schulsozialarbeit, Einbeziehung von Familien, außerschulische Bildungseinflüsse und andere mehr führen zu einem erweiterten Bildungsverständnis. Neben der mangelnden sozialen Integration bestimmter Bevölkerungsgruppen sind Bildungspolitik und -verwaltung mit Herausforderungen wie der Fachkräftesicherung, ökonomischen, ökologischen und digitalen Transformationsprozessen, Demokratiebildung und andere mehr konfrontiert. Dem Anspruch beziehungsweise der Notwendigkeit einer erweiterten Bildungsarbeit stehen die begrenzten Möglichkeiten staatlicher Bildungsarbeit entgegen. Aktuell verstärkt etwa der Fachkräftemangel in Kitas und Schulen die Notwendigkeit einer zivilgesellschaftlichen Stärkung staatlicher Bildungsarbeit.

Konzepte einer Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure im Bildungsbereich werden unter dem Begriff der „regionalen / kommunalen Bildungslandschaft“¹⁰ diskutiert. Diese werden verstanden als „Verantwortungsgemeinschaften und Zusammenarbeit aller Akteure, die Bildungsräume und Bildungsangebote vor Ort schaffen“¹¹. Zivilgesellschaftliche Akteure werden dabei „in strategischen Überlegungen und Steuerungsprozesse adressiert und partnerschaftlich einbezogen“¹². Durch die Vernetzung der Ressourcen unterschiedlicher Bildungsakteure sollen die Grenzen staatlicher Leistungserbringung überwunden, das regionale Bildungsangebot verbessert und dessen Qualität erhöht werden. Ein aktuelles Beispiel für den Ausbau einer solchen Vernetzung stellt die Gestaltung der Ganztagschulen dar.¹³

Das Verhältnis zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren besitzt unterschiedliche Ausprägungen. So kann die Motivlage zivilgesellschaftlicher Akteure auf die Bereitstellung komplementärer und zusätzlicher Angebote gerichtet sein, sie können gegenüber staatlichen Akteuren aber auch gegenläufige, auf die Vertretung spezifischer Interessen gerichtete Positionen vertreten.¹⁴

Die Umsetzung des Anspruchs einer Vernetzung von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Bildungsarbeit stößt in der kommunalen Bildungspraxis auf zahlreiche Herausforderungen, die zum Teil in der Literatur diskutiert werden und die im Rahmen kommunaler Fallstudien der wissenschaftlichen Begleitung des Fachnetzwerks für kommunales Bildungsmanagement ausgeleuchtet werden sollen.

2. Befunde: Realisationsformen der Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Bildungsakteure

Im Rahmen von Fallstudien werden in zehn Kommunen u. a. die Realisationsformen der Kooperation der Bildungsverwaltung mit dem jeweiligen zivilgesellschaftlichen Umfeld untersucht.¹⁵ Die nachfolgenden Skizzen dokumentieren den Zwischenstand der Untersuchungen auf der Grundlage von Dokumentenanalysen und Interviews mit Bildungsverantwortlichen in den Kommunen. Typologisch lassen sich aus den Auswertungen sechs Kooperationsformen unterscheiden, die zunächst skizziert und dann erläutert werden. Anschließend werden einzelne Realisationsformen im Sinne von „good practices“ hervorgehoben und erläutert.

9 Vgl. Priemer et al. 2024, S. 499 f.

10 Brüsemeister 2017

11 Süß 2024, S. 571

12 Süß 2024, S. 572

13 Vgl. Steiner et al. 2024

14 Vgl. Priemer 2024b, S. 3 f.

15 Vgl. Euler et al. 2025

Die folgende Tabelle bietet aus der Perspektive von Bildungsverwaltung / -politik eine Übersicht über die typisierten Kooperationsformen:

Tabelle: Typologie von Formen der Kooperation staatlicher und zivilgesellschaftlicher Bildungsakteure

	Kooperationsform	Handlungsschwerpunkt
1	Bewusstsein über den Nutzen, Bereitschaft zur Intensivierung der Kooperation	Planung
2	Schaffung von Anlässen für Begegnung und Austausch – zumeist mit einem fachspezifischen Schwerpunkt	Information, Austausch
3	Einbeziehung (ausgewählter) zivilgesellschaftlicher Akteure in bildungsrelevante Gremien der Bildungsverwaltung	Konsultation
4	Mitwirkung von Repräsentanten der Bildungsverwaltung in verwaltungsexternen Gremien / Netzwerken	Koordination
5	Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure an einem verwaltungsgesteuerten Bildungsprojekt	Kollaboration
6	Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen durch staatliche Bildungsorganisation	Kollaboration

- (1) In einzelnen Kommunen wird der Nutzen einer intensiveren Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gesehen, die Umsetzung beziehungsweise die systematische Ansteuerung einer Handlungsvariante befindet sich jedoch noch im Stadium der programmatischen Planung.
- (2) Eine Gelegenheit zur Kooperation im Rahmen von Information und Austausch liegt vor, wenn die Bildungsverwaltung Anlässe der Begegnung etwa in Form von Bildungskonferenzen, -foren, Fachtagen oder Arbeitskreisen zu mehr oder weniger konkreten Fachthemen schafft. Je nach Thema kann der Kreis der Beteiligten eng oder weit definiert werden.
- (3) Eine grundlegende Konsultation zivilgesellschaftlicher Organisation liegt vor, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen in spezifische Gremien der Bildungsverwaltung (zum Beispiel „Bildungsbeirat“ in der Stadt Heidelberg; „Fachbeirat Bildung“ im Landkreis Forchheim) eingeladen werden beziehungsweise dort einen festen Sitz erhalten. Die Mitwirkung bleibt zumeist wenigen, größeren

Organisationen vorbehalten (zum Beispiel Wohlfahrtsverbände).

- (4) Umgekehrt können sich Repräsentanten der Kommune in bildungsrelevante Organisationen einbringen, die nicht Teil der kommunalen Bildungsverwaltung sind und die durch zivilgesellschaftliche Akteure getragen werden (zum Beispiel Arbeitskreis Schule-Wirtschaft, Jugendberufsagentur).
- (5) Eine intensivere Form der Kooperation entsteht, wenn im Rahmen eines definierten Projekts in Verantwortung der Bildungsverwaltung / -politik eine Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Organisationen vorgesehen ist. In zahlreichen Kommunen ist zum Beispiel die Gestaltung der Ganztagschule ein solches Projekt.
- (6) Schließlich können zivilgesellschaftliche Initiativen in unterschiedlicher Form durch die staatliche Bildungsverwaltung / -politik unterstützt werden. Die Unterstützung kann finanziell oder auch durch die Bereitstellung personeller Kapazitäten erfolgen.

Nachfolgend werden aus den Fallstudien einige „good practices“ für die Koordination und Kollaboration von staatlicher und zivilgesellschaftlicher Bildungsarbeit skizziert:

- Im Landkreis Forchheim wurde als Initiative des Landrats, der Sparkasse und des Schulamtsdirektors ein Verein („FOrsprung“) gegründet, der zum einen als Impulsgeber und Financier für innovative Bildungsprojekte dient, zum anderen mit den Aktivitäten der Bildungsverwaltung abgestimmt ist. So wirkt zum Beispiel die Leiterin des kommunalen Bildungsbüros im Vereinsvorstand mit. Darüber hinaus verfügt das Bildungsbüro über einen „Innovationsfond“, aus dem aus der Zivilgesellschaft kleinere Projekte beantragt und finanziert werden können. Der Fond bietet neben der Unterstützung von Projekten auch einen Zugang für die Anbahnung von Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren
- In der Stadt München wurde über circa drei Jahre ein Projekt „Leitlinie Bildung 2024“ durchgeführt, in dem mit einer breiten Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure strategische Leitziele und Initiativen der Bildungsarbeit definiert und vom Stadtrat beschlossen wurden.

- Die Stadt Hoyerswerda, die 1991 mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und mit Unterstützung der Freudenberg-Stiftung die „Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Demokratie und Lebensperspektiven Hoyerswerda/Ostsachsen e.V. (RAA)“ gründete.¹⁶
- Der „Pakt für Pirmasens“ mit dem Ziel, staatliche Leistungen durch ehrenamtliches Engagement und Spenden im Bildungsbereich zu ergänzen und zu stärken.¹⁷
- Im Landkreis Hameln-Pyrmont wurde von Schulleitungen ein Förderverein „S.A.M. Sozial-Aktiv-Menschlich e.V.“ gegründet, um Spenden zur Förderung von Bildungs- und Teilhabeangeboten für benachteiligte Kinder und Jugendliche zu sammeln.

Die Ausführungen zeigen zum einen, dass die Kooperation zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vielerorts noch ausbaufähig ist, zum anderen illustrieren die Kooperationsformen ein breites Spektrum an möglichen Realisationsvarianten. Aus den Daten der Fallstudien wird zudem deutlich, dass im Rahmen der kommunalen Bildungsarbeit in der Regel keine systematische Kooperationsstrategie existiert, sondern Kooperationsaktivitäten mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zumeist punktuell und anlassbezogen erfolgen.

Als zentrales Ziel einer intensiveren Kooperation wird von den Kommunen häufig angeführt, dass auf diese Weise Grenzen staatlicher Leistungserbringung überwunden werden können. Deutlich wird dies aktuell in der Gestaltung von Ganztagschulen, wo angesichts des Mangels an Lehr- und pädagogischem Fachpersonal die Integration zivilgesellschaftlicher Initiativen essenziell erscheint. In anderen Bereichen wie beispielsweise der beruflichen Bildung¹⁸ oder der Migration ermöglicht die Kooperation den Zugang zu Lernenden, die über die kommunale Bildungsverwaltung nur schwer erreichbar sind.

Die Auswahl geeigneter Kooperationspartner aus der Zivilgesellschaft stellt für die Bildungsverwaltung zumeist eine Herausforderung dar. Die Vielzahl an potenziellen Partnern, die zum Teil informell organisiert sind¹⁹ und deren Bildungsagenda häufig intransparent ist, kann eine Auswahl und gezielte Ansprache schwierig machen. Vor diesem Hintergrund erfolgt eine Fokussierung möglicher Kooperationen zumeist über das Bildungsthema: Für die Bewältigung eines als dringlich bewerteten Bildungsproblems (zum Beispiel Fachkräftesicherung, Bildung für nachhaltige Entwicklung) werden mögliche Kooperationspartner aus der Zivilgesellschaft identifiziert und angesprochen.

3. Potenziale: Entwicklungsfelder und Bedingungen für die zivilgesellschaftliche Stärkung staatlicher Bildungsarbeit

Kooperation ist kein Selbstzweck, sondern sie erscheint im Rahmen des kommunalen Bildungsmanagements prinzipiell dann sinnvoll, wenn sie im Hinblick auf bestimmte Bildungsthemen einen Nutzen beziehungsweise Mehrwert generiert. Insofern kann es auch rational sein, wenn staatliche und zivilgesellschaftliche Bildungsakteure in entsprechenden Feldern getrennt agieren oder zivilgesellschaftliche Organisationen eine kritische Rolle gegenüber der staatlichen Bildungsarbeit einnehmen. Zugleich kann die Förderung von niedrigschwelligen Handlungsschwerpunkten im Modus von Information, Austausch oder Konsultation (Typen 1–3) auch unabhängig von konkreten Themen- oder Problembezügen dazu beitragen, gute Voraussetzungen für höherschwellige Kooperationen (Typen 4–6) zu schaffen.

Ein Entwicklungsfeld stellt in diesem Kontext die Schaffung infrastruktureller und normativer Voraussetzungen dar. Diese umfasst zunächst die fortlaufende Bestandsanalyse der Bildungsangebote, Akteure und Netzwerke in der jeweiligen Kommune.²⁰ Um Transpa-

16 Siehe Beitrag „Eine Bildungspartnerschaft für Hoyerswerda“ in Kapitel 7

17 Siehe Beitrag „Pakt für Pirmasens: Eine ganze Stadt schafft bessere Bildungschancen für ihre Kinder“ in Kapitel 3

18 Vgl. Euler & Sloane 2024

19 Vgl. Rößler-Prokhorenko et al. 2024, S. 519

20 Vgl. Süß 2024, S. 574

renz herzustellen, kann eine digitale Plattform unterstützen, die nach definierten Regeln auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren gepflegt werden kann. Eine normative Voraussetzung besteht für die staatlichen Akteure in der Klärung der Ziele, die im Rahmen kollaborativer Aktivitäten mit zivilgesellschaftlichen Akteuren angestrebt werden. Ein Beispiel zur Gestaltung der Ganztagsschule zeigt die Bedeutung der Zielklärung. Steiner et al.²¹ weisen darauf hin, dass viele Angebote im Rahmen der Ganztagsschule so konzipiert sind, dass sie nicht primär den bildungsbenachteiligten Lernenden zugutekommen, sondern „eher mit den Lebenslagen und Wertvorstellungen gut gebildeter MittelschichtbürgerInnen“ korrespondieren.

Ein weiteres Entwicklungsfeld im Bereich der niedrigschwelligen Kooperationsformen betrifft die Überlegung, in welchen Gremien die Perspektive geeigneter zivilgesellschaftlicher Akteure wirksam werden sollte. Mit der verstärkten Einbeziehung kann gegenseitige Vertrautheit wachsen, die in Vertrauen übergehen kann. Externe Perspektiven können die Diskussionen in den Gremien bereichern, zugleich kann die Einbeziehung auch auf die Öffentlichkeit rückwirken und den Austausch über Bildungsthemen fördern.

Kooperationsformen im Schwerpunkt der Koordination und Kollaboration erfordern seitens der staatlichen Akteure eine Priorisierung der Bildungsthemen, die mithilfe zivilgesellschaftlicher Akteure bewegt werden können. Je präziser die strategische Zielbestimmung, desto leichter fällt die Themenauswahl.

Gelingende Kooperation kann durch bestimmte Bedingungen gefördert werden. Diese sind häufig nicht gegeben, sondern müssen durch entsprechende Aktivitäten geschaffen werden. Aus den Fallstudien lassen sich unter anderem die folgenden Gelingensbedingungen begründen:

- **Selbstverständnis der staatlichen Bildungsverwaltung:** Dominiert in der Verwaltung eine Erledigungsmentalität im Sinne der Abarbeitung zugewiesener Aufgaben oder eine Problem- und Gestaltungsorientierung im Sinne der Bewältigung identifizierter Bildungsherausforderungen?
- **Rückhalt der politischen Spitze:** Wird die Zivilgesellschaft von der Politik als Partner in dem Bemühen um eine hochwertige Bildungsarbeit verstanden oder wird eine Politik der Abgrenzung zwischen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Bildungsarbeit verfolgt?
- **Promotoren in Verwaltung und Politik:** Kann die Bildungsverwaltung auf Macht- und Fachpromotorinnen und -promotoren zurückgreifen, die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht als Lippenbekenntnis, sondern als ein wesentliches Ziel verstehen?
- **Good Practices:** Werden Beispiele dokumentiert und kommuniziert, die zeigen, dass sich das Ergebnis der Bildungsarbeit durch die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren verbessert beziehungsweise auch zeitliche Entlastungen für die staatlichen Bildungsakteure auftreten?

Kooperation zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bietet zahlreiche Chancen, zugleich ist sie voraussetzungsreich und erfordert Engagement und eine bewusste Priorisierung. Zwischen Abgrenzung und Verschmelzung bestehen Abstufungen, die je nach Bildungsthema zu unterschiedlich intensiven Kooperationsformen führen können.

21 Steiner et al. 2024, S.538 f.

Literatur/Weiterführende Links

AGBB – Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024). Bildung in Deutschland 2024. Bielefeld.

Brüsemeister, Thomas (2017). Educational Governance in kommunalen Bildungslandschaften – Zur Literalität von Kommunen im Programm „Lernen vor Ort“. In Olk, Thomas/Schmachtel, Stefanie (Hrsg.). Educational Governance in kommunalen Bildungslandschaften S. 52–77. Weinheim Basel.

Euler, Dieter/Sloane, Peter F.E. (2024). Ungleiche Übergänge in Ausbildung und Beruf – ein Problem der Governance? *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Vol. 37, no. 4, 2024, S. 548–562).

Euler, Dieter/Hagemeyer, Daniel/Holle, Johanna/Jenert, Tobias/Künemund, Lea; Sängler, Niklas/Sloane, Peter F.E. (2025). ImKomBi – Wissenschaftliche Begleitung der Implementation des Fachnetzwerks Kommunales Bildungsmanagement. Fallstudiendokumentationen. Interne Materialien. Paderborn, St. Gallen.

Priemer, Jana (2024a). Zivilgesellschaft in der Bildungslandschaft. In Steiner, Christine/ Kanamüller, Alexander/Langner, Ronald/Schlimbach, Tabea (Hrsg.), *Gemeinsam für bessere Bildung?! S. 77–88*, Weinheim Basel.

Priemer, Jana (2024b). Civil Society in Transition: The Case of Germany in the Field of Education. *Nonprofit Policy Forum*, S. 1–21.

Priemer, Jana/Rößler-Prokhorenko, Charlotte/Hutter, Sven (2024). Zivilgesellschaftliche Bildungsorganisationen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Vol. 37, no. 4, 2024, S. 497–510.

Rößler-Prokhorenko, Charlotte/Priemer, Jana/Hutter, Sven (2024). Bildungseengagement in Deutschland: Umfang und Formen des freiwilligen Engagements für Bildung. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Vol. 37, no. 4, 2024, S. 511–523.

Steiner, Christine/Kanamüller, Alexander/Langner, Ronald (2024). Zusammen ganz anders? Zu den Verhältnissen zwischen ganztägiger Bildung und Zivilgesellschaft. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Vol. 37, no. 4, 2024, S. 536–547.

Süß, Sabine (2024). Die Zivilgesellschaft in kommunalen Bildungslandschaften. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Vol. 37, no. 4, 2024, S. 571–576.

Impressum

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmbfsfj.bund.de



Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 50 10 54, 18155 Rostock
Tel.: 030 18 272 2721
Fax: 030 18 10 272 2721
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmbfsfj.bund.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20 179 130
Montag–Donnerstag: 9–18 Uhr
Fax: 030 18 555-4400
E-Mail: info@bmbfsfjservice.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*

Artikelnummer: 8BR14

Stand: November 2025, 1. Auflage

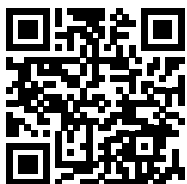
Redaktion: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR) – DLR Projektträger,
Abteilung Bildung in Regionen

Infografiken, Satz und Layout: www.zweiband.de

Druck: MKL Druck GmbH & Co. KG

Bildnachweise: S. 3 Dominik Butzmann/photothek; S. 8 und 9 Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend; S. 14 LumiNola/istockphoto; S. 19 Nikada/istockphoto; S. 20 Hamburger Klimaschutzstiftung_Angela Simi; S. 23 und 24 Mehrgenerationenhaus der Stadt Neustadt an der Weinstraße; S. 25 Sandra Seifen, DIE; S. 30 Pakt für Pirmasens; S. 33 Kulturlandbüro/Schloss Bröllin e.V.; S. 35 mzabarovsky/istockphoto; S. 38 Alexander Ließ/istockphoto; S. 42 Rawpixel/istockphoto; S. 43 Christian Schwier/AdobeStock; S. 45 SolStock/istockphoto; S. 46 Stadt Mönchengladbach, Geschäftsstelle Integrierte Bildungsplanung; S. 50 izusek/istockphoto; S. 52 monkeybusinessimages/istockphoto; S. 53 OpenStreetMap; S. 54 2024 Geobasis-DE/BKG (2009); S. 56 brown54486/istockphoto; S. 58 Stiftungen für Bildung e.V.; S. 59 lsfb 2025; S. 62 RAA Hoyerswerda/Ostsachsen e.V.; S. 63 Stadt Hoyerswerda; S. 68 Pheelings Media/istockphoto; S. 71 und 72 involas / Joachim Storch; S. 74 HildaWeges/istockphoto

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 zur Verfügung. In den teilnehmenden Regionen erreichen Sie die 115 von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr. Die 115 ist sowohl aus dem Festnetz als auch aus vielen Mobilfunknetzen zum Ortstarif und damit kostenlos über Flatrates erreichbar. Gehörlose haben die Möglichkeit, über die SIP-Adresse 115@gebaerdentelefon.d115.de Informationen zu erhalten. Angaben dazu, ob in Ihrer Region die 115 erreichbar ist, und weitere Informationen zur einheitlichen Behördenrufnummer finden Sie unter <https://www.115.de>.



www.bmbfsfj.bund.de

 facebook.de/bmbfsfj

 instagram.com/bmbfsfj

 linkedin.com/company/bmbfsfj

 x.com/bmbfsfj

 tiktok.com/@jugendministerium

 youtube.com/@bmbfsfj